

2014

Geschäftsbericht

Kennzahlen

in Mio. €

	1.1.2014-31.12.2014	1.1.2013-31.12.2013
Neugeschäft		
Aktiv		
Immobilienfinanzierungen	712	494
Kapitalmarktgeschäft	195	0
Passiv		
Hypothekendarlehen	162	68
Öffentliche Pfandbriefe	0	0
Sonstige Schuldverschreibungen	0	10
Aufgenommene Darlehen	770	635
Ertragslage		
Ergebnis nach Steuern	-42,0	-59,6

	31.12.2014	31.12.2013
Bestand		
Aktiv		
Immobilienfinanzierungen	1.213	1.093
Kapitalmarktgeschäft*	8.445	9.462
Passiv		
Hypothekendarlehen	652	522
Öffentliche Pfandbriefe	3.090	3.529
Sonstige Schuldverschreibungen	10	10
Aufgenommene Darlehen	1.089	1.220
Bilanzsumme	11.346	11.919
Eigenkapital**		
Bestand***		
Hartes Kernkapital	217	258
Zusätzliches Kernkapital	0	0
Ergänzungskapital	33	60
Quoten***		
Harte Kernkapitalquote	10,8%	13,2%
Kernkapitalquote	10,8%	13,2%
Gesamtkapitalquote	12,5%	16,2%

*Nominalbetrag

**jeweils unter Berücksichtigung des Jahresergebnisses

***31.12.2013 berechnet nach damals gültiger Solvabilitätsverordnung

Inhalt

Vorwort des Vorstandes	6
Lagebericht	9
Geschäftsmodell der Düsseldorfer Hypothekenbank	10
Entwicklung der Märkte	10
Geschäftsentwicklung	15
Risikobericht	23
Nachtragsbericht	39
Prognosebericht	39
Jahresabschluss	41
Bilanz	42
Gewinn- und Verlustrechnung	44
Anhang	45
Versicherung der gesetzlichen Vertreter	61
Bestätigungsvermerk	62
Bericht des Aufsichtsrats	64
Länderspezifische Berichterstattung nach § 26a KWG	67
Impressum	69

Vorwort des Vorstandes

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Düsseldorf Hypothekenbank konnte im Geschäftsjahr 2014, dem 17. Geschäftsjahr der Bank, ihr Kerngeschäftsfeld der gewerblichen Immobilienfinanzierung weiter ausbauen und die strategische Neuausrichtung und Portfoliooptimierung im Kapitalmarktgeschäft erfolgreich fortschreiben.

Nach einer leichten konjunkturellen Erholung und einer positiven gesamtwirtschaftlichen Stimmung in vielen Ländern innerhalb der Europäischen Union (EU) im ersten Halbjahr 2014 waren die Märkte in der zweiten Jahreshälfte deutlich volatil und herausfordernder. Die Europäische Zentralbank (EZB) reagierte auf schlechte Konjunkturdaten, eine niedrige Inflation und aufkommende Probleme in der Eurozone mit einer expansiven Geldpolitik und kündigte umfangreiche Maßnahmen an.

Die Kernzielmärkte der Düsseldorf Hypothekenbank im Immobilienfinanzierungssegment haben sich 2014 auch aufgrund der europäischen Niedrigzinspolitik im Hinblick auf das dortige Investitionsvolumen und die Nachfrage nach Immobilien und entsprechenden Finanzierungen überaus positiv entwickelt und in Teilbereichen Rekorde erzielt. In allen vier Kernmärkten Deutschland, Frankreich, Niederlande und Spanien übertrafen die Transaktionsvolumina der Gewerbeimmobilienmärkte die aus dem Vorjahr deutlich. Während das Angebot an verfügbaren Core-Immobilien in Top-Lagen als Investitionsziele bei hoher Nachfrage immer knapper wurde, nahm der Wettbewerb unter den finanzierenden Banken und alternativen Kreditgebern weiter zu, sodass die Margen im Kreditgeschäft im Durchschnitt zurück gingen.

Die Bank konnte ihre Position als Nischenfinanzierer ausbauen und bei einer risikoadäquaten Marge ihr Neugeschäftsvolumen um rund 44% gegenüber dem Vorjahr steigern. Es wurden verschiedene Asset-Klassen – darunter vorwiegend Wohn-, Büro- und Einzelhandelsobjekte – in Deutschland, Frankreich, den Niederlanden und Spanien finanziert. Dazu hat die Bank ihre Vertriebsstrukturen mit neuen Partnern im Inland und in Spanien weiter ausgebaut.

Trotz der teils volatilen Kapitalmärkte konnten auch die De-Risking-Aktivitäten der Bank erfolgreich fortgesetzt werden. So wurde das Engagement in Ungarn vollständig veräußert und weitere Positionen aus Krisenländern aktiv abgebaut. Das nicht-strategische Immobilienkredit-Exposure und der MBS-Bestand konnten weiter verringert werden. Die Bilanzsumme konnte wie geplant weiter reduziert werden und betrug zum Jahresende noch 11,3 Mrd. €. Gleichzeitig wurde das Derivatevolumen weiter aktiv deutlich reduziert. Das laufende Zins- und Provisionsergebnis konnte verbessert werden, allerdings wird die Profitabilität weiterhin durch die Altlasten beeinträchtigt. Das negative Jahresergebnis in

Höhe von 42,0 Mio. € hat zu einem Rückgang der Kapitalquoten im Vergleich zum Vorjahresstichtag geführt. Der Effekt der ertragsbelastenden Maßnahmen früherer Jahre wird in den nächsten Jahren aber deutlich geringer und die positiven Effekte der neuen Geschäftsstrategie werden dazu führen, dass die Rückkehr zur nachhaltigen Profitabilität in den kommenden Jahren zu erwarten ist.

Nachdem der österreichische Bundesfinanzminister der österreichischen Finanzmarktaufsicht (FMA) mitgeteilt hat, dass keine weiteren Kapital- und Liquiditätsmaßnahmen bei der HETA ASSET RESOLUTION AG (Heta), angesichts einer identifizierten, potenziellen Kapitalunterdeckung von bis zu 7,6 Mrd. € ergriffen werden, hat die FMA in einer beispiellosen Entscheidung am 1. März 2015 die Stundung von Verbindlichkeiten der Heta bis zum 31. Mai 2016 beschlossen. Von dieser Maßnahme betroffen sind Senior Unsecured Forderungen der Düsseldorf Hypothekenbank mit Ausfallbürgschaft des Landes Kärnten. Um das Heta-Risiko der Bank zu neutralisieren, hat der Bundesverband deutscher Banken e.V. – Einlagensicherungsfonds zunächst eine Garantie gewährt und die Bank in der Folge übernommen. Vorher ist die Käufergruppe um Herrn Dr. Patrick Bettscheider und Attestor Capital LLP vom beabsichtigten Erwerb der Düsseldorf Hypothekenbank zurückgetreten. Die Geschäfte werden unter den neuen Aktionären gemäß der strategischen Neuausrichtung fortgeführt.

Die positiven Erwartungen für die konjunkturelle Entwicklung im Euroraum und die ungebrochen hohe Nachfrage der Investoren nach Gewerbeimmobilien in den Kernmärkten der Bank stimmen uns zuversichtlich für die weitere Entwicklung der Bank, insbesondere im Geschäftssegment der gewerblichen Immobilienfinanzierung. Die Düsseldorf Hypothekenbank wird auch im Geschäftsjahr 2015 als erfahrener und zuverlässiger Finanzierungspartner für gewerbliche Immobilieninvestoren agieren. Hierfür wurde zuletzt durch weitere Personalaufstockung und Prozessoptimierungen eine solide Grundlage geschaffen.

Wir möchten uns auch in diesem Jahr bei unseren Aktionären und dem Aufsichtsrat für die konstruktive Begleitung des Geschäftsjahres 2014 sowie bei unseren engagierten und motivierten Mitarbeitern für ihre Mitwirkung bedanken. Unseren Kunden danken wir für das entgegengebrachte Vertrauen und hoffen auf eine weitere fruchtbare Zusammenarbeit.

Der Vorstand der Düsseldorf Hypothekenbank AG

Dr. Christian Freiherr von Villiez

Dr. Marcus Tusch

Lagebericht

Geschäftsmodell der Düsseldorfer Hypothekbank

Die Düsseldorfer Hypothekbank AG mit Sitz in Düsseldorf ist eine deutsche Pfandbriefbank, die primär auf die gewerbliche Immobilienfinanzierung in ausgewählten Ländern der europäischen Währungsunion spezialisiert ist. Im Kapitalmarktgeschäft finanziert die Bank ausgewählte Staaten und Kommunen. Die Bank ist Mitglied im Bundesverband deutscher Banken e.V. (BdB) und im Verband deutscher Pfandbriefbanken e.V. (vdp).

Die Zielkunden in der Immobilienfinanzierung sind nationale und internationale, professionelle Investoren, die in den Kernmärkten der Bank – Deutschland, den Niederlanden sowie Metropolregionen in Frankreich und Spanien – bestehende Gewerbeimmobilien (insbesondere Büro-, Handels- und Logistikobjekte) oder Wohnungsportfolios kaufen bzw. refinanzieren möchten. Diesen bietet die Bank maßgeschneiderte mittel- bis langfristige Finanzierungslösungen im kleinen bis mittleren zweistelligen Millionenbereich in Verbindung mit einer fachkundigen Beratung. Die Produktpalette umfasst fest verzinsliche und variabel verzinsliche Darlehen, die seit Kurzem auch in Verbindung mit Kundenderivaten angeboten werden. Die Bank tritt zum einen als alleiniger Kreditgeber auf und arbeitet zum anderen, insbesondere bei großvolumigen Gesamttransaktionen, mit Finanzierungspartnern im Konsortium oder als Underwriter mit späterer Syndizierung von Darlehen zusammen. In diesem Zusammenhang verfügt die Bank über ein breites Netzwerk potenzieller Finanzierungspartner.

Das Kapitalmarktaktivgeschäft (einschließlich des Staatskreditgeschäfts) ist ein komplementäres Geschäftsfeld zur Immobilienfinanzierung. Nicht-strategische Positionen im Portfolio werden mittels aktivem Portfoliomanagement zurückgeführt und Neugeschäft in diesem Bereich wird selektiv betrieben. Im Fokus stehen Staatsanleihen aus Ländern der Europäischen Union (EU).

Basis für die langfristige Refinanzierung ist die Emission von Hypothekenzinspfandbriefen und Öffentlichen Pfandbriefen. Der Pfandbriefmarkt zeichnet sich durch hohe Liquidität und eine breite Investorenbasis aus. Darüber hinaus nutzt die Bank eine Palette von weiteren besicherten und unbesicherten Refinanzierungsinstrumenten im Geldmarkt.

Entwicklung der Märkte

Gesamtwirtschaftliche Rahmenbedingungen

Mit der Ankündigung des bedingten Anleihekaufprogramms (Outright Monetary Transactions, OMT) der Europäischen Zentralbank (EZB) Mitte 2012 beruhigten sich die Kapitalmärkte. Diese Entspannung führte auch im ersten Halbjahr 2014 zu weiteren Renditerückgängen für Anleihen europäischer Peripheriestaaten. Zusehends spielte hierbei auch die leichte konjunkturelle Erholung in der EU eine Rolle. Dabei scheinen makroökonomische Probleme einzelner Länder der EU in den Hintergrund zu treten. Auf politischer Ebene wurde vereinzelt bereits das Ende der Staatsschuldenkrise ausgerufen. Die positive Stimmung ließ sich aber nur bedingt in die zweite Jahreshälfte übertragen. Die Volatilität an den Märkten nahm deutlich zu und zeigte sich beispielsweise an temporären Kurssprüngen des Leitindex des deutschen Aktienmarktes (DAX). Gründe hierfür waren schlechte Konjunkturdaten, gesunkene Erwartungen und aufkeimende Probleme in der Eurozone. Zum Jahresende 2014 engten sich die Risikoaufschläge (Spreads) europäischer Staatsanleihen erneut ein, was vor allem auf zunehmend konkrete Hinweise auf Staatsanleihenkäufe (Quantitative Easing) durch die EZB noch im ersten Halbjahr 2015 zurückzuführen war.

Vor dem Hintergrund der expansiven Geldpolitik gelang den Krisenstaaten die erfolgreiche Rückkehr an die Finanzmärkte. Die Renditen erreichten teils extreme Tiefststände. So fielen die fünfjährigen Credit Default Swap (CDS)-Spreads zum Jahresende 2014 im Jahresvergleich von Italien (137 Basispunkte (bp) ggü. 168 bp), Spanien (97,5 bp ggü. 147 bp), Portugal (202 bp ggü. 351 bp) und Irland (50 bp ggü. 119 bp) signifikant.

Entsprechend wird zunehmend die Lockerung der Austeritätspolitik in Europa gefordert, obwohl in einigen Ländern weiterhin erheblicher Anpassungsbedarf besteht. Insbesondere in Italien und Frankreich wurden notwendige strukturelle Reformen bislang noch nicht in ausreichendem Maße angegangen. Dies ist einer der Gründe, warum sich die Wirtschaft in einigen Kernländern des Euroraums, darunter Frankreich und Italien, weiterhin nur sehr langsam erholt. Verantwortlich dafür ist aber nicht ausschließlich die (lange Zeit) starke Gemeinschaftswährung, wie im vergangenen Jahr sowohl von der französischen als auch der italienischen Regierung wiederholt geäußert wurde. Denn hiervon sind auch Irland, Portugal und Spanien betroffen, deren Wirtschaft zuletzt aber deutlich wachsen konnte. Ein gewichtiger Grund sind, neben strukturellen Problemen, frühere Übertreibungen, deren Korrektur noch einige Zeit andauern wird.

Die EZB hat auch im Jahr 2014 auf die niedrige Inflation und die anhaltenden Konjunkturprobleme im Euroraum reagiert und umfangreiche Maßnahmen angekündigt. So hat sie Anfang September 2014 überraschend ihre Leitzinsen um 10 bp gesenkt und bekannt gegeben, im großen Umfang Kreditverbriefungen (Asset Backed Securities, ABS) und gedeckte Anleihen (Covered Bonds) zu kaufen. Nachdem die Inflationsrate des Euroraums im Dezember in den negativen Bereich fiel, kündigte die EZB am 22. Januar 2015 breit angelegte Wertpapierkäufe von Staatsanleihen an. Beginnend im März 2015 bis mindestens September 2016 werden monatlich öffentliche und private Vermögenswerte im Umfang von 60,0 Mrd. € gekauft. Das gesamte Kaufvolumen wird entsprechend der jeweiligen Anteile am Kapital der EZB auf die Länder verteilt. Jedoch bleiben die Risiken aus den Staatsanleihekäufen überwiegend bei den nationalen Zentralbanken und werden damit nicht innerhalb der Eurozone umverteilt. Die nationalen Zentralbanken tragen ab März 80% der mit den Käufen einhergehenden Risiken selbst. Als Sicherheitsnetz bleibt das Mitte 2012 aufgelegte OMT-Programm bestehen.

Primäres Ziel der EZB ist die Verhinderung einer Deflation. Gleichzeitig haben die Maßnahmen aber bereits zu einer Verringerung der Renditen von Eurostaaten und einer deutlichen Abwertung des Euro unter anderem gegenüber dem Dollar geführt. Beides sollte den Staaten der Eurozone in konjunktureller Hinsicht helfen, birgt aber auch die Gefahr eines nachlassenden Reformdrucks.

Die konjunkturelle Entwicklung im Euroraum wird zum Jahresauftakt von Experten wieder etwas positiver eingeschätzt. So ist das Ifo-Wirtschaftsklima für das gemeinsame Währungsgebiet zum Anfang 2015 auf 112,7 Punkte gestiegen. Damit notiert das Barometer wieder über seinem langfristigen Durchschnitt von 106,1 Punkten. Im Schlussquartal 2014 wies der Index mit 102,3 Zählern allerdings den niedrigsten Stand seit Mitte 2013 auf. Ebenfalls hat sich die Stimmung der Industrieunternehmen des Euroraums zu Jahresbeginn, gemessen am Einkaufsmanagerindex, leicht aufgehellt. Im Januar 2015 stieg der Index um 0,4 Punkte auf 51,0 Zähler. Der Indikator liegt damit weiter leicht über der Wachstumsgrenze von 50,0 Punkten. Die Lage verbesserte sich besonders in Spanien, den Niederlanden und Irland.

Während die Eurostaaten aufgrund des gesunkenen Euro-kurses, der günstigen Kapitalmarktförderung und der derzeit niedrigen Energiepreise eine Art „Konjunkturprogramm“ erleben, drohen Risiken aus der Ukraine-Krise und der politischen Lage in Griechenland. Neben einer schwachen Entwicklung der Weltwirtschaft könnte sich dies dämpfend auf die Konjunktur im Euroraum auswirken, zumal einige Länder wenig resistent gegenüber externen Schocks sein dürften.

Darüber hinaus rückten 2014 singuläre Themen wie die österreichische Hypo-Alpe Adria ins Zentrum der Aufmerksamkeit. Die Regierung wendete zwar eine Insolvenz ab, beteiligte aber Gläubiger nachrangiger Verbindlichkeiten und die Bayerische Landesbank als Alteigentümer mittels Sondergesetz an der Restrukturierung. Seit Ende Oktober 2014 wird die Hypo Alpe Adria als Abbauanstalt Heta Asset Resolution fortgeführt. Die weiteren Entwicklungen um Heta werden im Nachtragsbericht dieses Lageberichtes dargestellt.

Dahingegen sind neben Spanien und Irland auch die Entwicklungen in Portugal und Slowenien positiv zu bewerten – allesamt Länder, die wieder auf Wachstumskurs gelangten. Im Gegensatz zu den meisten Euro-Ländern nimmt dort die Geschwindigkeit des Wachstums stetig zu. Laut dem spanischen statistischen Amt Instituto Nacional de Estadística (INE) stieg das Bruttoinlandsprodukt (BIP) im Jahre 2014 im Vergleich zum Vorjahr um 1,4%. Damit übertrifft Spanien das Wachstum der deutschen Wirtschaft. Die Dynamik nahm zum Jahresende zu. Das BIP erhöhte sich gegenüber dem dritten Quartal um 0,7%. Die Aussichten für 2015 sind gut. Die Mehrheit der Experten sagt in bisherigen Prognosen ein BIP-Wachstum von rund 2% voraus. Auch für Portugal und Irland wird im Verlauf des Jahres 2015 ein stärkeres Expansionstempo erwartet. Beide Länder konnten im abgelaufenen Jahr ihre Haushaltsdefizite im Vergleich zum Vorjahr senken. Wegen der guten Konjunktur ist das irische Wirtschaftswachstum für das Jahr 2014 auf 1,5% gestiegen. Die Wirtschaft in Portugal ist in 2014 mit etwa 1,0% stärker gewachsen als von vielen erwartet und die Arbeitslosenquote ist spürbar zurückgegangen – von über 15% zum Jahresende 2013 auf rund 13%. Zudem gelang nach Irland auch Portugal die vollständige Rückkehr an die Kapitalmärkte.

Wesentliche Rahmenbedingungen der Bankbranche

Zum Jahresbeginn 2014 setzte sich die Stabilisierung im europäischen Bankensektor fort. Gestützt wurde diese Entwicklung vor allem von der noch zaghaften makroökonomischen Aufhellung in der Eurozone. Nach einem rezessiven Gesamtjahr 2013 wird für das Berichtsjahr 2014 mit einem leicht positiven Wirtschaftswachstum gerechnet.

In diesem Umfeld waren diverse Kreditinstitute – auch mit Blick auf die umfassende Bankenbewertung durch die EZB im Jahresverlauf – willens und in der Lage, Fremd- bzw. Eigenkapitalemissionen erfolgreich zu platzieren und EZB-Kredite zurückzuführen. Zu nennen sind hierfür beispielhaft die Bank of Ireland, die italienische Intesa Sanpaolo sowie die Crédit Agricole aus Frankreich. Das Investoreninteresse war hoch, da die Anleger damit auf eine wirtschaftliche Erholung Europas spekulierten.

Diese positiven Erwartungen konnten von den europäischen Banken im Verlauf des Jahres nur bedingt erfüllt werden. Zwar zeigt sich, dass eine Reihe von Großbanken des Kontinents einen gesunkenen Verwaltungsaufwand, eine rückläufige Risikovorsorge sowie mancherorts steigende Zins- und Provisionsüberschüsse vorweisen können. Jedoch bestehen weiterhin große Herausforderungen in Anbetracht anhaltend schrumpfender Gesamteinnahmen und -erlöse sowie eines Mangels an Effizienz. In dieser Gemengelage bleibt der Druck auf die Kreditinstitute groß, Kostensenkungspotenziale zu forcieren und die Geschäftsmodelle einem Marktumfeld, gekennzeichnet durch ein sehr niedriges Zinsniveau sowie eine schwache Kreditnachfrage, anzupassen. Auch für das kommende Jahr 2015 bleibt das makroökonomische Umfeld für die europäischen Finanzinstitute, nicht zuletzt aufgrund der Krisenherde in der Ukraine sowie in Griechenland, herausfordernd.

Von Seiten der Bankregulatoren wurden auch im Jahr 2014 hohe Anforderungen an die Institute gestellt. Deren Einhaltung wurde häufig mit kurzen Umsetzungsfristen erwartet, auch wenn Details der Ausführungsbestimmungen von den im Aufbau befindlichen Institutionen noch nicht veröffentlicht waren. Hervorzuheben ist in diesem Kontext die eingehende Prüfung von 130 europäischen Banken durch die EZB, bevor diese im Rahmen der ersten Säule der Bankenunion, dem Einheitlichen Aufsichtsmechanismus (Single Supervisory Mechanism), ab November 2014 die Beaufsichtigung der geprüften Institute übernahm. Die Bewertung, die sich aus einer Prüfung der Asset-Qualität (Asset Quality Review) und einem vorausschauenden Stresstest der Bankbilanzen zusammensetzte, wurde von den Marktteilnehmern mehrheitlich positiv aufgenommen. Kritische Stimmen gab es hinsichtlich der Widerstandsfähigkeit im Krisenfall einzelner

italienischer Kreditinstitute sowie der angewandten Untersuchungsparameter der EZB.

Das regulatorische Ziel, die Harmonisierung der Sanierung und Abwicklung von Kreditinstituten voranzutreiben, wurde auch im Jahr 2014 weiterverfolgt. Per 31. Dezember 2014 wurde die EU-Richtlinie zur Sanierung und Abwicklung von Finanzinstituten (Bank Recovery and Resolution Directive, BRRD) implementiert, die unter anderem die Gefahr erforderlicher finanzieller Stützungen der Banken durch den Staat zum Schutz der Steuerzahler reduzieren soll. Der auf der BRRD aufsetzende Mechanismus in der zweiten Säule der Bankenunion (Einheitlicher Abwicklungsmechanismus, Single Resolution Mechanism, SRM) zur Gläubigerbeteiligung im Krisenfall eines Kreditinstituts (Bail-in), auch von vorrangig unbesicherten Gläubigern, wurde von Deutschland, Österreich sowie Großbritannien bereits zum 1. Januar 2015 eingeführt. Verpflichtend gilt diese Regelung für alle Länder des Euroraums, sowie für sich freiwillig verpflichtende Länder außerhalb der Eurozone, ab dem 1. Januar 2016. Weitere Maßnahmen aus der Umsetzung der Capital Requirements Directive (CRD) IV in nationales Recht mit Novellen des Kreditwesengesetzes (KWG), des Pfandbriefgesetzes (PfandBG) und der Institutsvergütungsverordnung (InstitutsVergV) sowie der Capital Requirements Regulation (CRR) und der European Market Infrastructure Regulation (EMIR) haben in 2014 und werden auch in den Folgejahren erhebliche Ressourcen in der Bankenbranche binden.

Ein weiterer Vorstoß, um die von den weltweit größten Finanzinstituten ausgehenden Risiken einzudämmen, kommt vom Financial Stability Board (FSB). Das FSB stellte im November 2014 in einer Vorlage weitere Kapitalanforderungen für 30 systemrelevante Finanzinstitute in Aussicht, welche die bereits unter Basel III festgelegten Werte übertreffen. Der regulatorische Reformdruck sowie die mit der Umsetzung regulatorischer Themen einhergehenden Kosten für die Banken dürften auch im Jahr 2015 anhalten beziehungsweise tendenziell noch stärker in den Vordergrund rücken. Die steigenden Kosten werden sich insbesondere bei kleineren Instituten negativ auf die Profitabilität auswirken.

Neugeschäft und Refinanzierung Pfandbriefbanken

Das Aktiv-Neugeschäft (Darlehenszusagen) der im Verband deutscher Pfandbriefbanken e. V. (vdp) zusammengeschlossenen Banken ist im Jahr 2014 erneut gestiegen. Es betrug 135,6 Mrd. € und damit 5,5% mehr als im Vorjahr (128,5 Mrd. €). Vom Neuzusagevolumen entfiel mit 107,7 Mrd. € der Großteil auf die Immobilienfinanzierung, ein Plus von 6,3% gegenüber 2013 (101,3 Mrd. €). Dahingegen ging das Neugeschäft in der Staatsfinanzierung

2014 weiter zurück und lag mit 18,6 Mrd. € 5,2% unter dem Wert des Vorjahres (19,6 Mrd. €).

Währenddessen hat sich das Neuemissionsvolumen von Pfandbriefen zur Refinanzierung stabilisiert. Nach den teils deutlich stärkeren Rückgängen in den Vorjahren ist das Volumen der neu emittierten Pfandbriefe in 2014 nur noch moderat auf 45,8 Mrd. € ggü. 2013 (49,5 Mrd. €) gesunken. Davon entfiel erneut der größte Anteil in Höhe von 29,1 Mrd. € (Vorjahr: 33,6 Mrd. €) auf Hypothekendarlehen, gefolgt von Öffentlichen Pfandbriefen mit 15,3 Mrd. € (15,6 Mrd. €). Die übrigen 1,4 Mrd. € (0,3 Mrd. €) beziehen sich auf Schiffs- und Flugzeugpfandbriefe.

Im Umlauf befanden sich zum 31. Dezember 2014 Pfandbriefe im Volumen von insgesamt 402,2 Mrd. € und damit deutlich weniger als noch zum Vorjahresstichtag (452,2 Mrd. €). Der Rückgang ist vor allem auf Öffentliche Pfandbriefe zurückzuführen, bei denen hohe Fälligkeiten einem deutlich geringeren Neuemissionsvolumen gegenüber stehen. Auf die Öffentlichen Pfandbriefe entfielen per 31. Dezember 2014 noch 206,5 Mrd. € des Umlaufes (Vorjahr: 246,0 Mrd. €). Der Bestand an Hypothekendarlehen lag bei 189,9 Mrd. € (200,3 Mrd. €). Der Restbetrag von 5,8 Mrd. € (5,9 Mrd. €) verteilte sich auf Schiffs- und Flugzeugpfandbriefe.

Immobilienmarkt Deutschland

Der Immobilienmarkt in Deutschland hat 2014 die zu Jahresbeginn geäußerten positiven Prognosen bestätigt und den Aufwärtstrend des Vorjahres im Hinblick auf die getätigten Investitionen fortgesetzt. Zwar ging der Umsatz am gewerblichen Wohnimmobilienmarkt gegenüber dem besonders starken Jahr 2013 von 14,7 Mrd. € auf rund 12,7 Mrd. € zurück, allerdings legte der deutsche Investmentmarkt für Gewerbeimmobilien deutlich auf 39,8 Mrd. € zu, was einem Plus von knapp 30% gegenüber den investierten 30,8 Mrd. € aus 2013 entspricht. Mit einem Ergebnis von 52,5 Mrd. € (2013 waren es 45,5 Mrd. €) kletterte das bundesweite Gesamttransaktionsvolumen in Deutschland 2014 damit erstmals seit der Finanzkrise und den Rekordjahren 2006 und 2007 wieder auf über 50 Mrd. €.

Im Segment der gewerblich genutzten Immobilien dominierte 2014 mit einem Anteil von 45% am Gesamtumsatz weiterhin die Asset-Klasse Büro das Marktgeschehen. 21% des Transaktionsvolumens entfielen auf Einzelhandelsobjekte, jeweils 8% auf Logistik- bzw. Industrieimmobilien und Hotels. Die genannten Asset-Klassen haben alle zum deutlichen Ergebnisanstieg im Gewerbesegment beigetragen, wobei die Umsätze am Logistik- (ca. +60%) und am Hotelinvestmentmarkt (+80%) die größten relativen Sprünge machten. Beide Segmente erzielten 2014 neue

Rekordergebnisse. Vor allem, aber nicht nur im Hotelbereich hatten ausländische Investoren einen großen Anteil daran. Regional gesehen verzeichnete Frankfurt im Jahr 2014 das höchste Transaktionsvolumen (12% des Gesamtumsatzes), gefolgt von Berlin (10%) und München (9%). Insgesamt entfielen rund 50% des Investitionsvolumens in Deutschland auf die Top-6 Städte (Berlin, Düsseldorf, Frankfurt, Hamburg, Köln und München).

Auch wenn der Wohninvestmentmarkt 2014 das außergewöhnlich gute Ergebnis des Vorjahres nicht erreicht hat, lag er dank eines starken Schlussquartals mit dem zweithöchsten Transaktionsvolumen der letzten sieben Jahre in Höhe von 12,7 Mrd. € leicht über den Erwartungen. Wie in den Jahren zuvor entfiel der größte Anteil des Umsatzes auf ortsübergreifende Bestandsportfolios (71%). Allerdings ist der Verkauf von einzelnen Bestandsobjekten und Projektentwicklungen anteilmäßig angestiegen. Für über 60% des Gesamttransaktionsvolumens waren große Einzeltransaktionen im dreistelligen Millionenbereich verantwortlich. Der deutsche Wohnimmobilienmarkt wird weiterhin von inländischen Investoren dominiert, die 82% des Volumens ausmachten.

Aufgrund der hohen Nachfrage privater und institutioneller Käufergruppen insbesondere nach Objekten in A- und B-Lagen sind deutsche Immobilien im Schnitt so teuer wie nie zuvor. Über alle Immobiliensegmente (Gewerbe und Wohnen) hinweg war der Preisanstieg 2014 mit 4% höher als erwartet. Getrieben wurde die Nachfrage durch das längerfristige Niedrigzinsumfeld und entsprechend eingeschränkte Anlagealternativen sowie die günstige Kreditzinsentwicklung. Entsprechend sind für die Banken die Margen bei Fremdkapitalfinanzierungen über das Jahr hinweg im Schnitt gesunken, gleichzeitig bieten Kreditinstitute inzwischen häufig höhere Kreditausläufe an. Infolge der hohen Nachfrage wird zudem das Angebot an (Core-)Immobilien in Spitzenlagen immer knapper, sodass die Risikobereitschaft der Investoren steigt, die zunehmend Interesse an Non-Core-Lagen und -Objekten zeigen. Außerdem kam es 2014 zu einem Rückgang der Renditen für Investoren am Immobilienmarkt, wobei die gestiegene Risikobereitschaft zur Folge hatte, dass 2014 erstmals die Renditen im Non-Core-Bereich stärker zurückgingen als im Spitzensegment.

Im Laufe des Jahres äußerte die Deutsche Bundesbank wiederholt Befürchtungen einer kommenden Preisblase am Wohnimmobilienmarkt. Andere sehen in den lange Zeit anhaltenden Preissteigerungen eine Normalisierung im Preisgefüge, wofür die zwischenzeitliche Stabilisierung der Preise spricht. Allerdings werden die Preise für Wohnimmobilien im Schnitt voraussichtlich auch 2015 weiter steigen.

Insgesamt dürfte die Nachfrage nach deutschen Immobilien (sowohl Wohn- als auch Gewerbeinvestments) aufgrund unveränderter Rahmenbedingungen auch in 2015 hoch bleiben, besonders seitens ausländischer Anleger. Deutschland gilt weiterhin als attraktiver und sicherer Standort für Immobilien, insbesondere im europäischen Vergleich, mit einem guten Umfeld für gewerbliche Immobilienfinanzierungen. Positive Finanzierungsbedingungen stützen die Annahme, dass die Aussichten für den deutschen Immobilienmarkt für 2015 unverändert positiv sind. Auch wenn die Wachstumsdynamik vor dem Hintergrund teils durch geopolitische Krisen hervorgerufener gedämpfter Wirtschaftserwartungen leicht nachlassen könnte, ist es gut möglich, dass 2015 wiederum ein neuer Rekord bei der Investitionssumme erreicht wird. Speziell im Gewerbesegment wird ein nochmals deutlich gesteigertes Transaktionsvolumen erwartet. Dabei dürfte sich sowohl im Gewerbe als auch im Wohnsegment die Aktivität immer mehr in Regionen jenseits der Top-Standorte verschieben.

Immobilienmarkt Niederlande

Nachdem der niederländische Immobilienmarkt in 2013 eine Talsohle erreicht hatte, nahmen die Investitionen in Gewerbeimmobilien in den Niederlanden 2014 wieder kontinuierlich zu. Neben der gesamtwirtschaftlichen Lage im Land, die nach einem geringen BIP-Rückgang im ersten Quartal zuletzt ein solides Wachstum aufzeigte, erholt sich auch der gewerbliche Immobilienmarkt zunehmend und steht wieder stärker im Fokus der Investoren, vor allem aus dem Ausland. Die deutlich gestiegenen Gesamtinvestitionen in Büro-, Industrie- und Einzelhandelsimmobilien lassen eine strukturelle Erholung erkennen.

Auch das 2013 deutlich gestiegene Interesse der vornehmlich inländischen Investoren am Wohninvestmentmarkt besteht weiter. Entsprechend haben sich die Hauspreise, nach erheblichen Rückgängen in den Vorjahren, seit Mitte 2014 stabilisiert. Mittelfristig ist allerdings nicht mit weiteren, nennenswerten Preisanstiegen zu rechnen.

Insgesamt wurden im Jahr 2014 landesweit am gewerblichen Immobilienmarkt (Gewerbe- und Wohnsegment) rund 10,0 Mrd. € und damit circa doppelt so viel wie in 2013 umgesetzt. Allein im vierten Quartal 2014 betrug das Transaktionsvolumen mehr als 4 Mrd. €, wobei zuletzt vor allem das Interesse ausländischer Investoren hoch war, die sich über das Jahr für 65% des Investitionsvolumens verantwortlich zeigten. Insbesondere aufgrund des stark gestiegenen Interesses am Business District Amsterdam Zuidas entfiel der Großteil des gesamten Transaktionsvolumens am niederländischen Immobilienmarkt auf die Stadt Amsterdam (2,5 Mrd. €) bzw. auf die Asset-Klasse Büro (39%). Bei den Standorten folgten Rotterdam (700 Mio. €), Den Haag

(400 Mio. €), Utrecht (200 Mio. €) und Eindhoven (100 Mio. €). Bei den umsatzstärksten Asset-Klassen liegen Wohnobjekte (26% Anteil am Investitionsvolumen), Einzelhandel (13%) und Industrieimmobilien (12%) hinter dem Bürosegment.

Für das Jahr 2015 wird ein weiteres Wachstum des gesamten niederländischen Immobilieninvestmentmarktes vorausgesagt. Die starke Erholung von der Krise in den vergangenen Jahren wird sich voraussichtlich fortsetzen und das Investitionsvolumen zusammen mit dem Interesse der Investoren weiter steigen.

Immobilienmarkt Frankreich

Auch der Investmentmarkt für Gewerbeimmobilien in Frankreich hat im Hinblick auf das Investitionsvolumen dank einiger großvolumiger Transaktionen den Aufwärtstrend des Vorjahres weiter fortgesetzt und ein außergewöhnliches Jahresergebnis deutlich über dem 10-Jahres-Durchschnitt erreicht. Das Investitionsvolumen im Gesamtjahr 2014 betrug 26,6 Mrd. € und damit rund 41% mehr als im Vorjahr. Trotz der derzeit eher schwachen gesamtwirtschaftlichen Lage des Landes präsentiert sich Frankreich als attraktiver Zielmarkt für Investoren und erreichte so das zweitbeste Jahresergebnis aller Zeiten – nur 2007 wurde noch mehr investiert. Zur hohen Investitionstätigkeit hat unter anderem auch der zurzeit gute Zugang zu Fremdfinanzierungen beigetragen.

Mit einem Anteil von 58% am Gesamtvolumen ist die Asset-Klasse Büro die mit Abstand stärkste im französischen Investmentmarkt, gefolgt von Einzelhandelsobjekten, bei denen sich das Investitionsvolumen gegenüber 2013 auf 6,4 Mrd. € (d.h. 24% des gesamten Transaktionsvolumens) verdoppelt hat. Die Investitionen in Logistikkimmobilien haben gegenüber dem Vorjahreszeitraum abgenommen. Der innerhalb Frankreichs für Anleger attraktivste und hoch liquide Investitionsstandort bleibt weiterhin die Île-de-France (Großraum Paris), auf die in 2014 72% des gesamten Investitionsvolumens im französischen Gewerbeimmobilienmarkt entfielen.

Wenn sich die französische Gesamtwirtschaft erwartungsgemäß leicht verbessert und die Finanzierungsbedingungen weiterhin günstig bleiben, wird auch in 2015, wie in anderen europäischen Märkten, das Interesse vor allem internationaler Investoren anhalten und das Investitionsvolumen in Frankreich nochmals zunehmen.

Immobilienmarkt Spanien

In Spanien wirkt sich die allgemeine wirtschaftliche Erholung des Landes positiv auf den dortigen Gewerbeimmobilienmarkt aus, der zuvor in den Krisenjahren lange Zeit kaum existent war und im Laufe des Jahres 2014 einen regelrechten Boom erlebte. Insbesondere auch internationale Investoren sahen und sehen weiterhin Chancen in dem Markt und suchen nach aussichtsreichen Immobilieninvestitionen vor allem in den Metropolregionen Madrid und Barcelona.

Die Nachfrage nach Gewerbeflächen und das Investitionsvolumen in gewerbliche Immobilien nehmen kontinuierlich aber insgesamt moderat zu. Die aktuellen Transaktionsvolumina sind so hoch wie seit 2008 nicht mehr. Bis zum Ende des dritten Quartals 2014 waren bereits mehr als 5,0 Mrd. € und damit bereits zu dem Zeitpunkt deutlich mehr als im Gesamtjahr 2013 umgesetzt worden. Der Gewerbeimmobilienmarkt in Madrid zeigte mit einem Plus des Transaktionsvolumens von 245% im Vergleich zum Vorjahr das größte relative Wachstum in Westeuropa. Neben der positiven gesamtwirtschaftlichen Entwicklung sorgen dafür auch die derzeit noch niedrigen Immobilienpreise. Dabei entfielen jeweils rund zwei Drittel des gesamten Investitionsvolumens auf ausländische Investoren sowie die Standorte Madrid und Barcelona. Besonders hohe Nachfrage besteht nach Büroimmobilien und Shopping Centern im Prime-Bereich, aber auch Hotel- und Logistikimmobilien werden verstärkt gesucht.

Am Wohnimmobilienmarkt wurden 2014 etwas mehr Objekte als noch 2013 gehandelt. Damit zeigte der Markt erstmals seit dem Platzen der spanischen Immobilienblase in 2008 Anzeichen einer leichten Erholung. Die treibende Kraft dahinter sind sowohl die Spanier selbst als auch ausländische Investoren.

Aufgrund des verbesserten Wirtschaftsklimas und der positiven Aussichten für die weitere Entwicklung der spanischen Wirtschaft in den kommenden ein bis zwei Jahren wird der dortige Immobilieninvestmentmarkt auch in naher Zukunft dynamisch bleiben. Vieles spricht dafür, dass die erhöhte Nachfrage nach spanischen Immobilien weiterhin ungebrochen ist. Insbesondere die Nachfrage der internationalen Investoren dürfte weiter zunehmen.

Geschäftsentwicklung

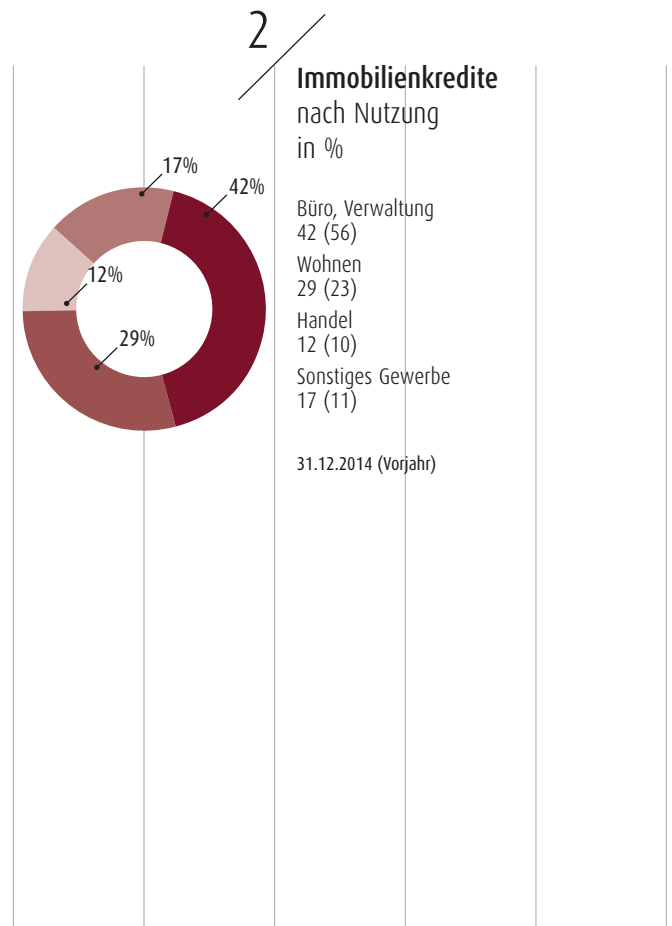
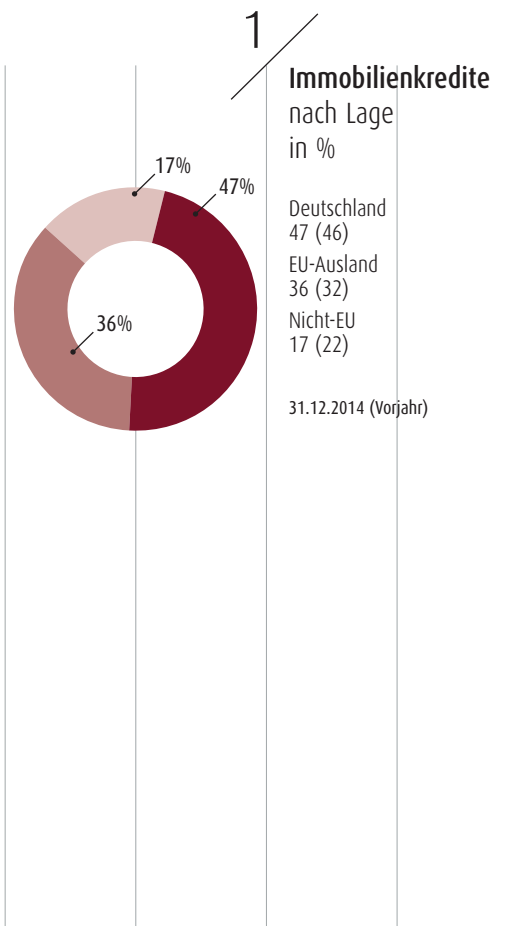
Immobilienkreditportfolio

Die Bank verstärkte im Jahr 2014 ihre Neugeschäftsaktivitäten in der Immobilienfinanzierung erneut. In der Akquisition arbeitete die Bank mit deutschen und internationalen Finanzierungspartnern zusammen. Insbesondere weitete die Bank ihre Aktivitäten im Direktvertrieb mit am Immobilienmarkt tätigen institutionellen Investoren deutlich aus. Entsprechend der Geschäfts- und Risikostrategie lag der Schwerpunkt der Akquisitionsbemühungen bei großvolumigen gewerblichen Immobilienfinanzierungen im Inland und in Ballungszentren ausgewählter Kernmärkte im europäischen Ausland. Hierzu zählen derzeit die Niederlande, Frankreich und seit 2014 auch Spanien.

Die Bank erreichte ein Neugeschäftsvolumen von insgesamt 712,1 Mio. €. Davon entfielen 408,0 Mio. € auf inländische und 304,1 Mio. € auf im Ausland besicherte Kredite. Im Inland dominierte mit einem Anteil von 305,8 Mio. € (75,0%) die Finanzierung von Gewerbeobjekten gegenüber wohnwirtschaftlich genutzten Immobilien mit 102,2 Mio. € (25,0%); im Ausland finanzierte die Bank gewerblich genutzte Objekte in einem Volumen von 230,5 Mio. € (75,8%) und Wohnimmobilien in Höhe von 73,6 Mio. € (24,2%). Die Kreditzusagen wurden ausschließlich in Euro-Währung getätigt.

Vom Neugeschäftsvolumen gelangten im Berichtsjahr inländisch besicherte Kredite in Höhe von 316,6 Mio. € sowie im Ausland besicherte Kredite von 258,4 Mio. € zur Auszahlung bzw. Prolongation. Rückzahlungen von in Euro begebenen Hypothekendarlehen betragen 221,4 Mio. €. Ein weiteres in Euro begebenes Hypothekendarlehen konnte in Höhe von 23,7 Mio. € erfolgreich an einen Debt Fonds ausplatziert werden. Weiterhin konnten die nicht zum Zielfortfolio gehörenden US Dollar (USD)- und Britische Pfund (GBP)-Darlehen um 67,2 Mio. USD bzw. 22,5 Mio. GBP reduziert werden.

Das gesamte Immobilienkreditportfolio einschließlich verbriefteter Finanzierungen (Mortgage Backed Securities, MBS) wies zum 31. Dezember 2014 einen Bestand von 1,2 Mrd. € auf und lag um 0,1 Mrd. € (bzw. 11,0%) über dem Wert per 31. Dezember 2013 (1,1 Mrd. €). Der Zuwachs durch das Neugeschäft konnte die Abgänge insbesondere durch planmäßige Tilgungen und Rückzahlungen sowie Verkäufe von MBS-Tranchen überkompensieren. In geringem Maße wirkten sich Wechselkursänderungen aus.



Der Anteil der Finanzierungen in Deutschland nahm geringfügig auf 46,8% (Vorjahr: 46,3%) zu. Zum 31. Dezember 2014 machten Kredite im EU-Ausland 36,2% (31,8%) des Immobilienkreditportfolios aus. Auf das restliche Ausland (USA, Kanada) entfielen 17,0% (21,9%). [G1]

Die Zusammensetzung des nach Objektnutzung gegliederten Kreditbestandes verschob sich leicht zugunsten des wohnwirtschaftlichen Anteils. Der Anteil der Wohnimmobilien stieg auf 29,5% (22,6%), der Anteil gewerblicher Immobilien sank entsprechend auf 70,5% (77,4%). [G2]

Unter den Gewerbeimmobilien dominieren weiterhin die Büroobjekte mit 41,6% (55,6%), gefolgt von sonstigen Gewerbeobjekten mit 17,2% (11,3%) und Handelsobjekten mit 11,7% (10,5%). Die durchschnittliche Betragsgröße der Finanzierungen beläuft sich auf 16,1 Mio. € je Kreditnehmer (13,1 Mio. €).

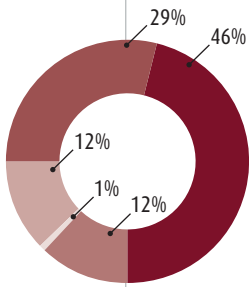
MBS-Portfolio

Im Immobilienkreditportfolio sind per Berichtsstichtag MBS-Forderungen in Höhe von 31,2 Mio. € (Vorjahr: 66,6 Mio. €) enthalten. Im Laufe des Berichtsjahres wurde der MBS-Bestand aktiv durch den Verkauf mehrerer Tranchen in Höhe von insgesamt rund 20,2 Mio. € zurückgeführt. Der übrige Rückgang beruht auf plan- und außerplanmäßigen Tilgungen. Das MBS-Portfolio besteht aus einstufigen, klassischen Pass-Through-Strukturen. Die dem Portfolio zugrunde liegenden Forderungen dienen ausschließlich der Finanzierung von in Westeuropa gelegenen Wohnimmobilien (Residential MBS). Die insgesamt drei verbliebenen Tranchen aus drei MBS-Emissionen verteilen sich bezogen auf das Effektivkapital noch auf die folgenden drei Länder: Spanien 28,0% (14,4%), Italien 34,0% (43,5%) und Portugal 38,0% (18,8%).

Aufgrund von Veräußerungen und Rückzahlungen von MBS konnte im Berichtszeitraum deren regulatorische Eigenkapitalbindung weiter reduziert werden. Der Anteil des MBS-Bestandes mit einem von mindestens einer Ratingagentur bestätigten AA-Rating lag bei 66,7% (Vorjahr: 64,8%), weitere 33,3% (35,2%) wurden mit mindestens einem Investment-Grade-Rating bewertet. Für das MBS-Portfolio gab es unverändert keine Veranlassung für die Bildung von Wertberichtigungen. Bei keiner der MBS-Tranchen lagen zum Berichtszeitpunkt Zins- oder Tilgungsrückstände vor.

3

Staatskreditgeschäft nach Kreditnehmergruppen (ordentliche und Ersatzdeckung) in %

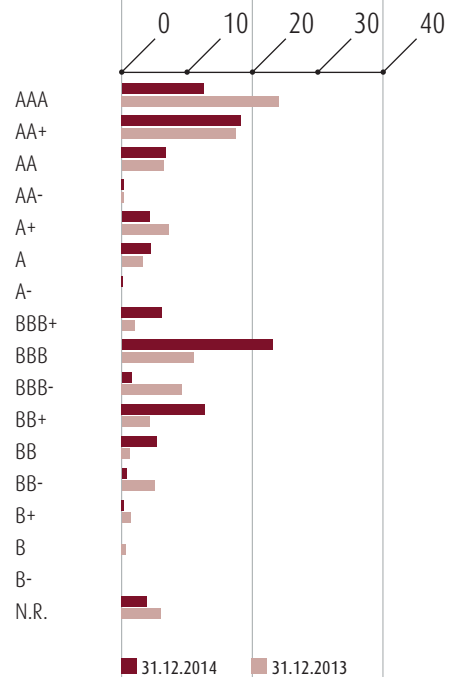


öffentliche Haushalte Ausland	46 (40)
Banken Ausland	29 (29)
öffentlich-rechtliche Kreditinstitute Inland	12 (16)
öffentliche Haushalte Inland	12 (14)
private Kreditinstitute Inland	1 (1)

31.12.2014 (Vorjahr)

4

Staatskreditgeschäft nach Bonität (ordentliche Deckung) in %



Kapitalmarktportfolio

Die Neuausreichung von öffentlichen Finanzierungen wird lediglich selektiv betrieben. Im Vordergrund steht der Risikoabbau des Kapitalmarktportfolios, u.a. wurden Wertpapiere veräußert, die nach der Geschäfts- und Risikostrategie 2014 nicht zum Zielgeschäft der Bank gehören. Dazu zählte das vollständige Engagement in Ungarn. Andere Engagements wie spanische Cédulas, Multi-Cédulas und portugiesische Covered Bonds wurden, wie teilweise bereits im Vorjahr beschlossen, im Rahmen von Asset-Switches im Gesamtvolumen von 185,0 Mio. € in 2014 abgebaut. In gleichem Umfang wurden Anleihen der Region Madrid und Staatsanleihen aus Spanien sowie Portugal gekauft.

Insgesamt ermäßigte sich der Bestand fälligkeitsbedingt und durch aktiven Risikoaktivaabbau um 1,1 Mrd. € auf 8,4 Mrd. € (Vorjahr: 9,5 Mrd. €). Neugeschäft im Kapitalmarktbereich wurde in 2014 selektiv im Umfang von 195,0 Mio. € (Vorjahr: 0,0 Mio. €) abgeschlossen. Dieses umfasste den Kauf von irischen (105,0 Mio. €) und finnischen (90,0 Mio. €) Staatsanleihen.

Unter dem Geschäftsfeld „Kapitalmarktgeschäft“ der Düsseldorfer Hypothekenbank sind die Teilportfolios „Staatskreditgeschäft (ordentliche Deckung)“, „Ersatzdeckungsgeschäft“ und „Außerdeckungsgeschäft“ zusammengefasst. Die drei Teilportfolios setzen sich wie folgt zusammen:

Auf das Teilportfolio „Staatskreditgeschäft“, dessen Bestand sich auf 6,7 Mrd. € (7,2 Mrd. €) verminderte, entfielen 79,6% (76,4%). Es umfasst insbesondere alle Forderungen, die sich gemäß deutschem PfandBG als ordentliche Deckungswerte für Öffentliche Pfandbriefe qualifizieren. Schuldner hierbei sind öffentliche Haushalte (Staaten, Regionalregierungen, Gebietskörperschaften) aus Deutschland mit 25,2% (32,1%), den Staaten der Europäischen Union und des Europäischen Wirtschaftsraums mit 73,3% (66,6%) sowie der Schweiz mit 1,1% (1,0%) und Japan mit 0,4% (0,3%). [G3]

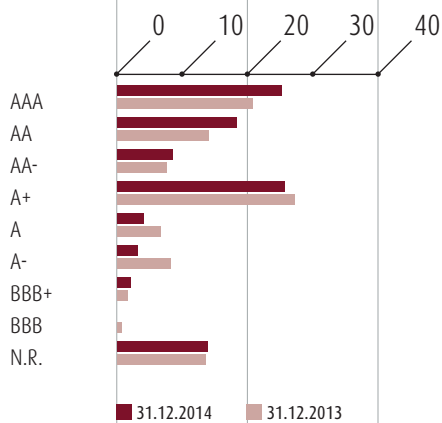
77,1% dieser Forderungen verfügen über ein Investment-Grade-Rating von „BBB-“ oder besser, 3,8% haben keine externe Bonitätseinstufung. [G4]

Das auf 0,5 Mrd. € (Vorjahr: 0,6 Mrd. €) gesunkene Teilportfolio „Ersatzdeckungsgeschäft“, das alle Wertpapierforderungen gegen Kreditinstitute (Bankanleihen) enthält, die nach den vom PfandBG vorgegebenen Regeln als weitere Deckungswerte geeignet sind, repräsentiert 5,8% (6,4%) des Kapitalmarktgeschäftes. 25,0% dieses Teilportfolios entfallen auf Pfandbriefe und andere gedeckte Schuldverschreibungen aus europäischen Ländern.

Der Anteil von Forderungen dieses Teilportfolios mit einem Investment-Grade-Rating erreichte 86,2%, während 13,8% über keine externe Bonitätseinstufung verfügen. [G5]

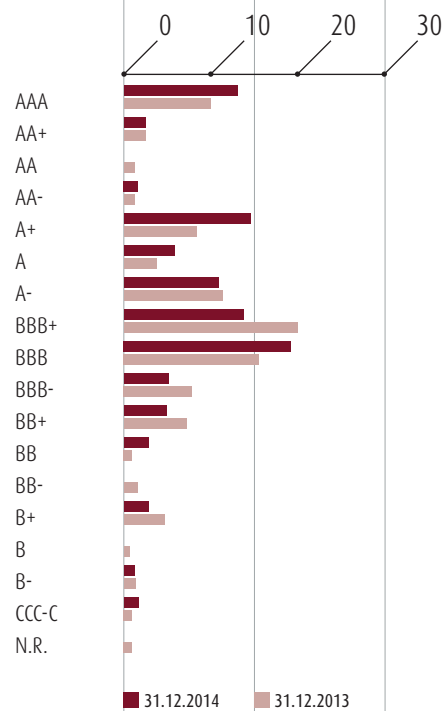
5

Ersatzdeckungsgeschäft nach Bonität in %



6

Außerdeckungsgeschäft nach Bonität (nicht deckungsfähig) in %



Im Teilportfolio „Außerdeckungsgeschäft“ befinden sich alle Wertpapierforderungen, die weder zur ordentlichen Deckung noch zur Ersatzdeckung verwendet werden können. Das Portfolio verringert sich deutlich auf 1,2 Mrd. € (1,7 Mrd. €) und macht damit 14,6% (17,2%) des Bestands aus. Das Außerdeckungsgeschäft verteilt sich mit 46,6% (46,3%) auf Bankschuldverschreibungen, 22,2% (20,9%) auf strukturierte Cédulas, 27,5% (29,4%) auf Pfandbriefe ausländischer Emittenten sowie 3,7% (3,4%) auf Staatskredite (inklusive Regionen und Kommunen).

Der Anteil von Forderungen davon mit einem Investment-Grade-Rating beträgt 86,6%, Forderungen ohne Rating hat die Bank nicht. [G6]

Derivatebestand

Zur Absicherung des spezifischen Zinsänderungsrisikos und/oder des spezifischen Fremdwährungs(FX)-Risikos, das mit dem Abschluss einzelner Aktiv- bzw. Passivpositionen verbunden ist, wurden derivative Finanzinstrumente in Form von Zinsswaps und Cross-Currency-Swaps eingesetzt. Grundsätzlich werden im Rahmen des Aktiv/Passiv-Managements einfache Zinsswaps zur Steuerung des allgemeinen Zinsänderungsrisikos der Bank eingesetzt. Für die Absicherung einzelner FX-Positionen werden entsprechende Cross-Currency-Swaps abgeschlossen.

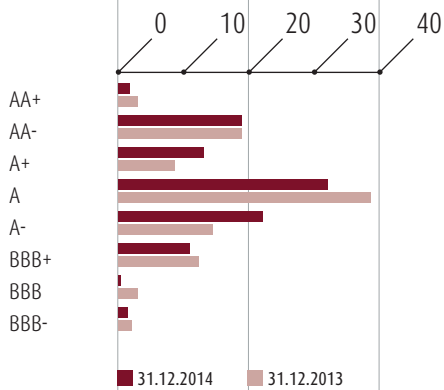
Handelsrechtlich wird vom Wahlrecht Gebrauch gemacht, keine Bewertungseinheiten zu bilden. Die Bank hat ihre Leitlinien zum Einsatz von Derivaten in der Geschäftsstrategie verankert.

Zum Berichtsstichtag hielt die Bank einen Bestand an derivativen Finanzinstrumenten im Nominalvolumen von 12,7 Mrd. € (Vorjahr: 17,6 Mrd. €), der sich auf Zinsswaps über nominal 12,3 Mrd. € und Cross-Currency-Swaps über nominal 0,4 Mrd. € verteilte. Entsprechend der Strategie der Bank kam es erneut zu einem deutlichen Bestandsrückgang von 4,9 Mrd. € (Vorjahr: 9,5 Mrd. €). Dies war im Wesentlichen die Folge planmäßiger Fälligkeiten und der fortgeführten aktiven Reduzierung des Derivatebestandes. [G7]

Finanzderivate

Derivatepartner nach Bonitäten

in %



Refinanzierungsstruktur

in %

	31.12.2014	31.12.2013
Öffentliche Pfandbriefe	29	31
Hypothekendarlehen	6	5
Wertpapierbeleihung mit EZB (Tender)	23	18
Wertpapierbeleihung mit Banken (Repo)	15	18
sonstige Bankenverbindlichkeiten	1	1
Kundeneinlagen	25	26
Inhaberschuldverschreibungen	0	0
Nachrangige Verbindlichkeiten	1	1
Gesamt	100	100

Refinanzierung und Liquidität

Im Zuge des anhaltenden Abbaus des Kapitalmarktgeschäfts wurden wie bereits in den vorangegangenen Jahren keine Öffentlichen Pfandbriefe begeben. Zur Refinanzierung des Immobilienkreditgeschäfts wurden im Berichtsjahr Hypothekendarlehen in Höhe von 162,0 Mio. € (Vorjahr: 67,5 Mio. €) emittiert.

Seit Juni 2012 verfügt die Bank über ein von der Commission de Surveillance du Secteur Financier (CSSF) genehmigtes Emissionsprogramm für gedeckte und ungedeckte Inhaberschuldverschreibungen und damit über die Möglichkeit, EZB-fähige Pfandbriefe zu begeben. Die einmal im Jahr durchzuführende Aktualisierung des Emissionsprogrammes erfolgte im Frühjahr 2014. Die überarbeitete Programmversion wurde von den Aufsichtsbehörden in Luxemburg am 20. Juni 2014 gebilligt.

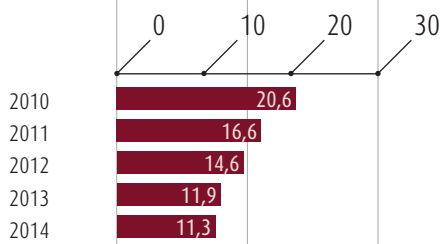
Die Emission von Pfandbriefen stellt eine wesentliche Säule der langfristigen Refinanzierung der Bank dar. Zum 31. Dezember 2014 befanden sich Öffentliche Pfandbriefe in Höhe von 3,1 Mrd. € (Vorjahr: 3,5 Mrd. €) und Hypothekendarlehen in Höhe von 0,7 Mrd. € (0,5 Mrd. €) im Umlauf.

Als wichtige Stütze der Liquiditätsbeschaffung der Bank erwiesen sich zum 31. Dezember 2014 die vom Einlagen-sicherungsfonds geschützten Kundeneinlagen in einem Umfang von 2,7 Mrd. € (Vorjahr: 2,9 Mrd. €), die Offenermarktgeschäfte mit der EZB in Höhe von 2,5 Mrd. € (2,1 Mrd. €), das Eurex Repo Trading mit einem Volumen von 1,7 Mrd. € (1,8 Mrd. €) und das Repo-Geschäft mit Finanzinstituten in einem Umfang von nominal 30,0 Mio. € (0,2 Mrd. €). [G8]

Die Bank lässt ihre Anleihen seit März 2013 im Primärmarkt des Freiverkehrs der Düsseldorfer Börse, einem Qualitätssegment mit erhöhten Transparenzanforderungen, notieren. Die Bank nimmt damit keinen organisierten Markt im Sinne des Wertpapierhandelsgesetzes (WpHG) für von ihr ausgegebene Schuldverschreibungen in Anspruch. Zudem wurde kein Antrag auf Zulassung der eigenen Inhaberschuldverschreibungen zum Handel an einem organisierten Markt gestellt. Die Bank gilt somit nicht als kapitalmarkt-orientiert gemäß den Bestimmungen des Handelsgesetzbuches (HGB).

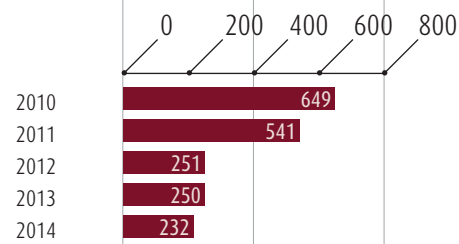
9

Bilanzsumme in Mrd. €



10

Kernkapital* in Mio. €



*gemäß Meldung,
vor Berücksichtigung
des Jahresergebnisses

Bilanzsumme und Eigenmittel

Zum 31. Dezember 2014 hat sich die Bilanzsumme der Bank durch Fälligkeiten und den strategiekonformen Abbau der Risikoaktiva um 5,0% auf 11,3 Mrd. € (Vorjahr: 11,9 Mrd. €) vermindert. [G9]

Im Einklang damit verringerten sich die Bilanzpositionen „Barreserve“ und „Forderungen an Kreditinstitute“ um jeweils rund 0,1 Mrd. €. Zudem hat sich der Bestand „Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere“ im Berichtsjahr mit 0,4 Mrd. € abermals deutlich reduziert. Hier wirkte sich neben Fälligkeiten – wie bereits in den Vorjahren – der fortgeführte strategische Abbau des Wertpapierportfolios aus. Analog zu den Aktiv-Beständen verminderten sich insbesondere die „Verbindlichkeiten gegenüber Kunden“ um 0,7 Mrd. €, während sich der Bilanzposten „Verbriefte Verbindlichkeiten“ aufgrund von neu emittierten Hypothekendarlehen um 0,1 Mrd. € erhöht hat.

Die Bank wies auch im Jahr 2014 komfortable Eigenmittelquoten auf. Die Eigenmittel nach der Verordnung über Aufsichts-anforderungen an Kreditinstitute und Wertpapierfirmen (Verordnung (EU) Nr. 575/2013, CRR) beliefen sich per 31. Dezember 2014 auf 264,3 Mio. € (Vorjahr: 315,8 Mio. € nach § 10 KWG). Davon entfielen 231,7 Mio. € (250,4 Mio. €) auf das harte Kernkapital und 32,6 Mio. € (65,4 Mio. €) auf das Ergänzungskapital.

Die Kernkapitalquote betrug 11,5% (12,8%), während die Gesamtkapitalquote 13,2% (16,1%) erreichte. Unter Berücksichtigung des Jahresergebnisses 2014 betragen die Eigenmittel 250,0 Mio. €; davon entfallen 217,4 Mio. € auf das harte Kernkapital und 32,6 Mio. € auf das Ergänzungskapital. Es würde sich eine Kernkapitalquote von 10,8% und eine Gesamtkapitalquote von 12,5% ergeben. [G10]

Ertragslage

Zinsergebnis

Der Zins- und Provisionsüberschuss der Bank ist auch in 2014 noch von den ertragsbelastenden Maßnahmen früherer Jahre (bis einschließlich 2007) gekennzeichnet. Dennoch sind Verbesserungen erkennbar, die einerseits im Zinsergebnis dem angestiegenen Neugeschäft in der Immobilienfinanzierung und dem Auslaufen der belastenden Bestände zu verdanken sind. Andererseits profitiert das Provisionsergebnis von der Rückzahlung der durch den Finanzmarktstabilisierungsfonds (SoFFin) garantierten Anleihe in 2013 und dem damit verbundenen Wegfall zu leistender Garantiprovisionen.

Das Zinsergebnis verschlechtert sich im Vergleich zum Vorjahr um 40,7 Mio. € auf -34,6 Mio. €. Allerdings wurde das Zinsergebnis des Vorjahres (6,1 Mio. €) durch Einmalserträge (Swap-Closings, Vorfälligkeitsentschädigungen etc.) von saldiert 69,4 Mio. €, denen gegenläufige Aufwendungen im Bewertungsergebnis gegenüberstanden, positiv geprägt, während das Zinsergebnis des Berichtsjahres vergleichbare Effekte lediglich in Höhe von saldiert 1,5 Mio. € enthält. Bereinigt um die Einmaleffekte konnte das laufende Zinsergebnis somit um 27,2 Mio. € verbessert werden.

Das Provisionsergebnis weist mit 2,6 Mio. € einen positiven Wert aus und liegt um 17,6 Mio. € über dem Vorjahr. Ursächlich hierfür ist im Wesentlichen der Wegfall der Provisionszahlungen für die SoFFin-Garantien. Zudem wirkte sich die Fokussierung der Bank auf die Immobilienfinanzierung und die damit verbundene Vereinnahmung von Provisionen von saldiert 3,7 Mio. € (Vorjahr: 1,2 Mio. €) positiv aus.

Der Personalaufwand ist infolge des Ausbaus der personellen Kapazitäten in der Immobilienfinanzierung auf 7,5 Mio. € (6,3 Mio. €) gestiegen. Die Erhöhung des Sachaufwandes (einschließlich der Abschreibungen auf immaterielle Vermögenswerte und Sachanlagen) auf 18,9 Mio. € (Vorjahr: 18,1 Mio. €) resultierte im Wesentlichen aus einer Beitragsanpassung für den Einlagensicherungsfonds des Bundesverbandes deutscher Banken (BdB) um 0,8 Mio. €. Bereinigt um diese Beitragserhöhung konnte der Sachaufwand trotz herausfordernder Rahmenbedingungen (u. a. Projekte zur Neuausrichtung der Bank, Erfüllung neuer regulatorischer Anforderungen) nahezu auf Vorjahresniveau gehalten werden. Wie in den Vorjahren hatte die Umlage des BdB-Einlagensicherungsfonds den größten Anteil an diesen Kosten.

Das sonstige betriebliche Ergebnis beläuft sich auf 0,5 Mio. € (-0,7 Mio. €) und enthält im Wesentlichen neben Teillösungen (0,7 Mio. €) von in Vorjahren gebildeten Rückstellungen Aufwendungen aus der Fremdwährungsbewertung von -0,2 Mio. €.

Bewertungsergebnis

Das Bewertungsergebnis des Geschäftsjahres wurde vor allem von den Maßnahmen zum Abbau des Kapitalmarktportfolios beeinflusst. Es umfasst sowohl die Risikovorsorge für alle erkennbaren und latenten Risiken aus dem Immobilienkreditgeschäft sowie aus dem Kapitalmarktgeschäft als auch sämtliche Erträge und Aufwendungen aus der Überkreuzkompensation gemäß § 340f Abs. 3 HGB. Das Bewertungsergebnis schließt mit einem Gewinn von 15,9 Mio. € (-25,8 Mio. €).

Das Immobilienkreditgeschäft (ohne MBS) belastet das Bewertungsergebnis mit -3,4 Mio. € (-24,8 Mio. €) und wird im Wesentlichen durch die Zuführung zur Pauschalwertberichtigung auf das Kreditvolumen nach §15 Kreditinstituts-Rechnungslegungsverordnung von insgesamt 2,8 Mio. € beeinflusst. Hinzu kommen zusätzliche Wertberichtigungen von netto 0,6 Mio. €, die zur Abschirmung identifizierter Risiken im Immobilienkreditgeschäft gebildet wurden.

Das Bewertungsergebnis aus dem Kapitalmarktgeschäft in Höhe von +19,3 Mio. € beinhaltet neben positiven Effekten aus Wertpapierverkäufen von saldiert 20,3 Mio. € einen Einlösungsverlust von 1,0 Mio. €, resultierend aus der vorzeitigen Rücknahme eines öffentlichen Namenspfandbriefes.

Ergebnisrechnung in Mio. €

	31.12.2014	31.12.2013
Zinsergebnis	-34,6	6,1
Provisionsergebnis	2,6	-15,0
Zins- und Provisionsergebnis	-32,0	-8,9
Sonstiges betriebliches Ergebnis	0,5	-0,7
Verwaltungsaufwand	-26,4	-24,4
Rohergebnis	-57,9	-34,0
Bewertungsergebnis	15,9	-25,8
Operatives Ergebnis	-42,0	-59,8
Ergebnis vor Steuern	-42,0	-59,8
Steuern	0,0	0,2
Jahresfehlbetrag	-42,0	-59,6
Verlustvortrag aus dem Vorjahr	-541,9	-496,9
Entnahmen aus Stillen Einlagen	0,0	14,6
Bilanzverlust	-583,9	-541,9

Jahresfehlbetrag

Die Bank erzielte im Berichtsjahr einen Jahresfehlbetrag von 42,0 Mio. € (Vorjahr: 59,6 Mio. €), der damit im erwarteten Bereich lag. [G11]

Die auf kalkulatorischen Annahmen beruhende Segmentrechnung der Bank, aus der das Gesamtergebnis resultiert, unterteilt die Geschäftstätigkeit in das Geschäftsfeld „Immobilienkreditgeschäft“ mit den Teilportfolien „Hypothekendarlehensgeschäft“ und „MBS“ sowie das Geschäftsfeld „Kapitalmarktgeschäft“ mit den Teilportfolien „Staatskreditgeschäft (ordentliche Deckung)“, „Ersatzdeckungsgeschäft“ und „Außerdeckungsgeschäft“.

Nach Zuordnung von anteiligen Verwaltungsaufwendungen und Verrechnung des Bewertungsergebnisses weist das Immobilienkreditgeschäft ein Vorsteuerergebnis von 4,0 Mio. € (Vorjahr: -27,4 Mio. €) und das Kapitalmarktgeschäft von -34,2 Mio. € (+13,6 Mio. €) aus. Das Vorsteuerergebnis der Restaktivitäten beläuft sich auf -11,8 Mio. € (-46,0 Mio. €).

Bericht zu verbundenen Unternehmen

Gemäß § 312 Aktiengesetz (AktG) hat der Vorstand für den berichtspflichtigen Zeitraum einen Bericht über die Beziehungen zu verbundenen Unternehmen erstellt, der von der Ernst & Young GmbH, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, geprüft und testiert wurde. Der Bericht schließt mit folgender Erklärung des Vorstandes: „Nach den Umständen, die uns in dem Zeitpunkt bekannt waren, in dem Rechtsgeschäfte mit verbundenen Unternehmen vorgenommen wurden, hat unsere Gesellschaft in jedem Fall eine angemessene Gegenleistung erhalten. Im Interesse oder auf Veranlassung von verbundenen Unternehmen wurden keine Maßnahmen getroffen bzw. unterlassen, die unsere Gesellschaft benachteiligt haben.“

Rating

Am 28. Februar 2014 bestätigte Fitch Ratings das Emittenten-Rating der Düsseldorfer Hypothekenbank für langfristige unbesicherte Verbindlichkeiten mit BBB- und stabilem Ausblick. Das Support Rating blieb mit 2 unverändert; das Viability Rating wurde um zwei Notches von „c“ auf „ccc“ hochgestuft. Vor dem Hintergrund der EU-Reformen und der hierdurch angenommenen reduzierten Bereitwilligkeit und Fähigkeit von europäischen Staaten, Stützungsmaßnahmen für Finanzinstitute einzuleiten, beabsichtigt Fitch die Ratings

der von ihr bewerteten Emittenten voraussichtlich in 2015 anzupassen und hat daher im März 2014 das Long-Term Issuer Default Rating der Mehrheit der deutschen Pfandbrief-Emittenten, darunter auch das der Düsseldorfer Hypothekenbank, auf Ausblick negativ gesetzt.

Beteiligungen

Im Oktober 2014 hat die Düsseldorfer Hypothekenbank ihre Beteiligung in Höhe von 24,9% oder 2,5 Mio. € an der MHB-Bank AG, Frankfurt am Main, vollständig veräußert.

Personalbericht

Im Jahr 2014 waren durchschnittlich 68,9 Mitarbeiter für die Düsseldorfer Hypothekenbank tätig. Gegenüber dem Vorjahr (59,2) erfolgte eine Personalaufstockung vornehmlich in der Immobilienfinanzierung, um die strategische Neuausrichtung der Bank zu stützen.

In der Personalentwicklung setzt die Bank auf individuell zugeschnittene, praxisorientierte interne und externe Qualifizierungsmaßnahmen. Grundlage für die mitarbeiterbezogene Bedarfsanalyse sind regelmäßige Beurteilungsgespräche mit den Führungskräften. Auch im Jahr 2014 bildeten sich Mitarbeiter durch den Besuch von zahlreichen Seminaren und Fachschulungen weiter. Zusätzlich unterstützte die Bank berufsbegleitende Weiterbildung durch Förderungsprogramme und bot Fremdsprachentrainings durch Inhouse-Schulungen an.

Um die Anforderungen an die Mitarbeiter mit deren beruflicher und familiärer Situation bestmöglich in Einklang zu bringen, bietet die Bank neben der Gleit- und Teilzeitarbeit auch begrenzt die Möglichkeit der Einrichtung von Telearbeitsplätzen an.

Mit Wirkung zum 1. Januar 2014 hat die Bank ihr Vergütungssystem in Übereinstimmung mit den aufsichtsrechtlichen Vorgaben gemäß InstitutsVergV überarbeitet. Die Bank ist gemäß §17 Abs. 1 InstitutsVergV als ein nicht bedeutendes Institut einzustufen.

Risikobericht

Die risikopolitischen Leitlinien und Strukturen sind in der Geschäfts- und Risikostrategie niedergelegt und im Risikohandbuch detailliert ausgearbeitet. Beide Dokumente wurden in 2014 umfassend überarbeitet und entsprechend den Unternehmenszielen angepasst. Sie stehen den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern über das bankinterne Intranet zur Verfügung. Diese Dokumentation bildet die Grundlage für die einheitliche Bearbeitung und interne Kommunikation aller wesentlichen Risikoarten und unterstützt die zielgerichtete Risikosteuerung der Bank.

Ziele des Risikomanagements/Limitsystems

Grundlage für das Management der Risiken bildet die vom Aufsichtsrat verabschiedete Geschäfts- und Risikostrategie der Bank. Ziel des Risikomanagements ist die grundsätzlich langfristige Sicherstellung der Risikotragfähigkeit der Bank. Der Begriff der Risikotragfähigkeit beschreibt die Fähigkeit, übernommene Risiken auch tatsächlich tragen zu können. Hieraus ergibt sich für die Bank neben der Messung der unterschiedlichen Risiken die Notwendigkeit, das zur Verfügung stehende Risikodeckungspotenzial zu ermitteln und dieses bedarfsgerecht auf die einzelnen Risikoarten zu verteilen (Limitsystem). Ist das Risikodeckungspotenzial (Risikokapital) stets größer als die quantifizierten kumulierten Risiken (Risikokapitalbedarf), ist die Risikotragfähigkeit der Bank über den Risikobetrachtungshorizont gegeben.

Die Bankaufsicht hat in Abhängigkeit der Absicherungsziele sowohl den Going-Concern-Ansatz als auch den Liquidationsansatz als die beiden relevanten Steuerungskreise definiert. Die Bank hat sich für die Implementierung beider übergeordneter Steuerungskreise entschieden. Die nachfolgenden Ausführungen beziehen sich auf den in der Bank führenden Going-Concern-Ansatz. Das Risikodeckungspotenzial wird hier einerseits monatlich nach bilanzorientierten Zahlen und andererseits täglich nach barwertorientierten Werten ermittelt.

Die Bank hat umfangreiche Instrumentarien zur Unterstützung des Risikomanagementprozesses entwickelt. Diese wurden vor dem Hintergrund der stetig steigenden aufsichtsrechtlichen Anforderungen an die Risikosteuerung auch im Jahr 2014 weiterentwickelt und erweitert. So hat die Bank u.a. das Modell zur Ermittlung der langfristigen Risikotragfähigkeit im Rahmen des Kapitalplanungsprozesses überarbeitet, die Berechnungsmethoden zur Ermittlung des bilanzorientierten Risikodeckungspotenzials optimiert sowie die Berechnungsparameter in ihren Value at Risk (VAR)-Modellen weiter verschärft. Die Limitarchitektur wurde entsprechend den Zielen der Geschäftsstrategie für 2014 angepasst und in der Risikostrategie verankert.

Die Bank befand sich auch in 2014 noch im fortgeschrittenen Restrukturierungsprozess. Im bilanzorientierten Risikotragfähigkeitskonzept, das als strategische, langfristige und limitorientierte Risikotragfähigkeitsberechnung seit 2014 als Hauptsteuerungskreis wesentlich ist, konnten die Belastungen aus der Restrukturierung gut kompensiert werden. Die Auslastung des Risikolimits lag jederzeit im moderaten – gemäß Geschäfts- und Risikostrategie – zu tolerierenden Bereich.

Im barwertigen Risikodeckungspotenzial, das für die tägliche und detaillierte Steuerung der Marktrisiken und deren Limitierung wesentlich ist, sind die positiven Entwicklungen der Bank erkennbar, so konnte das Abschmelzen des barwertigen Risikodeckungspotenzials nahezu gestoppt werden und verblieb auf dem Niveau des Vorjahresresultimos. Die Belastungen aus dem Altbestand für das barwertige Risikodeckungspotenzial konnten durch die Portfoliooptimierung bei gleichzeitiger Risikoreduzierung über alle wesentlichen Risikoarten hinweg und die Ausweitung des Neugeschäfts im Immobilienkreditgeschäft nahezu vollständig kompensiert werden. Dennoch reicht die insgesamt positive Entwicklung nicht aus, um auch in diesem Steuerungskreis die Limitauslastungen wieder in einen adäquaten Toleranzbereich zurückzuführen. Das Aufsichtsgremium sowie die Aufsichtsbehörden wurden zeitnah und umfassend über die Entwicklungen informiert.

Organisation des Risikomanagements

Die Verantwortung für das Management der Risiken liegt beim Gesamtvorstand. Er ist auch das oberste Entscheidungsgremium in Risikofragen. Unterstützt wurde er durch den monatlich tagenden Aktiv-Passiv-Ausschuss sowie das Kapitalmarkt-Komitee. Darüber hinaus tagte vierteljährlich das Risikokomitee, welches die strategische Risikoausrichtung analysiert, neue Risiken identifiziert und gegebenenfalls Maßnahmen zur Steuerung vorschlägt. Der Aufsichtsrat informierte sich in den Aufsichtsratssitzungen im Rahmen des Standardtagesordnungspunktes „Risikobericht“ regelmäßig anhand des umfassenden Quartalsrisikoberichts über die aktuelle Risikosituation.

Innerhalb des Risikomanagements kommt der aufbauorganisatorischen Ausgestaltung der Prozesse eine große Bedeutung zu. Die Bank hat Aufgaben, Kompetenzen und Verantwortlichkeiten der Mitarbeiter klar definiert. Bei der Ausgestaltung der Aufbauorganisation wurde sichergestellt, dass aufsichtsrechtlich miteinander unvereinbare Tätigkeiten im Wege klarer Funktionstrennung durch unterschiedliche Organisationseinheiten wahrgenommen werden.

Risikokategorien und Risikoarten

Als Hauptrisikokategorien definiert die Bank

- das Kreditrisiko,
- das Marktpreisrisiko,
- das Liquiditätsrisiko,
- das Operationelle Risiko und
- das Ertragsrisiko.

Für den Bereich der Liquiditäts- und Ertragsrisiken ist aus Sicht der Bank das Risikodeckungspotenzial kein geeignetes Maß zur Beurteilung. Liquiditätsrisiken werden täglich durch spezielle Steuerungsinstrumente überwacht und aus-gesteuert. Für das Ertragsrisiko hat sich bisher noch kein Standard zur Messung über die bereits bekannten Risiken (Kreditrisiko etc.) etabliert, welche aus diesem Grund nicht separat im quantitativen Risikotragfähigkeitskonzept aus-gewiesen werden. Ertragsrisiken werden im Rahmen viertel-jährlicher Auswertungen sowie im Rahmen der mittel-fristigen Finanz- und Kapitalplanung aufgezeigt.

Darüber hinaus wurden sonstige Risiken wie das Risiko aus Beteiligungen, das Deckungsstockrisiko sowie das Modellrisiko identifiziert. Die Bewertung der sonstigen Risiken erfolgt im Einklang mit den Mindestanforderungen an das Risikomanagement (MaRisk) nicht über gesonderte Limitsysteme.

Kreditrisiko

Strategie

Als Kreditrisiko wird die Gefahr des Ausfalls vertraglich vereinbarter Zins- und Tilgungsansprüche und der damit verbundenen Wertminderung von Vermögensgegenständen definiert. Das Immobilienkreditgeschäft und das Kapitalmarktgeschäft sind stets mit dem Eingehen von Kreditrisiken verbunden. Ziel des Kreditrisikomanagements ist es, diese Kreditrisiken zu erkennen, zu analysieren und angemessen zu steuern.

Die Kreditrisikostrategie als Kernelement der Geschäfts- und Risikostrategie der Bank setzt einen verbindlichen Rahmen für das Management bestehender und das Eingehen neuer Kreditrisiken in Abhängigkeit von der Risikotragfähigkeit der Bank. Kern der Kreditrisikostrategie ist das mehrstufige Limitsystem zur Begrenzung von Kreditrisikokonzentrationen auf Portfolio- und Einzelkreditnehmerebene. Der Steuerung des Länderrisikos kommt eine besondere Bedeutung innerhalb der Kreditrisikostrategie zu. Das Länderlimit-system orientiert sich an allgemeinen Kriterien wie Länderbonität, politische Stabilität, Stärke der Volkswirtschaft, Transparenz, Rechtssicherheit sowie – im Hinblick

auf das Immobilienkreditgeschäft – an marktspezifischen Kriterien wie Volatilität, Liquidität und Reife der nationalen Immobilienmärkte. Der vierteljährliche und bei besonderen Erfordernissen ad hoc durch die Fachabteilungen erstellte und der Geschäftsleitung vorgelegte Risikobericht führt zu einer hohen Risikotransparenz und unterstützt die Umsetzung bzw. Einhaltung der Kreditrisikostategie.

Organisation

Eine zentrale Anforderung an die Organisation des Kreditgeschäfts ist die Einhaltung der Trennung von vertriebs- und kundenbezogenen Funktionen (Markt) einerseits und risikoanalyse- und risikomanagementbezogenen Tätigkeiten (Marktfolge und Risikocontrolling) andererseits. Die Bank wird diesem Prinzip durch eine konsequente organisatorische Trennung von Markt und Marktfolge- und Controllingeinheiten bis hin zur Vorstandsebene gerecht.

Die Bearbeitung der Immobilienkredite erfolgt grundsätzlich auf der Marktfolgeseite. Ab der Kreditanfrage – also bereits weit vor Erstellung und Genehmigung des Kreditantrags – wird die Marktfolge an allen risikorelevanten Prozessen beteiligt. Dies geschieht durch Objektvorbesichtigungen, ein eigenständiges, separates Krediturteil, durch besondere Kontrollhandlungen und durch eine konkrete Prozessverantwortung. So setzt jede Kreditentscheidung im Immobilienkreditgeschäft die Zustimmung der Marktfolgeeinheit Immobilienfinanzierung Kreditrisiko als „zweites Votum“ voraus. Auch die Bearbeitung von Problemkrediten liegt generell im Verantwortungsbereich der Marktfolge.

Das Risikomanagement im Kapitalmarktgeschäft ist mehrstufig: Bevor der Markt Wertpapierneugeschäft tätigen kann, sind Limitanträge zu stellen. Die Marktfolgeabteilung Kapitalmarktfinanzierung Kreditrisiko analysiert die Bonität, votiert und erstellt ein Kreditprotokoll. So setzt Kapitalmarktneugeschäft die Zustimmung der Marktfolge als „zweites Votum“ voraus. Anschließend genehmigt gemäß Kompetenzordnung der Vorstand (gegebenenfalls mit Zustimmung des Aufsichtsrats) die Kreditlinie für die beantragte Adresse. Die Überwachung der Limiteinhaltung erfolgt durch die Organisationseinheit Treasury Operations & Deckungsmanagement. So ist sichergestellt, dass die votierende Fachabteilung nicht die Limiteinhaltung kontrolliert und das Kapitalmarktgeschäft der gleichen Trennung von Markt und Marktfolge wie die Immobilienfinanzierung unterliegt. Auch die laufende Bearbeitung und Bestandsüberwachung der Geschäfte durchläuft wie die Einrichtung der Limite einen Kreditprozess auf der Marktfolgeseite. Je risikoreicher das Engagement durch die Marktfolge eingestuft wird, desto detaillierter und zeitnaher erfolgt die Überwachung. Über die Entwicklung des Kreditrisikos sowie

die wesentlichen Maßnahmen zur Steuerung wird monatlich im Aktiv-Passiv-Ausschuss sowie vierteljährlich in der Sitzung des Risikokomitees berichtet.

Die Kreditrisikomessung, die Portfoliorisikolimitüberwachung und die Berichterstattung über das Kreditrisiko auf Gesamtbankebene werden vom Risikocontrolling wahrgenommen.

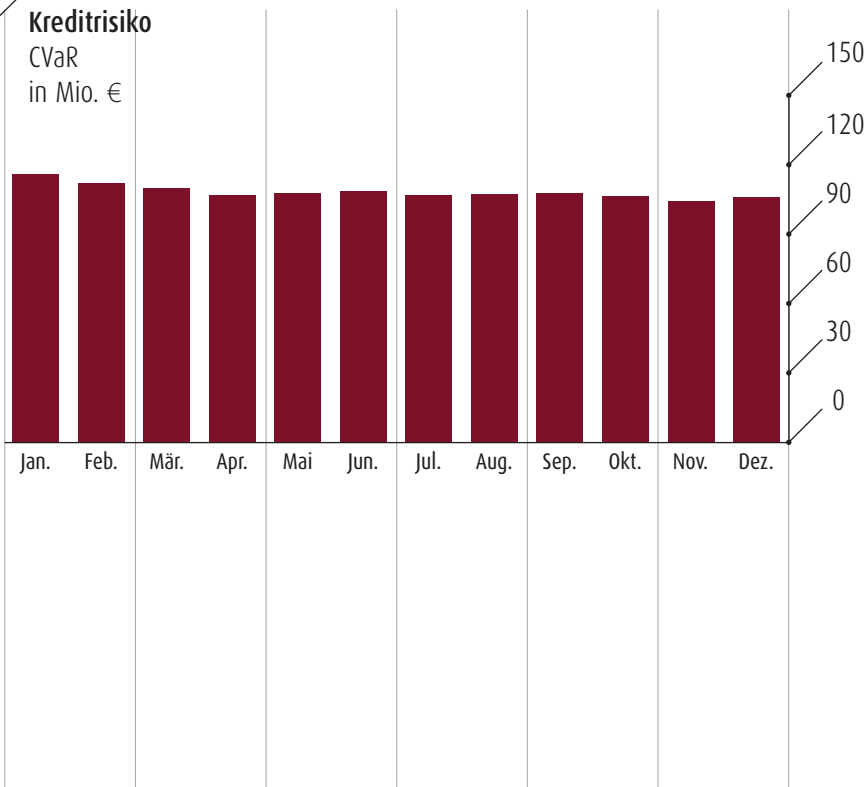
Messmethoden

Voraussetzung für eine geschäftsfeldübergreifende, risikoorientierte Portfoliosteuerung ist eine einheitliche Kreditrisikomessung für das gesamte mit Adressenausfallrisiken behaftete Kreditportfolio, bestehend aus dem Kapitalmarkt- und Immobilienkreditgeschäft sowie dem Geldmarkt- und Derivategeschäft. Maßgebliche Kreditrisikokennziffer für die Risikotragfähigkeitsrechnung ist der Credit Value at Risk (CVAR) des Kreditportfolios. Darüber hinaus ist der CVAR die Maßzahl für den Risikobeitrag einzelner Länder, von Teil- und Subportfolien sowie für Sektoren oder von Einzelkreditnehmern und dient der Identifizierung und Limitierung von Risikokonzentrationen.

Die monatliche Quantifizierung des Kreditrisikos, ausgedrückt als CVAR, erfolgt mittels eines ausfallbasierten Ein-Faktor-Kreditrisikomodells. Die wesentlichen Risikoparameter dieses Modells sind die Volumen (Exposure at Default, EaD), Ausfallwahrscheinlichkeiten (Probability of Default, PD) und Verlustquoten (Loss Given Default, LGD) in Abhängigkeit von extern (Kapitalmarktgeschäft) und intern (Immobilienkreditgeschäft) erhobenen Ratings nach anerkannten mathematisch-statistischen Verfahren. Um die Vergleichbarkeit der Geschäftsfelder zu erleichtern, wurde basierend auf den Ausfallwahrscheinlichkeiten eine bankinterne Rating-Masterskala eingeführt.

Die so ermittelten Kreditrisiken werden den jeweils zugeordneten Risikolimiten gegenübergestellt. Für den Fall einer kritischen Limitauslastung bzw. Limitüberschreitung sind besondere Maßnahmen im Risikohandbuch der Bank definiert

Kreditrisiko CVaR in Mio. €



Stresstests

Die standardisierte Kreditrisikomessung wird um regelmäßig durchgeführte Stresstests ergänzt, um den Einfluss externer Risikotreiber auf die Risikotragfähigkeit abzuschätzen und die Fähigkeit der Bank, Krisenszenarien standzuhalten, zu beurteilen.

Zum einen wird die Sensitivität des CVAR bezüglich unerwarteter Rating-Herabstufungen im gesamten Kreditportfolio und den einzelnen Steuerungsportfolien analysiert. Die mehrstufige Simulation umfasst sowohl erhöhte Ausfallwahrscheinlichkeiten aufgrund einer gemäßigten Rezession als auch massive Downgrades aufgrund einer Finanzmarktkrise. Adressenkonzentrationen und eine geringe Portfoliogrularität wirken risikoe erhöhend. Für das Portfolio der gewerblichen Immobilienkredite wird eine krisenhafte Verschlechterung der Mietindizes simuliert, welche sowohl Erhöhungen der Ausfallwahrscheinlichkeiten (PD) als auch der Schadensquoten (LGD) impliziert.

Zum anderen wird bei den inversen Stresstests analysiert, welche Stressfaktoren zu einem Verbrauch des freien Risiko deckungspotenzials führen würden. Die Simulation berücksichtigt als Stressfaktoren Adressenkonzentrationen nach Risikobeitrag, Frühwarnindikatoren – Credit Spreads im Kapitalmarktgeschäft, aktuelle Debt Service Coverage Ratios im Immobilienkreditgeschäft – sowie Segmenten, welche nach interner Einschätzung besonders sensitiv auf makroökonomischen, politischen oder marktbedingten Stress reagieren.

Entwicklung des Kreditrisikos

Der zum Datenstichtag 31. Dezember 2014 ermittelte CVAR lag mit 107,9 Mio. € rund 9,1% unter dem Wert zum Vorjahresresultimo (118,7 Mio. €). Der wesentliche Grund für diese Entwicklung sind der Abbau des Kapitalmarktportfolios sowie Verbesserungen in der Struktur des Immobilienkreditgeschäftsportfolios. [G12]

Die Überschreitungen in den Kreditrisikolimiten (barwertig) sind nach wie vor maßgeblich auf die Belastungen der Risikodeckungspotenziale aus der Finanzkrise und deren Folgewirkungen zurückzuführen.

Risikovorsorge Immobilienkreditgeschäft

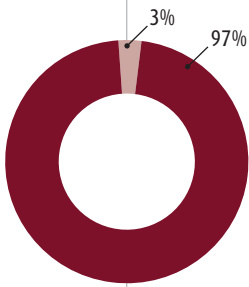
Das Frühwarnsystem der Bank und die darauf aufbauende Einstufung des Immobilienkreditbestandes in maßnahmenorientierte Risikoklassen versetzen die Bank in die Lage, eine frühzeitige, systematische Risikoerkennung zu betreiben, um vor dem Auftreten akuter Risiken reagieren und Risiko begrenzende Maßnahmen einleiten zu können.

Die Bank teilt das Immobilienkreditgeschäft in drei Kategorien mit insgesamt sechs Risikoklassen (RK) ein:

Die Kategorie „Normalkredit“ umfasst die RK I „ohne Risiken“, RK II „geringe Risiken“ und RK III „erkennbare Risiken“. Ab Einstufung in die RK II erfolgt eine intensiviertere Bearbeitung der Kreditengagements.

13

Immobilienkredite nach Risikoklassen in %



Normalkredite
97 (95)
Risikobehaftete Kredite
0 (0)
Not leidende Kredite
3 (5)

31.12.2014 (Vorjahr)

14

Not leidende Kredite

	31.12.2014	31.12.2013
Not leidende Kredite in Mio. €	32,7	57,4
Anteil in %	2,7	5,3

15

Rückstandsquote

	31.12.2014	31.12.2013
Rückstandsquote in %	0	0
Netto-Neuzuführung Wertberichtigungen in Mio. €	3,4	29,9
Risikokosten (bp)	28	274

Die Kategorie „Problemkredit“ enthält die RK IV „erhöhte Risiken“ und RK V „akute Risiken“. In die RK V fallen unter anderem alle Kredite, die zwar einen Rückstand über mindestens eine Leistungsrate von 90 Tagen und länger aufweisen, die aufgrund der bestehenden Sicherheiten aber keine Gefährdung der Kapitalforderung erwarten lassen („Default ohne Einzelwertberichtigungs(EWB)-Bedarf“). Ob weitere Risikomerkmale oder Frühwarnindikatoren auftreten, ist unerheblich.

In die Risikoklasse VI fallen alle Not leidenden Kredite (Kredite mit einer Kapital-EWB). Ein Kredit wird hier eingeordnet, wenn eine die Forderung deckende Befriedigung nicht (mehr) erwartet wird („Default mit EWB-Bedarf“).

Darlehen der RK IV, V und VI werden in regelmäßigen Abständen, mindestens aber vierteljährlich auf das Erfordernis einer Wertberichtigung überprüft. Der Bedarf für eine Risikovorsorge besteht, wenn die Rückzahlung des Darlehenskapitals unter Berücksichtigung zufließender Mieten, des Sicherheitenwertes und der Bonität nicht mehr gewährleistet erscheint. Unabhängig davon werden sämtliche Zinsrückstände, deren Fälligkeit 90 Tage überschreitet, in vollem Umfang wertberichtigt. Eine gebildete Kapitaleinzelwertberichtigung wird mindestens vierteljährlich überprüft und gegebenenfalls angepasst.

Zum Berichtsstichtag wurden 97,3% (Vorjahr: 94,7%) des gesamten Immobilienkreditbestandes (inklusive fällige Darlehen und MBS) intern als „Normalkredit“ (RK I bis III) eingestuft, 0,0% (0,0%) als risikobehaftet (RK IV und V) und 2,7% (5,3%) als „Not leidend“ (RK VI). [G13] [G14]

Im Berichtszeitraum gab es zwei neue Zuführungen zu den Kapital-EWB im Rahmen der Risikovorsorge für das Kreditgeschäft sowie die Erhöhung einer bestehenden Kapital-EWB. Bestehende Wertberichtigungen wurden in Höhe von 17,6 Mio. € (Vorjahr: 16,5 Mio. €) in Anspruch genommen und in Höhe von 2,3 Mio. € (0,7 Mio. €) aufgelöst. Saldiert hat sich der EWB-Bestand im Immobilienkreditgeschäft im Jahresverlauf von 31,8 Mio. € auf 14,7 Mio. € verringert. Das sind 1,2% (2,3%) bezogen auf den Gesamtbestand der Immobilienfinanzierungen.

Für das MBS-Portfolio gab es keine EWB-Zuführungen. Im Rahmen des Verkaufs von vier MBS-Tranchen wurde im Berichtszeitraum ein Verlust von 0,3 Mio. € (Vorjahr: 6,7 Mio. €) realisiert.

Die Rückstandsquote, ausgedrückt als Verhältnis zwischen der Gesamtsumme aller rückständigen Zinsen (> 30 Tage) in Relation zum Immobilienkreditbestand, lag bei 0,0% (< 0,1%). [G15]

Risikovorsorge Kapitalmarktgeschäft

Im Kapitalmarktgeschäft teilt die Bank ihren gesamten Wertpapierbestand ebenfalls in sechs Risikoklassen (RK) ein:

- RK I: Normalkredite ohne nennenswerte Risiken
- RK II: Normalkredite
- RK III: Normalkredite mit erhöhten Spreads
- RK IV: Kredite in Intensivbetreuung
- RK V: Kredite in Intensivbetreuung mit erhöhten Spreads
- RK VI: Not leidende Kredite (in dieser RK verbuchte Wertpapiere unterliegen einer EWB).

Grundlage für die Zuweisung eines Wertpapiers in eine Risikoklasse ist dessen Rating und dessen aktueller Risikoaufschlag (Swap-Spread) gegenüber der Swap-Kurve. Dieses Verfahren stellt sicher, dass sowohl analystengestützte Expertise (Rating) als auch marktbasierende Informationen (Swap-Spread) in angemessener Form bei der Risikoklassifizierung Berücksichtigung finden.

Positionen der Risikoklasse V werden gesondert geprüft und – soweit sie dem Anlagevermögen zugeordnet sind – gegebenenfalls wertberichtigt. Die Analyse des Bestands ergab zunächst keinen Wertberichtigungsbedarf. Für weitere Angaben zum Heta-Exposure verweist die Bank auf den im Lagebericht enthaltenen Nachtragsbericht.

Zum Berichtsstichtag wurden 81,7% (Vorjahr: 86,5%) des gesamten Kapitalmarktbestandes intern in die RK I bis III, d.h. als Normalkredit, eingestuft, 13,7% (12,3%) in RK IV und 4,6% (1,2%) in RK V. Es befanden sich keine Bestände in RK VI.

Kapitalmarkt- und MBS-Exposure, insbesondere in süd- und südosteuropäischen Peripherieländern

Das Volumen der Engagements in Italien, Spanien, Portugal sowie Slowenien belief sich per 31. Dezember 2014 einschließlich MBS auf insgesamt 3,3 Mrd. € (Vorjahr: 3,4 Mrd. €). Bestandsreduzierungen sind primär auf Fälligkeiten zurückzuführen.

Das Spanien-Exposure stellt zum Jahresende 2014 mit nominal 1,4 Mrd. € (Vorjahr: 1,5 Mrd. €), dicht gefolgt von Italien mit 1,4 Mrd. € (1,5 Mrd. €), den größten Anteil in den EU-Peripherieländern der Bank dar. Neugeschäft wurde in den Ländern nicht getätigt. Jedoch hat sich in Folge von Asset-Switches zur Portfoliooptimierung hat sich die Struktur des Engagements in Spanien leicht geändert. Zugunsten von

Staatsanleihen (im Jahresvergleich von 300,0 Mio. € auf 435,0 Mio. € gestiegen) nahm das Exposure bei Kreditinstituten (von 531,0 Mio. € auf 366,0 Mio. €) ab.

Bei Regionen und Kommunen beläuft sich das Nominalvolumen zum Jahresende 2014 recht konstant auf 632,5 Mio. € (638,0 Mio. €). In Italien verringerte sich das Engagement beim Staat und den Regionen/Kommunen nur geringfügig über Fälligkeiten. Stärker reduzierte sich das Bankengagement von 204,0 Mio. € auf 113,0 Mio. €.

In Portugal und Slowenien liegt das Nominalvolumen zum Jahresende 2014 bei 374,3 Mio. € (Vorjahr: 356,0 Mio. €) bzw. 80,0 Mio. € (80,0 Mio. €). Mit 335,0 Mio. € (280,0 Mio. €) besteht das portugiesische Engagement nach wie vor überwiegend aus Staatsanleihen und Anleihen staatlicher Unternehmen. Die Zunahme erklärt sich durch Asset-Switches (Verkauf von Bankanleihen und Kauf von Staatsanleihen). Der slowenische Bestand besteht zum Großteil aus Staatsanleihen.

Von den problematischen Entwicklungen bei der HETA ASSET RESOLUTION, vormals Hypo Alpe Adria, in Österreich war die Düsseldorfer Hypothekenbank im Geschäftsjahr 2014 zunächst nicht betroffen. Im Bestand befanden und befinden sich ausschließlich Engagements des Schuldnerstatus „Senior Unsecured“ in Höhe von 351,3 Mio. € (wechselkursbedingte Veränderung des Bestandes gegenüber Vorjahr in Höhe von +3,3 Mio. €), die durch eine bindende Landeshaftung des Landes Kärnten abgesichert sind. Das Gesamtengagement in Österreich inklusive Heta betrug zum Jahresende 2014 nominal 1,8 Mrd. €. Das Heta-Engagement wird ebenso wie insbesondere auch das weitere Exposure der Bank bei österreichischen Landesbanken und gegenüber italienischen Regionen/Kommunen weiterhin eng im Risikomanagement begleitet, vor allem im Hinblick auf die aktuellen Entwicklungen der Credit Spreads und Ratings. [G16]

Peripherie-Exposure in Mio. €*^{*}

	Kredit- institute	Zentral- staaten	Regionen/ Kommunen	MBS	Summe 31.12.2014	Summe 31.12.2013
Italien	113	537	702	11	1.363	1.482
Portugal	27	335		12	374	356
Slowenien	15	65			80	80
Spanien	366	435	632	9	1.442	1.479
Ungarn		0			0	35
Gesamtexposure	521	1.372	1.334	32	3.259	3.432

*auf Basis Ultimate-Risk und inklusive Schuldscheindarlehen

Marktpreisrisiko

Strategie

Als Marktpreisrisiko definiert die Bank die Gefahr, dass sich die aktuelle und künftige Vermögens- oder Ertragslage der Bank aufgrund von Veränderungen der

- Zinsen (Zinsänderungsrisiko)
 - risikoloser Zins (allgemeines Zinsänderungsrisiko)
 - Spreads (spezifisches Zinsänderungsrisiko – Spreadrisiko),
- Währungen bzw. Wechselkurse (Währungsrisiko),
- Optionssensitivitäten, z. B. Volatilität (Optionsrisiko einschließlich Kündigungsrisiko),
- Aktienkurse (Aktienrisiko) oder
- Warenpreise (Warenpreisrisiko)

verschlechtert.

Das Immobilienkredit- und Kapitalmarktgeschäft ist stets mit dem Eingehen von Marktpreisrisiken verbunden. Ziel des Marktpreisrisikomanagements ist es, diese zu erkennen, zu analysieren und angemessen zu steuern.

Die Marktpreisrisikostategie beschreibt die Maßnahmen zur Steuerung und Begrenzung des Marktpreisrisikos der Bank auf Portfolio- und Einzelengagementebene unter Berücksichtigung der Geschäftsstrategie und der Risikotragfähigkeit.

Im Rahmen des Aktiv-Passiv-Managements kann die Bank Zinsänderungsrisiken innerhalb der vorgegebenen Risikolimiten eingehen, die jedoch auch konsistent zur Geschäftsstrategie sein müssen. Das Eingehen von Spreadrisiken ist eine Konsequenz aus den geschäftlichen Aktivitäten der Bank im Kapitalmarkt.

Es wird demnach unterschieden zwischen einer Limitierung für das allgemeine Zinsänderungsrisiko, welches auf den Gesamtbestand der Bank ermittelt wird, und einer Limitierung des Spreadrisikos.

Das Spreadrisiko wird für den Gesamtbestand ermittelt und für den dem Umlaufvermögen zugeordneten Bestand entsprechend der verabschiedeten Risikostrategie limitiert. Hier gilt im Gegensatz zum Anlagevermögen der Bank keine Durchhalteabsicht. Eine Realisierung des Spreadergebnisses ist somit nicht auszuschließen. Die Bank hat zum Stichtag 31. Dezember 2014 keine Positionen im Umlaufvermögen gehalten. Die Übernahme von Währungsrisiken ist nicht Bestandteil der Geschäfts- und Risikostrategie der Bank. Offene Währungspositionen werden grundsätzlich nicht aktiv eingegangen, lassen sich jedoch im Interesse der Geschäftseffizienz nicht vollständig vermeiden. Die bestehenden geringen Währungsrisiken werden täglich gemessen und limitiert. Die offenen Fremdwährungspositionen werden über einen Bestandsreport angezeigt und regelmäßig berichtet.

Das bewusste Eingehen von Optionsrisiken zählt ebenfalls nicht zur Marktpreisrisikostrategie der Bank. Sofern mit dem Abschluss von Aktiv- und Passivgeschäften das Eingehen von Optionsrisiken (z. B. Kündigungsrechten) verbunden ist, werden diese durch geeignete Sicherungsgeschäfte abgesichert. Bestehende kleinere Optionsrisiken werden täglich gemessen und limitiert.

In Geschäften, deren Wertentwicklung von Aktienkursen und Warenpreisen abhängt, ist die Bank nicht engagiert. Sie wird auch künftig in solchen Geschäften nicht tätig werden.

Organisation

Grundlegend für den Umgang mit Handelsgeschäften im Sinne der MaRisk ist das Prinzip der Funktionstrennung, insbesondere die Trennung von Geschäftsabschluss (Markt bzw. Handel) einerseits und Geschäftsabwicklung bzw. Risikoeinschätzung (Marktfolge und Risikocontrolling) andererseits. Die Bank wird dem Prinzip durch eine konsequente organisatorische Trennung von Markt und Marktfolge- und Controllingeinheiten bis hin zur Vorstandsebene gerecht.

Die Abteilungen Treasury und Immobilienfinanzierung Vertrieb sind für den Abschluss von Geld- und Kapitalmarktgeschäften bzw. von Immobilienkreditgeschäft zuständig. Die Abwicklung und Kontrolle der abgeschlossenen Geschäfte wird durch die Abteilungen Treasury Operations & Deckungsmanagement sowie Immobilienfinanzierung Kreditrisiko durchgeführt, zwei von den Marktteilungen weisungsunabhängigen und organisatorisch getrennten Marktfolgeeinheiten.

Darüber hinaus erteilt Risikocontrolling bei komplexen Geschäften ein ergänzendes Votum hinsichtlich der Absicherung der eingegangenen Risiken.

Die Messung, Überwachung und Berichterstattung der eingegangenen Risiken wird auf Gesamtbankebene durch das Risikocontrolling durchgeführt. Auch die laufende Überprüfung und Weiterentwicklung der Messinstrumente erfolgen durch die Abteilung Risikocontrolling.

Messmethoden

Zur Messung und zur Steuerung des Marktpreisrisikos berechnet die Bank im barwertigen Going-Concern-Ansatz täglich den aus sämtlichen bilanziellen und außerbilanziellen zinstragenden Geschäften resultierenden VAR auf Basis eines Varianz-Kovarianz-Ansatzes. Im barwertigen Steuerungskreis gibt der VAR das maximale Verlustpotenzial des Barwertes eines Portfolios an, das auf Grundlage einer Beobachtungsperiode von 250 Börsentagen mit einer Wahrscheinlichkeit von 99,0% (Sicherheits-/Konfidenzniveau)

innerhalb einer Haltedauer von zehn bis zwanzig Tagen (je nach Risikoart) nicht überschritten wird.

Täglich wird die Güte der VAR-Prognose des Vortages mit der tatsächlich eingetretenen Marktwertveränderung verglichen (clean & dirty Backtesting). Bei signifikanter Verletzung der Modellparameter werden diese in einem Modellüberprüfungsprozess angepasst. Die Anzahl der negativen Überschreitungen lag unter der Toleranzgrenze im Berichtszeitraum und zeigt damit die Prognosegüte des Modells.

Im bilanzorientierten Steuerungskreis ermittelt die Bank ihr Zinsänderungsrisiko auf Basis einer Szenarioanalyse. Im Rahmen der Ermittlung der zukünftigen Zinserträge werden die Auswirkungen eines Zinsschocks, welcher mit einer Wahrscheinlichkeit von 99,0% innerhalb einer Haltedauer von 250 Tagen nicht überschritten wird, simuliert.

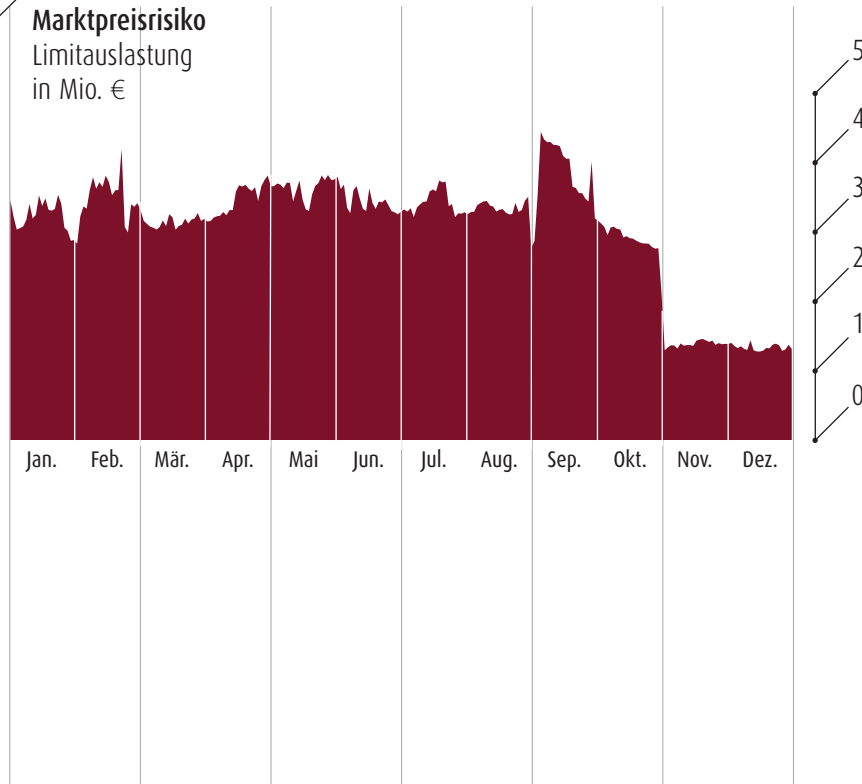
Im (komplementären) Liquidationsansatz variieren die Parameter zur Risikobestimmung und werden aufgrund der Zielrichtung dieses Steuerungskreises verschärft. Die Bank kommt damit den Anforderungen der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) nach, sich mit weiteren Verfahren zur Bestimmung von Risikotragfähigkeiten zu beschäftigen, um den Grenzen eines jeden Verfahrens angemessen zu begegnen.

Die so ermittelten Marktpreisrisiken werden dem jeweils zugeordneten Limit gegenübergestellt. Für den Fall einer kritischen Limitauslastung bzw. Limitüberschreitung sind besondere Maßnahmen im Risikomanagementprozess der Bank definiert.

Zusätzlich werden Sensitivitätsanalysen (täglich) und hypothetische bzw. historische Stressszenarien (vierteljährlich) simuliert. Letztere beziffern die Auswirkungen extremer Marktpreisbewegungen auf die Vermögens- und Ertragslage der Bank. Bei der Skalierung der Stresstests folgt die Bank u.a. den Anforderungen der Aufsichtsbehörden. So simuliert die Bank auch den BaFin-Stresstest zu „Zinsänderungsrisiken im Anlagebuch“. Täglich werden hier die Auswirkungen einer Parallelverschiebung der Zinsstrukturkurve um +200 bp/-200 bp auf den Barwert der Bank ermittelt.

Im Einklang mit den MaRisk wird – als Ergänzung der hypothetischen und historischen Stresstests – ein inverser Stresstest für Marktpreisrisiken gerechnet, der potenziell eintretende limitauslastende Barwertverluste aufgrund von Veränderungen der Zinsstrukturkurve simuliert.

Marktpreisrisiko Limitauslastung in Mio. €



Entwicklung des Marktpreisrisikos

Die Bank hielt das Marktpreisrisiko im Berichtszeitraum auf einem sehr niedrigen Niveau mit im Jahresverlauf sich noch weiter reduzierenden Risikowerten. Dennoch konnten – analog zum Kreditrisiko – die reduzierten Limite aufgrund der Belastungen des Risikodeckungspotenzials aus der Vergangenheit grundsätzlich nicht eingehalten werden.

Zum Berichtsstichtag erreichte der VAR 1,3 Mio. € (3,4 Mio. €), im Berichtszeitraum lag er durchschnittlich bei 3,0 Mio. € (7,0 Mio. €). Der höchste im Geschäftsjahr 2014 gemessene VAR-Tageswert betrug 4,3 Mio. € (10,3 Mio. €).
[G17]

An einem Tag (clean) überstieg die tatsächliche Wertveränderung der zinstragenden Positionen den prognostizierten Zins-VAR. Das Backtesting des Spread-VAR ergab lediglich zwei Tage bei denen die tatsächlichen negativen Wertveränderungen über der VAR-Prognose lagen. Die Simulation des BaFin-Zinsschocks für das Anlagebuch ergab auch in diesem Berichtsjahr keine „Ausreißer“. Die 20%-Grenze vom haftenden Eigenkapital wurde im Stressszenario +/-200 bp auf die Zinsstrukturkurve zu keinem Zeitpunkt überschritten; tatsächlich lag die Auslastung im Jahresdurchschnitt bei 43,7% (48,9%) dieses Grenzwerts.

Liquiditätsrisiko

Strategie

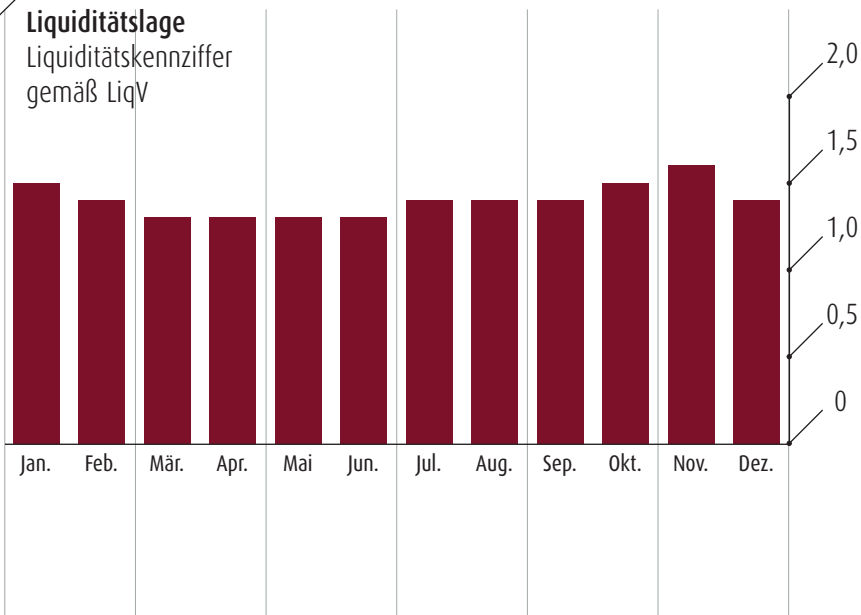
Das Liquiditätsrisiko bezeichnet das Risiko der Bank, die zu einem bestimmten Zeitpunkt fälligen Zahlungsverpflichtungen nicht uneingeschränkt erfüllen zu können. Das vorrangige Ziel der Liquiditätsrisikostategie ist die Aufrechterhaltung der jederzeitigen Zahlungsfähigkeit der Bank. Darüber hinaus hat die Bank dafür Sorge zu tragen, dass die Liquiditätskennzahl gemäß § 2 Liquiditätsverordnung (LiqV) jederzeit eingehalten wird. Ein weiteres, nachgeordnetes Ziel ist die Minimierung der Kosten der Liquiditätsbeschaffung.

Organisation

Zentrale Anforderung an die Organisation des Liquiditätsmanagements ist die Einhaltung der Trennung von Liquiditätssteuerung und Liquiditätsüberwachung. Die Bank wird dieser Anforderung durch eine konsequente organisatorische Trennung gerecht. Für die Steuerung der Liquidität der Bank ist die Abteilung Treasury zuständig. Ebenfalls Aufgabe der Abteilung Treasury ist die regelmäßige Überprüfung der relevanten Refinanzierungsquellen hinsichtlich ihrer Verfügbarkeit unter Berücksichtigung der entsprechenden Refinanzierungskosten. Für die Liquiditätsüberwachung einschließlich der Erstellung und Plausibilisierung der zur Steuerungsfunktion benötigten Unterlagen ist die Abteilung Treasury Operations & Deckungsmanagement

Liquiditätslage

Liquiditätskennziffer
gemäß LiqV



verantwortlich. Zu ihren Aufgaben zählt u.a. die tägliche Soll-Ist-Analyse des Liquiditätsstatus sowie die laufende Überwachung und Berichterstattung über die Liquiditätsposition der Gesamtbank.

Messmethoden

Die Bank verfügt über ein umfangreiches Instrumentarium zur Analyse und Steuerung der Liquidität der Bank (Liquiditätsstrukturanalyse). Es stellt die frühzeitige Erkennung von möglichen Liquiditätsengpässen sicher, damit rechtzeitig geeignete und zielgerichtete Maßnahmen zur Liquiditätssicherung getroffen werden können.

Täglich wird eine kurzfristige Liquiditätsvorausschau erstellt, welche den aktuellen Liquiditätsstatus und die Liquiditätsplanung der Abteilung Treasury mit einem Zeithorizont von mindestens sechs Monaten enthält. Ergänzend wird zu jedem Monatsultimo eine langfristige Liquiditätsvorausschau über einen Zeitraum von mindestens drei vollen Kalenderjahren erstellt.

Daneben steuert die Bank die Liquidität auf Basis der LiqV. Danach gilt die Liquidität als gesichert, wenn im ersten Laufzeitband (täglich bis zu einem Monat) die zur Verfügung stehenden gewichteten Zahlungsmittel die während dieses Zahlungszeitraums abrufbaren gewichteten Zahlungsverpflichtungen abdecken. Ein Standard zur modellgestützten Quantifizierung des Liquiditätsrisikos hat sich in der Bankenpraxis bisher noch nicht etabliert. Im Einklang mit den MaRisk wird daher das Liquiditätsrisiko im Risikotragfähigkeitskonzept der Bank bis auf Weiteres nicht berücksichtigt.

Stresstests

Auf die Belange der Bank zugeschnittene, unterschiedlichen Prämissen unterliegende Stresstests werden aufbauend auf der kurzfristigen und langfristigen Liquiditätsvorschau durchgeführt. Diese beschreiben die Auswirkungen extremer Marktumstände auf die Liquiditätslage der Bank.

Entwicklung der Liquidität

Die gemeldete Liquiditätskennziffer gemäß LiqV lag im Berichtszeitraum zwischen 1,3 und 1,6 und somit jederzeit über dem aufsichtsrechtlich geforderten Wert von 1,0. Im Berichtszeitraum verfügte die Bank jederzeit über eine angemessene Liquiditätsausstattung. [G18]

Weiterentwicklung des Liquiditätsrisikomanagements

Im Rahmen der Vereinheitlichung der internationalen Liquiditätsrisikostandards durch die CRR wird in einem langfristigen Projekt an der Weiterentwicklung der Steuerungsinstrumentarien gearbeitet. In 2014 wurden die neuen Stresskennziffern Liquidity Coverage Ratio (LCR) und die Net Stable Funding Ratio (NSFR) in der Bank implementiert und die Datengrundlagen entsprechend den regulatorischen Anforderungen gemeldet.

Operationelles Risiko

Strategie

Das operationelle Risiko wird als Gefahr von unmittelbaren oder mittelbaren Verlusten definiert, die infolge der Unangemessenheit oder des Versagens von internen Verfahren, Menschen und Systemen oder infolge externer Ereignisse eintreten. Es schließt Rechtsrisiken und Risiken aus der Auslagerung von Aktivitäten und Prozessen ein, beinhaltet jedoch nicht strategische Risiken oder Reputationsrisiken.

Die Bank verfolgt das Ziel, Verluste aus operationellen Risiken zu vermeiden bzw. zu vermindern. Damit verbunden sind Bestrebungen, den Risikomanagementprozess kontinuierlich zu verbessern und entsprechend den sich ändernden Rahmenbedingungen weiterzuentwickeln.

Organisation

Durch die Bestimmung risikobehafteter Prozesse und die Aufarbeitung eingetretener Schadensfälle zum Zwecke der Identifizierung operationeller Risiken soll die Qualität der Geschäftsprozesse optimiert und das Auftreten operationeller Risiken verhindert bzw. auftretende Schäden vermindert werden. Zur Umsetzung dieser Ziele wurden Risikoverantwortliche für jede Abteilung benannt, die für die Erfassung der operationellen Risiken und die Überwachung der Maßnahmenumsetzung verantwortlich sind. Zudem werden die Mitarbeiter durch den OpRisk-Manager für das Erkennen von und den Umgang mit operationellen Risiken sensibilisiert.

Darüber hinaus sind die Prävention von Geldwäsche/ Terrorismusfinanzierung sowie sonstiger interner und externer Straftaten zum Nachteil des Instituts im Sinne des § 25h KWG dem Geldwäschebeauftragten als zentrale Stelle zugeordnet. Grundlage des diesbezüglichen Risikomanagements ist eine zumindest jährliche Analyse der spezifischen Risikolage der Bank und die Ableitung erforderlicher Präventionsmaßnahmen.

Messmethoden

Die wichtigsten Instrumente zur Begrenzung operationeller Risiken sind die Eigenbeurteilung (Self Assessment), die Schadensdatenbank, die Beurteilung von Stressszenarien und die Vorabprüfung bei Neuauslagerungen sowie deren jährliche Überwachung oder Wiedereingliederungen von ausgelagerten Tätigkeiten.

Im Rahmen der Eigenbeurteilung, als ein ex ante-Instrumentarium, werden mittels eines strukturierten Fragebogens mit den Abteilungsleitern der Bank potenzielle operationelle Risiken für die aufsichtsrechtlichen Risikokategorien (interne Verfahren, Menschen, Systeme, externe Ereignisse) identifiziert. Anhand der Ergebnisse werden Schwachstellen und risikobehaftete Bereiche herausgefiltert, entsprechende Maßnahmen beschlossen und deren Umsetzung überwacht, um dem Auftreten operationeller Risiken vorzubeugen oder bei Eintritt eines Schadensfalls den Verlust zu minimieren.

Sämtliche identifizierte Schadensfälle, die über eine Bagatellgrenze hinausgehen, werden in einer Schadensdatenbank, als ein ex post-Instrumentarium, detailliert erfasst und ausgewertet. Damit wird die Grundlage zur Identifizierung und Analyse von Ursachen gegeben, aus denen anschließend angemessene Maßnahmen abgeleitet und umgesetzt werden. Außerdem wird die historische Datensammlung zur Darstellung von bisher durchgeführten Maßnahmen und deren Wirksamkeit genutzt.

Für Risiken aus Auslagerungen von Aktivitäten und Prozessen als besondere Form operationeller Risiken hat die Bank einen separaten Prozess eingerichtet. Zur Messung des operationellen Risikos verwendet die Bank ein Modell, welches einen Risikowert auf Basis der Daten aus der Schadensdatenbank ermittelt.

Die operationellen Risiken werden dem jeweils zugeordneten Limit gegenübergestellt. Für den Fall einer kritischen Limitauslastung bzw. Limitüberschreitung sind besondere Maßnahmen im Risikomanagementprozess der Bank definiert.

Stresstests

Auf Basis historisch beobachtbarer oder hypothetischer Stresssituationen werden im Rahmen einer Expertenrunde die gültigen Stressszenarien der Bank überprüft und abhängig vom aktuellen Geschäftsumfeld angepasst. Das Ziel ist es, aus Sicht der Bank geeignete extreme aber dennoch mögliche Szenarien unter Berücksichtigung der Risikokategorien „Interne Verfahren“, „Menschen“, „Systeme“ und „Externe Ereignisse“ zu ermitteln. Mittels einer Schätzung der Schadenshöhe zu den einzelnen Szenarien werden die erwarteten Auswirkungen quantifiziert und entsprechende Maßnahmenvorschläge zur Reduzierung oder Vermeidung von Schadensfällen erarbeitet. Die Durchführung des Stress-tests erfolgt jährlich. Zusätzlich wurden plausible mögliche Schadensfälle als inverse Stressszenarien definiert, welche vierteljährlich simuliert werden.

Entwicklung des Operationellen Risikos

Die Schäden aus operationellen Risiken lagen im Berichtsjahr 2014 deutlich unter 0,1 Mio. € (brutto). Zum Vergleich dazu lag der angesetzte Risikowert in der internen Risikotragfähigkeitsberechnung bei 1,0 Mio. €.

Ertragsrisiko

Strategie

Unter dem Ertragsrisiko (auch Erfolgs- oder Finanzrisiko) wird allgemein die Gefahr verstanden, dass durch einen nicht adäquaten Umgang mit bestehenden und künftigen finanziellen und nicht finanziellen Risiken, durch falsche Geschäftsentscheidungen oder aufgrund von Unzulänglichkeiten in der Aktiv-/Passivsteuerung ein nicht ausreichendes und nicht andauerndes Niveau an Profitabilität erzielt wird. Das Ertragsrisiko bündelt also alle Risiken, die sich negativ auf den Gewinn/Erfolg der Bank auswirken, falls diese eintreten. Somit stellt jede Risikoart zugleich auch ein Ertragsrisiko dar, wenn sie sich in der Gewinn- und Verlustrechnung des Instituts niederschlägt. Solche Risikoarten können sowohl finanziell (Kreditrisiko, Marktpreisrisiko, Liquiditätsrisiko) oder nicht finanziell (operationelles Risiko, sonstige Risiken) sein.

Die Gefahr, die aus dem Ertragsrisiko resultiert, ist somit vor dem Hintergrund der einzelnen Geschäfte, Portfolien und des gesamten Bankgefüges zu sehen und entspringt zum einen aus bereits getroffenen Entscheidungen (Altbestände), zum anderen wirken künftige Entscheidungen (Neugeschäft) risikomindernd oder -erhöhend.

Organisation

Zur Risikoidentifikation auf die zukünftige Vermögens-, Finanz- und Ertragslage unterscheidet die Bank zwischen überwiegend selbst beeinflussbaren und exogen vorgegebenen Parametern. Wesentliche von der Bank direkt beeinflussbare Parameter sind Neugeschäft, Altbestände und Zinspositionen. Als wesentlicher exogen vorgegebener Parameter, der einen maßgeblichen Einfluss auf die Ertragslage der Bank haben kann, wird die allgemeine Marktlage (Zinslandschaft, Credit Spreads, Konjunkturentwicklung) gesehen. Die beeinflussbaren Größen bestimmen somit indirekt die Auswirkungen der Veränderung der exogenen Parameter auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Bank. Die Bewertung der Ertragsrisiken, die von der Bank direkt beeinflussbar sind, liegt im Ermessensrahmen des Gesamtvorstandes, dessen Entscheidungsspielraum an Ziele aus der Geschäfts- und Risikostrategie und aktuell vorhandene Ressourcen (z.B. Eigenkapital, Mitarbeiter) geknüpft sind. Die Bewertung der Ertragsrisiken, die aus nicht beeinflussbaren exogenen Parametern resultieren, muss auf Ebene der jeweiligen Einzelrisiken erfolgen.

Messmethoden

Die aktuelle Ertragssituation wird insbesondere in der Ermittlung des handelsrechtlichen Monatsabschlusses (Gewinn- und Verlustrechnung, Bilanz) dargestellt. Die zukünftige Ertragssituation basiert auf der jährlich bzw. bei Bedarf zu aktualisierenden mittelfristigen Finanz- und Kapitalplanung. Abweichungen zwischen aktueller Planung und tatsächlichem handelsrechtlichen Ergebnis aus der Gewinn- und Verlustrechnung werden monatlich durch Gegenüberstellung der geplanten und der Ist-Ertragssituation sichtbar gemacht. Des Weiteren erläutert ein Vergleich der Zinsertragsprognose zum Vormonat alle relevanten zinsinduzierten Abweichungen. Quartalsweise sollen zudem durch einen Plan-/Ist-Vergleich der wichtigsten Parameter – wie Neugeschäft, Bestände, Eigenkapital und Ergebnisrechnung – frühzeitig adverse Entwicklungen erkennbar gemacht werden.

Stresstests

Adverse Entwicklungen und deren Auswirkungen auf die mittelfristige Finanz- und Kapitalplanung, welche die künftige Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Bank aus aktueller Sicht darlegt, sollen anhand von geeigneten Szenarioberechnungen verdeutlicht werden und somit immanente Ertragsrisiken aufzeigen. Die Bank definiert vier solcher Szenarien, in denen die wichtigsten Parameter von den in der Basisversion erwarteten Werten abweichen. Die Veränderungen der Planungsparameter werden unter der Ceteris Paribus-Bedingung durchgeführt, d.h. die Auswirkungen der Parameteränderungen werden jeweils einzeln unter sonst gleichen Umständen überprüft. Dadurch können falsche Steuerungsansätze hinsichtlich des Ertragsrisikos vorab erkannt und somit vermieden werden.

Entwicklung

Bezogen auf die prognostizierte Ergebnisentwicklung für das Gesamtjahr 2014 liegt die Bank mit einem Jahresergebnis von -42,0 Mio. € im Rahmen des prognostizierten Verlustes, der in der Größenordnung eines unteren zweistelligen Millionenbetrags angegeben wurde.

Compliance

Die Basis der Geschäftstätigkeit der Bank ist das Vertrauen ihrer Kunden, Geschäftspartner und der Öffentlichkeit in die Integrität der Bank, welche insbesondere auf der Einhaltung der jeweils einschlägigen gesetzlichen, aufsichtsrechtlichen und internen Vorschriften beruht.

Im Mittelpunkt stehen die Prävention und Bekämpfung von Insiderhandel und Marktmissbrauch sowie Geldwäsche, Terrorismusfinanzierung und sonstiger strafbarer Handlungen, aber auch der Datenschutz.

Das Ziel von Compliance – als ein Bestandteil des internen Kontrollsystems – ist es, Compliance-Risiken frühzeitig zu identifizieren, einzuschätzen, zu überwachen und so weit wie möglich vorzubeugen. Zu diesem Zweck ist eine dauerhafte und wirksame Compliance-Organisation eingerichtet, die ihre Aufgaben unabhängig wahrnehmen kann.

Die Bank entwickelt ihre Compliance-Risikosteuerung ständig weiter und passt sie an die aktuellen Entwicklungen und Anforderungen an, um der stetig wachsenden Komplexität der aufsichtsrechtlichen und gesetzlichen Rahmenbedingungen gerecht zu werden. Die in 2013 implementierte neue Compliance-Funktion gemäß MaRisk wurde im Berichtsjahr in die Abläufe des bankweiten Risikomanagementprozesses integriert und u.a. um ein entsprechendes regelmäßiges Compliance-Gremium ergänzt. Mit Einführung des Produktes Kundenderivate in 2014/2015 im Immobilienkreditgeschäft unterliegt die Bank den Mindestanforderungen an die Compliance-Funktion und den weiteren Verhaltens-, Organisations- und Transparenzpflichten nach §§ 31 ff. WpHG für Wertpapierdienstleistungsunternehmen (MaComp).

Interne Revision

Die Interne Revision ist ein wesentliches Element des internen Überwachungssystems. Die Verantwortung für die Einrichtung und Funktionsfähigkeit der Internen Revision liegt beim Gesamtvorstand. Diese Verantwortung kann nicht delegiert werden.

Die Interne Revision ist aufbauorganisatorisch dem Marktfolgevorstand unterstellt. Sie erbringt in seinem Auftrag unabhängige und objektive Prüfungs- sowie bei wesentlichen Projekten der Bank auch Beratungsdienstleistungen. Die Interne Revision ist organisatorisch selbstständig. Zur Wahrnehmung ihrer Aufgaben besitzt die Interne Revision jederzeit ein vollständiges und uneingeschränktes Informationsrecht. Die Prüfungstätigkeit der Internen Revision erstreckt sich auf der Grundlage eines risikoorientierten Prüfungsansatzes grundsätzlich auf alle Aktivitäten und Prozesse des Instituts.

Die Interne Revision erstellt zeitnah nach Abschluss ihrer Prüfungshandlungen jeweils einen schriftlichen Revisionsbericht einschließlich der Darstellung des Prüfungsgegenstands und der Prüfungsfeststellungen, ferner eine Bewertung der Prüfungsfeststellungen sowie einen Maßnahmenkatalog, dessen Umsetzung überwacht wird.

Anhand ihres langfristigen Prüfungsplans überwacht und beurteilt die Interne Revision alle Betriebs- und Geschäftsabläufe der Bank, darunter

- die Funktionsfähigkeit, Wirksamkeit, Wirtschaftlichkeit und Angemessenheit der internen Kontrollsysteme, des Berichtswesens, der Informationssysteme und des Rechnungswesens,
- die Einhaltung der geltenden gesetzlichen und aufsichtsrechtlichen Vorgaben und Regelungen,
- die Einhaltung der betrieblichen Vorgaben (Geschäftsordnungen, Organisationsanweisungen) sowie
- die Ordnungsmäßigkeit aller Betriebs- und Geschäftsabläufe sowie Vorkehrungen zum Schutz von Vermögensgegenständen.

Die Geschäftsleitung wird über wesentliche Feststellungen informiert. Einmal jährlich erstattet die Interne Revision einen umfassenden Bericht über alle wesentlichen Feststellungen sowie den aktuellen Stand der Maßnahmenumsetzung. Schwerwiegende Feststellungen wurden nicht getroffen. Seit dem Ablauf des 1. Quartals 2014 berichtet die Interne Revision gemäß § 25c Abs. 4a Nr. 3g KWG in angemessenen Abständen, mindestens aber vierteljährlich, an den Gesamtvorstand und den Aufsichtsrat.

Die Interne Revision war im Geschäftsjahr 2014 in sämtliche wesentliche Projekte eingebunden.

Internes Kontroll- und Risikomanagementsystem im Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess

Strategie

Mit dem internen Kontroll- und Risikomanagementsystem für den Rechnungslegungsprozess verfolgt die Bank rechnungslegungsbezogene und sonstige Kontrollziele. Den rechnungslegungsbezogenen Kontrollzielen ordnet die Bank die Ordnungsmäßigkeit und Verlässlichkeit der internen und externen Rechnungslegung zu. Hier stehen die Vollständigkeit und die Richtigkeit der Dokumentation, die zeitnahe Erfassung, die Bestandsabstimmung zwischen den eingesetzten IT-Systemen und die Einhaltung der Rechnungslegungsvorschriften im Vordergrund. Sonstige Kontrollziele sind die Sicherung der Umsetzung von Managemententscheidungen unter den Aspekten Genehmigung und Einhaltung der Geschäftsstrategie, Wirtschaftlichkeit der Geschäftstätigkeit sowie Einhaltung der für die Rechnungslegung maßgeblichen Gesetze und regulatorischen Anforderungen.

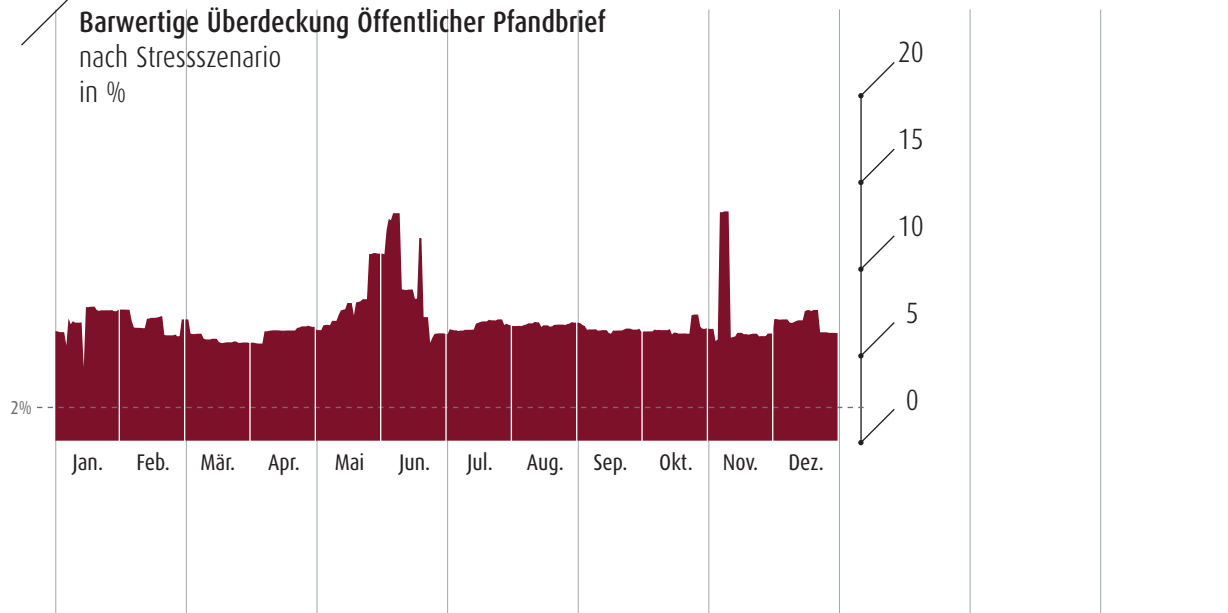
Organisation

Der Abteilung Rechnungswesen gehören als geschäftsfeldunabhängigem Stabsbereich die Finanzbuchhaltung und Finanzplanung/-controlling, die Darlehens- und Anlagebuchhaltung sowie das Meldewesen an.

Zur Erfüllung der vorgenannten Strategie sind integrierte Geschäftsprozesskontrollen installiert, die nach Fehler verhindernden und Fehler aufdeckenden Maßnahmen getrennt sind. Fehler verhindernde Maßnahmen sind insbesondere die Einhaltung der Funktionstrennung, Zugriffsbeschränkungen, Dienstanweisungen und Plausibilitätsüberprüfungen. Fehler aufdeckende Maßnahmen sind insbesondere Vollständigkeits- und Richtigkeitskontrollen im Vier-Augen-Prinzip. Bei der Umsetzung neuer gesetzlicher Regelungen wird regelmäßig die Unterstützung durch externe Experten in Anspruch genommen. Im Rahmen von Neuproduktprozessen ist stets vor der Produkteinführung zu belegen, dass die regelkonforme und ordnungsgemäße Abbildung des Neuprodukts im Rechnungswesen sichergestellt ist.

Prozessunabhängige Kontrollen im Hinblick auf die Rechnungslegung führt regelmäßig die Interne Revision durch. Die Rechnungslegung der Bank wird ferner durch den Abschlussprüfer zum Jahresabschluss kontrolliert. Im Zuge der Bonitätsbeurteilung der Bank durch die Gesellschaft für Bankbeurteilung erfolgt ebenfalls eine Überprüfung der Rechnungslegung. Insgesamt hat die Bank für den Rechnungslegungsprozess ein Risikomanagementsystem implementiert, das Maßnahmen zur Identifizierung und

Barwertige Überdeckung Öffentlicher Pfandbrief nach Stressszenario in %



Bewertung von wesentlichen Risiken sowie entsprechende Risiko begrenzende Maßnahmen enthält, um die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses sicherzustellen. Das Risikomanagementsystem der Bank wird regelmäßig von der Internen Revision geprüft.

Risikomanagement Deckungsstock

§ 27 Abs. 1 PfandBG verlangt für das Pfandbriefgeschäft die Implementierung eines Risikomanagementsystems, das geeignete Instrumente und Regelungen zur Steuerung, Überwachung und Kontrolle der Risiken im Pfandbriefgeschäft enthält. Die Bank hat ein solches Risikomanagementsystem im Einklang mit § 27 PfandBG installiert. Den Berichts- und Transparenzpflichten gemäß § 28 PfandBG wird durch die Offenlegung wesentlicher Angaben zum Hypotheken- und öffentlichen Deckungsstock vierteljährlich auf der Internetpräsenz der Bank sowie jährlich im Anhang des Jahresabschlusses nachgekommen.

Gemäß PfandBG ist jederzeit eine barwertige Überdeckung der Deckungsstöcke von mindestens 2,0% vorzuhalten. Die Bank berechnet die Einhaltung der gesetzlichen Vorgaben auf täglicher Basis. Bei der Berechnung der sichernden Überdeckung gemäß § 4 Abs. 1 PfandBG ist vom Barwert des Deckungsstocks unter Zugrundelegung der vorgeschriebenen Stresstests auszugehen. Auf diese Weise ist die geforderte Überdeckung auch im Falle von außergewöhnlichen Zins- und Währungsschwankungen gewährleistet (§ 4 Pfandbrief-Barwertverordnung). Zur Stressberechnung verwendet die Bank das dynamische Verfahren. Die jederzeitige barwertige Überdeckung nach Stressszenarioberechnungen (bzw. risikobarwertige Überdeckung) betrug im Jahresdurchschnitt bei den Öffentlichen Pfandbriefen der

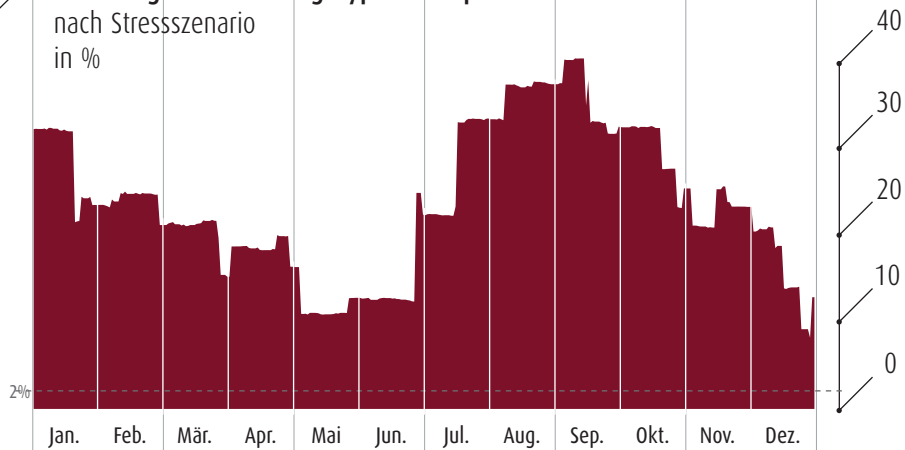
Bank 6,8% (9,2%) und bei den Hypothekendarstellungen 20,2% (8,7%). Damit wird die gesetzlich geforderte Überdeckung sowohl für die Öffentlichen Pfandbriefe der Bank als auch für die Hypothekendarstellungen deutlich übertroffen. Die Entwicklung der barwertigen Überdeckung der Pfandbriefe sowie die wesentlichen Maßnahmen zur Steuerung der Deckungsstöcke werden monatlich im Aktiv-Passiv-Ausschuss berichtet.

Um einem möglichen Vertrauensverlust des Kapitalmarktes in den Öffentlichen Pfandbrief im Zuge der andauernden Staatsschuldenkrise entgegenzuwirken, findet seit dem 31. Dezember 2012 das durch den vdp in Zusammenarbeit mit seinen Mitgliedsinstituten konzipierte vdp-Bonitätsdifferenzierungsmodell Anwendung, das die Anrechnung von Forderungen gegen Staaten der EU und des Europäischen Wirtschaftsraumes (EWR) und deren unterstaatliche Stellen mit einem Non-Investmentgrade-Rating in der Deckungsrechnung durch ratingabhängige Abschläge begrenzt. Die Auswirkungen dieses Modells werden auf den jeweiligen Instituts-Internetseiten im Rahmen der Veröffentlichungen gemäß § 28 PfandBG als ergänzende Darstellung zu den bestehenden Deckungsrechnungen veröffentlicht.

Nach § 4 Abs. 1a PfandBG hat die Bank den maximalen Liquiditätsbedarf der nächsten 180 Tage durch Werte, die als sichernde Überdeckung verwendet werden können, und andere liquide Deckungswerte zu sichern. Die Bank hat auch diese Vorschrift zur Begrenzung des kurzfristigen Liquiditätsbedarfs („180-Tage-Liquidität“) jederzeit eingehalten.

[G19] [G20]

Barwertige Überdeckung Hypothekendarlehen nach Stressszenario in %



Risikolage der Düsseldorfer Hypothekendarlehenbank

Die Düsseldorfer Hypothekendarlehenbank hat im Berichtsjahr ihr Risikomanagement- und Controllingssystem umfassend weiterentwickelt. Unter anderem hat die Bank sowohl die Modelllandschaft zur Risikoermittlung erweitert als auch die Messung der Risikodeckungspotenziale optimiert.

Maßnahmen, die aufgrund von neuen bzw. erweiterten gesetzlichen und regulatorischen Anforderungen erforderlich sind, insbesondere im Zusammenhang mit der CRR und CRD IV, wurden im Rahmen umfangreicher Projekte und damit verbundener IT-Erweiterungen termingerecht umgesetzt. Die Bank wird durch fortwährendes Monitoring sämtliche rechtliche Anforderungen rechtzeitig erkennen und realisieren können.

Die berechneten barwertigen Risikotragfähigkeiten sind vor allem durch den Altbestand belastet. Dies wird sich durch den Ablauf der Bestände und das akquirierte Neugeschäft stetig mindern. Es beeinträchtigt jedoch nicht die positive Fortführungsprognose. Auch künftig werden die Risikomessverfahren und Risikosteuerungsprozesse kontinuierlich verbessert werden.

Risiken, die im Geschäftsjahr 2014 zur Gesamteinschätzung der Risikolage der Bank von Bedeutung waren, wurden in den vorangegangenen Berichtsteilen dargestellt. Weitere wesentliche Risiken waren im Berichtsjahr nicht erkennbar. Für erkennbare Risiken hat die Bank unter Berücksichtigung der im Nachtragsbericht dargestellten Garantie eine angemessene Vorsorge getroffen.

Nachtragsbericht

Im Februar 2015 erfolgte eine freiwillige Wandlung der restlichen 40,0 Mio. € der Pflichtwandelanleihen. Dadurch ergibt sich eine Erhöhung des harten Kernkapitals.

Am 1. März 2015 hat die österreichische Finanzmarktaufsicht (FMA) überraschend ein Zahlungsmoratorium bei der Heta Asset Resolution (Heta) verhängt. Dies bedeutet, dass ausstehende Verbindlichkeiten der Abbauanstalt der ehemaligen Hypo Alpe Adria vorerst bis zum 31. Mai 2016 nicht mehr bedient und fällige Zahlungen nicht geleistet werden. Zahlreiche deutsche Kreditinstitute, überwiegend mit Beständen im zwei- und dreistelligen Millionenbereich, sind unmittelbar vom Zahlungsmoratorium betroffen. Das dadurch entstandene Heta-Risiko der Düsseldorfer Hypothekenbank in Höhe von 373,0 Mio. € (wechsellkursbedingte Erhöhung des Engagements zum Stichtag des Zahlungsmoratoriums gegenüber Jahresende 2014), das in den Jahren 2004 bis 2007 aufgebaut wurde und sich ausschließlich auf Senior Unsecured Forderungen mit Ausfallbürgschaft des Landes Kärnten erstreckt, hat der Bundesverband deutscher Banken e.V. – Einlagensicherungsfonds durch eine Garantie neutralisiert. Für diese zahlt die Bank eine Garantiefondsprovision. Die Heta-Anleihen wurden im 1. Quartal 2015 aus der Deckung der ausstehenden Öffentlichen Pfandbriefe der Bank genommen. Die Bank leitet derzeit rechtliche Schritte gegen das von Österreich verhängte Zahlungsmoratorium bei der Heta ein.

Einhergehend mit der risikoabschirmenden Heta-Maßnahme wurden mit Wirkung zum 24. März 2015 die Anteile der Bank vom bisherigen Eigentümer Lone Star auf Beteiligungsgesellschaften des Bundesverband deutscher Banken e.V. – Einlagensicherungsfonds (Resba Beteiligungsgesellschaft mbH, Berlin, zu 94,6%) und des Prüfungsverbandes deutscher Banken e.V. (Einlagensicherungs- und Treuhandgesellschaft mbH, Köln, zu 5,4%) übertragen. Auch nach dem Aktionärswechsel wird die Bank ihre Restrukturierungs- und Neugeschäftsstrategie fortsetzen.

Zuvor hat Fitch das Viability Rating aufgrund der März-Ereignisse auf „c“ herabgestuft, nachdem die Ratings im Februar 2015 bestätigt wurden. Das aufgrund der globalen Überprüfung der Annahmen zu staatlichen Unterstützungsmaßnahmen auf Outlook Negative gesetzte Issuer Default Rating wurde auf Watch Negative im Hinblick auf die Umsetzungszeitachse gesetzt.

Nach dem Schluss des Geschäftsjahres sind keine weiteren Vorgänge von besonderer Bedeutung eingetreten, von denen die Bank künftig einen wesentlichen Einfluss auf ihre Vermögens-, Finanz- und Ertragslage erwartet.

Prognosebericht

Dieser Bericht enthält zukunftsgerichtete Aussagen zur Geschäfts- und Ertragsentwicklung der Düsseldorfer Hypothekenbank, die auf den derzeitigen Plänen, Einschätzungen, Prognosen und Erwartungen beruhen. Diese Aussagen beinhalten Risiken und Unsicherheiten.

Es gibt eine Vielzahl von Faktoren, die auf das Geschäft der Bank einwirken und zu großen Teilen außerhalb des eigenen Einflussbereiches liegen. Dazu gehören vor allem die konjunkturelle Entwicklung, die Verfassung der europäischen und weltweiten Finanzmärkte, regulierungsbedingte Veränderungen der Rahmenbedingungen der Marktteilnehmer und mögliche Kreditausfälle. Sämtliche Prognosen basieren auf der Annahme, dass auch unter dem neuen Eigentümer die bisherigen Eckpunkte der Geschäfts- und Risikostrategie fortgeführt werden.

Die tatsächlichen Ereignisse und Entwicklungen können erheblich von den in diesem Geschäftsbericht getroffenen Annahmen abweichen. Sie haben daher nur zum Zeitpunkt der Veröffentlichung Gültigkeit. Die Bank übernimmt keine Verpflichtung, die zukunftsgerichteten Aussagen angesichts neuer Informationen oder unerwarteter Ereignisse zu aktualisieren.

Die Bank hat in einem dynamischen Umfeld die Chancen im abgelaufenen Geschäftsjahr erfolgreich genutzt und sich sowohl in ihren Kernmärkten deutlicher positioniert als auch ihr nicht-strategisches Kapitalmarktgeschäft stark abgebaut.

Durch den Ausbau ihrer Vertriebsaktivitäten konnte die Bank ihre Wachstumsziele in der gewerblichen Immobilienfinanzierung planmäßig erreichen und ihre Volumen- und Margenvorstellungen am Markt durchsetzen. Spanien wurde als neuer Markt für das Immobilienkreditgeschäft neben Deutschland, Niederlande und Frankreich eingeführt und Neugeschäft erfolgreich abgeschlossen. Auch das Produkt Kundenderivate im Immobilienkreditgeschäft wurde neu eingeführt. Zudem wurden die Marketing-Aktivitäten ausgebaut und das Team von Immobilienexperten durch die Gewinnung von hoch qualifiziertem Personal erweitert. Durch die strategische Positionierung und flache Hierarchien ist die Bank als Nischenanbieter in der Lage, lösungsorientierte und flexible Finanzierungsangebote mit kurzen Entscheidungsabläufen anzubieten.

In der Immobilienfinanzierung wird die Bank den positiven Verlauf der Neugeschäftsakquise aus dem abgelaufenen Geschäftsjahr weiterhin fortsetzen und auf das laufende Jahr übertragen können.

Damit wird die Strategie in der Immobilienfinanzierung fortgeführt. Neugeschäft erfolgt weiterhin unter Beachtung der Ertrags- und Risikoziele. Für die Entwicklung des Immobilienfinanzierungsgeschäftes in 2015 bleiben die Wettbewerbsdichte sowie die Konjunkturbedingungen in den jeweiligen Zielmärkten maßgebliche Treiber.

Die Erholung der Kapitalmärkte hat den Abbau des nicht-strategischen Kapitalmarktportfolios begünstigt und zu einer Verringerung der Stillen Lasten und Steigerung der Stillen Reserven beigetragen. Durch den aktiven Abbau und die Umschichtung des Kapitalmarktportfolios konnte die Bank das Risiko in diesem Segment reduzieren. Auch konnten die Abbauziele im Derivatebestand aus der Planung maßgeblich durch die aktive Auflösung von Makroabsicherungen mit einem vertretbaren wirtschaftlichen Effekt weit übertroffen werden.

Auch im Jahr 2015 wird die Bank den eingeschlagenen Restrukturierungskurs im Segment Kapitalmarktgeschäft konsequent fortsetzen. Der Gesamtbestand im Kapitalmarktgeschäft einschließlich der Derivatepositionen wird auch in 2015 durch ein risiko- und ertragsorientiertes, aktives Portfoliomanagement weiter abgebaut. Eine weitere Erholung der Kapitalmärkte würde den geplanten aktiven Abbau von nicht-strategischen Wertpapieren im Segment Kapitalmarktgeschäft sowie eine aktive Reduzierung des Derivate-Bestandes begünstigen. Portfolioumschichtungen durch den Abbau einzelner Engagements zugunsten weniger risikobehafteter Engagements bieten die Chance, adverse Tendenzen abzumildern. Risiken bergen die wirtschaftlichen, politischen und regulatorischen Entwicklungen, die die Zahlungsfähigkeit und -bereitschaft der Emittenten (Länder, Kommunen und Kreditinstitute) im Bestand der Bank beeinflussen könnten. Darüber hinaus können sich Änderungen der Ratingmethodik durch die Ratingagenturen auf den Bestand und die Bewertung der Düsseldorfer Hypothekenbank auswirken.

Die Refinanzierungssituation hängt weiterhin von den Entwicklungen auf den Geld- und Kapitalmärkten ab. Chancen sind in der expansiven Geldpolitik der EZB sowie in der Reputation des Pfandbriefs als bewährte Anlagemöglichkeit für Investoren wahrzunehmen. Die Aufdeckung von neuen Risiken, insbesondere im Finanzsektor, durch wirtschaftliche, politische und regulatorische Entwicklungen kann zu Marktunsicherheiten führen.

Der negative Effekt der ertragsbelastenden Maßnahmen früherer Jahre auf das Zinsergebnis konnte teilweise auch durch die Gewinne aus der Portfolioumschichtung kompensiert werden. Aufgrund des positiven Neugeschäftseffektes im Immobilienkreditgeschäft in Verbindung mit einem Rückgang des negativen Zinseffektes aufgrund von Fälligkeiten im

nicht-strategischen Geschäft wird auch ohne Einmaleffekte eine Fortsetzung der Zinsergebnis-Verbesserung erwartet.

Die deutliche Verbesserung des Provisionsergebnisses kann sich durch Provisionserträge aus dem Immobilienkreditgeschäft fortsetzen, sofern diese verhältnismäßig den Courtage-Aufwand aus dem Kapitalmarktgeschäft übersteigen. De-Risking-Maßnahmen sowie die Bildung bzw. Auflösung von Risikovorsorge und die Bildung einer Rückstellung für verlustfreie Bewertung, die u.a. von Zinsniveau, Neugeschäft und Refinanzierungs-Spreads maßgeblich geprägt wird, können das Bewertungsergebnis beeinflussen.

Die Bank liegt mit einem Jahresergebnis von -42,0 Mio. € im Rahmen des prognostizierten Verlustes in der Größenordnung eines unteren zweistelligen Millionenbetrages. Die erwartete moderate Reduzierung der Bilanzsumme ist nahezu erreicht worden und wird in den nächsten Jahren aufgrund der Ausreichung neuer Immobilienfinanzierungen bei gleichzeitigem Abbau im Kapitalmarktbereich weiterhin moderat sein.

Für das Geschäftsjahr 2015 ist derzeit bei ansonsten gleichbleibenden Bedingungen nach der Absicherung der Heta-Anleihen und dem Eigentümerwechsel keine konkrete Gefährdung der Eigenkapital- oder der Liquiditätsausstattung erkennbar. Es gilt, auf den mit der Übernahme durch den Bundesverband deutscher Banken e.V. – Einlagensicherungsfonds eingeleiteten Maßnahmen aufzubauen.

Für das begonnene Geschäftsjahr wird weiterhin mit Verlusten im zweistelligen Millionenbereich gerechnet. Die negativen Auswirkungen der Altlasten und des aktuellen niedrigen Zinsniveaus belasten das Bewertungsergebnis. Durch die im weiteren Jahresverlauf einsetzenden positiven Effekte des Neugeschäftes wird sich das Zins- und Bewertungsergebnis zunehmend erholen. Die Eigenmittel sind ausreichend, um die derzeitigen aufsichtsrechtlichen Mindestkapitalquoten einzuhalten. Die Bank ist unverändert davon überzeugt, dass die auch in 2015 ergriffenen Maßnahmen zur fortgeführten Restrukturierung den Weg zurück zur Profitabilität unterstützen.

Jahresabschluss

			31.12.2014	31.12.2013
Barreserve			28.781	100.493
darunter: bei der Deutschen Bundesbank	28.778			(100.492)
Forderungen an Kreditinstitute				
Kommunalkredite		983.192		1.315.464
andere Forderungen		1.516.598	2.499.790	1.291.993
darunter: täglich fällig	1.247.442			(928.775)
gegen Beleihung von Wertpapieren	0			(0)
Forderungen an Kunden				
Hypothekendarlehen		1.179.634		991.762
Kommunalkredite		643.833		826.085
andere Forderungen		8	1.823.475	80
darunter: gegen Beleihung von Wertpapieren	0			(0)
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere				
Anleihen und Schuldverschreibungen				
von öffentlichen Emittenten	3.945.745			3.441.991
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	(3.372.949)			(3.287.475)
von anderen Emittenten	2.937.757	6.883.502		3.935.217
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	(2.657.614)			(3.477.149)
eigene Schuldverschreibungen		100.013	6.983.515	0
Nennbetrag	100.000			(0)
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere			43	214
Beteiligungen			8	2.494
darunter: an Kreditinstituten	8			(2.494)
Immaterielle Anlagewerte			839	1.206
darunter: entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	839			(1.206)
Sachanlagen			416	478
Sonstige Vermögensgegenstände			1.273	1.554
Rechnungsabgrenzungsposten				
aus dem Emissions- und Darlehensgeschäft		5.137		6.389
andere		2.961	8.098	3.589
Summe der Aktiva			11.346.238	11.919.009

Bilanz

Passiva
in T€

		31.12.2014	31.12.2013
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten			
begebene Hypotheken-Namenspfandbriefe		61.494	66.693
begebene Öffentliche Namenspfandbriefe		82.493	97.535
andere Verbindlichkeiten		4.471.252	4.450.639
darunter: täglich fällig	111.709		(83.350)
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden			
begebene Hypotheken-Namenspfandbriefe		338.360	353.865
begebene Öffentliche Namenspfandbriefe		2.808.961	3.209.586
Spareinlagen		1	1
mit vereinbarter Kündigungsfrist von 3 Monaten	1		(1)
mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als 3 Monaten	0		(0)
andere Verbindlichkeiten		2.695.980	2.940.990
darunter: täglich fällig	669		(488)
Verbriefte Verbindlichkeiten			
begebene Schuldverschreibungen			
Hypothekenspfandbriefe		260.321	110.268
Öffentliche Pfandbriefe		264.371	296.505
sonstige Schuldverschreibungen		10.185	10.185
Sonstige Verbindlichkeiten			
		37.049	21.867
Rechnungsabgrenzungsposten			
aus dem Emissions- und Darlehensgeschäft		698	1.057
andere		1.341	1.728
Rückstellungen			
Steuerrückstellungen		0	0
andere Rückstellungen		3.369	2.581
Nachrangige Verbindlichkeiten			
		92.010	95.111
Fonds für allgemeine Bankrisiken			
		30.000	30.000
Eigenkapital			
gezeichnetes Kapital		361.000	361.000
Kapitalrücklage		362.412	362.412
Gewinnrücklagen			
andere Gewinnrücklagen		48.893	48.893
Bilanzverlust		-583.952	-541.907
Summe der Passiva		11.346.238	11.919.009
Eventualverbindlichkeiten			
Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen		0	24
Andere Verpflichtungen			
Unwiderrufliche Kreditzusagen		361.801	309.598

			31.12.2014	31.12.2013
Zinserträge aus				
Kredit- und Geldmarktgeschäften	441.640			898.024
festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen	222.628	664.268		240.370
Zinsaufwendungen		-698.901	-34.633	-1.132.357
Laufende Erträge aus				
Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren		0		0
Beteiligungen		13	13	13
Provisionserträge		4.429		1.600
Provisionsaufwendungen		-1.833	2.596	-16.552
Sonstige betriebliche Erträge			788	6.756
Allgemeine Verwaltungsaufwendungen				
Personalaufwand				
Löhne und Gehälter	-6.521			-5.512
Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	-938	-7.459		-748
darunter: für Altersversorgung	-157			(-129)
andere Verwaltungsaufwendungen		-18.512	-25.971	-17.716
Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen			-439	-449
Sonstige betriebliche Aufwendungen			-255	-7.456
Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft				
darunter: Zuführungen zum Fonds für allgemeine Bankrisiken	0		-2.621	-55.471
Erträge aus Zuschreibungen zu Beteiligungen, Anteilen an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelten Wertpapieren			18.474	29.662
Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit			-42.048	-59.836
Außerordentliches Ergebnis			0	0
Ergebnis vor Steuern			-42.048	-59.836
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag		4		45
Sonstige Steuern, soweit nicht unter „Sonstige betriebliche Aufwendungen“ ausgewiesen		-1	3	180
Jahresfehlbetrag			-42.045	-59.611
Verlustvortrag aus dem Vorjahr			-541.907	-496.874
Entnahmen aus Stillen Einlagen			0	14.578
Bilanzverlust			-583.952	-541.907

Anhang

Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze

Der Jahresabschluss wird nach den maßgeblichen Vorschriften des Handelsgesetzbuches, des Aktiengesetzes, des Pfandbriefgesetzes sowie nach der Verordnung über die Rechnungslegung der Kreditinstitute aufgestellt. In diesem Jahresabschluss werden grundsätzlich die gleichen Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden angewendet wie im Jahresabschluss zum 31. Dezember 2013.

Forderungen sind mit dem Nennwert gemäß § 340e Abs. 2 HGB angesetzt; der Unterschied zwischen Auszahlungs- und Nennbetrag ist als Rechnungsabgrenzung ausgewiesen. Allen erkennbaren Einzelrisiken im Kreditgeschäft wird durch die Bildung von Einzelwertberichtigungen Rechnung getragen. Zudem wurde im Vorjahr ein Sonderposten für allgemeine Bankrisiken nach § 340g Abs. 1 HGB in die Bilanzposition „Fonds für allgemeine Bankrisiken“ eingestellt, mit dem die speziell mit Bankgeschäften verbundenen Risiken abgesichert werden sollen. Zusätzlich werden – den latenten Risiken im Kreditgeschäft Rechnung tragend – Pauschalwertberichtigungen gebildet.

Schuldverschreibungen des Umlaufvermögens werden nach dem strengen Niederstwertprinzip zu dem fortlaufend ermittelten Durchschnittswert oder dem niedrigeren Tageskurs des Bilanzstichtags bewertet. Schuldverschreibungen, die dem Anlagevermögen zugeordnet sind, werden mit den Anschaffungskosten bewertet einschließlich zeitanteiliger Auflösung des Unterschiedsbetrages zum Nennwert. Erworbene Zerobonds werden mit ihren fortgeführten Anschaffungskosten bilanziert, die aus Zuschreibungen resultierenden Zinserträge werden erfolgswirksam erfasst. Die zeitanteilige Auflösung der Agien bzw. Disagien erfolgt im Zinsergebnis. Bei einer konkreten Ausfallgefährdung werden die wie Anlagevermögen bewerteten Wertpapiere auf eine wahrscheinliche Erlösquote abgeschrieben. Im Berichtsjahr waren keine außerplanmäßigen Abschreibungen auf die dem Anlagevermögen zugeordneten Schuldverschreibungen erforderlich. Im Geschäftsjahr 2014 wurden acht Wertpapiere der Liquiditätsreserve mit einem Nominalvolumen in Höhe von 177,5 Mio. € ins Anlagevermögen übernommen. Zum Zeitpunkt der Umwidmung lag der Marktwert dieser Wertpapiere 22,4 Mio. € über dem Buchwert.

Die unter den Aktien und nicht festverzinslichen Wertpapieren ausgewiesenen Genussscheine sind dem Anlagevermögen zugeordnet und werden mit ihren Anschaffungskosten bilanziert. Bei einer voraussichtlich dauerhaften Wertminderung werden Wertberichtigungen gebildet. Im Berichtsjahr waren keine außerplanmäßigen Wertkorrek-

turen erforderlich. Im Geschäftsjahr 2014 wurde ein Wertpapier mit einem Nominalvolumen in Höhe von 0,3 Mio. € ins Anlagevermögen übernommen. Zum Zeitpunkt der Umwidmung entsprach der Marktwert dieses Wertpapiers dem Buchwert.

Beteiligungen sind zu Anschaffungskosten bilanziert. Bei einer voraussichtlich dauerhaften Wertminderung werden die Beteiligungen auf ihren niedrigeren beizulegenden Wert abgeschrieben.

Sachanlagen und immaterielle Vermögenswerte sind entsprechend der betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer mit den um lineare planmäßige Abschreibungen verminderten Anschaffungskosten angesetzt. Bei einer voraussichtlich dauerhaften Wertminderung werden außerplanmäßige Wertkorrekturen vorgenommen. Geringwertige Wirtschaftsgüter werden im Jahr ihrer Anschaffung in voller Höhe abgeschrieben.

Verbindlichkeiten werden mit ihrem Erfüllungsbetrag passiviert. Der Unterschied zwischen Nenn- und Ausgabebetrag wird in die Rechnungsabgrenzung eingestellt. Nullkupon-Anleihen werden mit dem Emissionsbetrag zuzüglich anteiliger Zinsen gemäß Emissionsrendite bewertet.

Nach § 253 Abs. 1 Satz 2 HGB werden Rückstellungen unter Berücksichtigung künftiger Kosten- und Preissteigerungen mit dem notwendigen Erfüllungsbetrag angesetzt. Dabei werden Rückstellungen mit einer Laufzeit von mehr als einem Jahr mit dem ihrer Laufzeit entsprechenden, durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen sieben Geschäftsjahre, wie er von der Deutschen Bundesbank nach Maßgabe der Rückstellungsabzinsungsverordnung veröffentlicht wird, abgezinst.

Für Steuern und ungewisse Verbindlichkeiten werden Rückstellungen in Höhe der voraussichtlichen Inanspruchnahme gebildet. Die auf fremde Währung lautenden Bilanzpositionen wie auch die Kurssicherungsgeschäfte werden gemäß § 340h HGB in Verbindung mit § 256a HGB zum Referenzkurs der EZB am Bilanzstichtag umgerechnet. Werden für Geschäfte in Fremdwährung zur Absicherung von Fremdwährungsrisiken gegenläufige Währungskurssicherungsgeschäfte abgeschlossen, so gelten diese Geschäfte als besonders gedeckt.

Derivative Finanzgeschäfte, die der Absicherung von Zins- und Währungsschwankungen dienen, unterliegen grundsätzlich keiner Einzelbewertung und werden als schwebende Geschäfte nicht bilanziert. Sicherungsbeziehungen, die für Risikomanagementzwecke bestehen, werden handelsrechtlich nicht als Bewertungseinheit angesehen, da das Wahlrecht gemäß § 254 HGB in Verbindung mit einer

Fristengliederung nach Restlaufzeiten in Mio. €						Gesamt
	täglich fällig	≤ 3 Monate	> 3 Monate ≤ 1 Jahr	> 1 Jahr ≤ 5 Jahre	> 5 Jahre	
Forderungen						
an Kreditinstitute	1.247	288	382	530	53	2.500*
an Kunden	26	168	115	793	744	1.846*
Forderungen gesamt	1.273	456	497	1.323	797	4.346
Verbindlichkeiten						
gegenüber Kreditinstituten	112	3.238	1.104	161	0	4.615
gegenüber Kunden	1	822	1.280	1.593	2.147	5.843
Verbindlichkeiten gesamt	113	4.060	2.384	1.754	2.147	10.458

*Restforderung ohne Wertberichtigungen

Stellungnahme des Hauptfachausschusses des Instituts der Wirtschaftsprüfer (IDW RS HFA 35 Tz. 12 vom 10. Juni 2011) ausgeübt wird. Dementsprechend wird weder die Wirksamkeit der Sicherungsbeziehungen ermittelt noch werden Drohverlustrückstellungen für gegebenenfalls ineffektive Teile der Sicherungsbeziehungen gebildet.

Im Rahmen der verlustfreien Bewertung von zinsbezogenen Geschäften des Bankbuches wird die Stellungnahme IDW RS BFA 3 des Bankenfachausschusses des Instituts der Wirtschaftsprüfer berücksichtigt. Die Bank wendet dabei die periodische (GuV-orientierte) Betrachtungsweise an. Der Bedarf für eine Drohverlustrückstellung wird ermittelt, indem vom Saldo der diskontierten Ergebnisbeiträge aus dem Geschäft mit den zinstragenden Finanzinstrumenten des Bankbuchs die Verwaltungs- und Risikokosten abgezogen werden. Da situationsbedingt bei der Bank für einen langen Zeitraum keine Ausschüttungen an Anteilseigner vorgenommen werden können, wird für den Teil der fiktiven Schließung von Aktivüberhängen durch Eigenkapital eine Nullverzinsung unterstellt. Eine zum Jahresende 2014 vorgenommene Neuberechnung der verlustfreien Bewertung ergab keinen Rückstellungsbedarf.

Beim Ausweis der Risikovorsorge bzw. des Finanzanlageergebnisses wird von der Möglichkeit der Überkreuzkompensation gemäß § 340f Abs. 3 HGB bzw. § 340c Abs. 2 HGB Gebrauch gemacht.

Latente Steuern werden nach Maßgabe des § 274 HGB auf Basis des bilanzorientierten Ansatzes unter Berücksichtigung von steuerlichen Verlustvorträgen ermittelt. Passive latente Steuern werden mit aktiven latenten Steuern verrechnet. Über den Saldierungsbereich hinausgehende aktive Steuerlatenzen werden in Ausübung des Wahlrechts gemäß § 274 Abs. 1 Satz 2 HGB nicht aktiviert.

Es bestehen weder Forderungen an Kunden mit unbestimmter Laufzeit noch andere verbrieftete Verbindlichkeiten.

Im Posten „Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere“ sind Beträge, die in dem auf den Bilanzstichtag folgenden Jahr fällig werden, in Höhe von 1,0 Mrd. € enthalten. Dabei sind die unter das Moratorium fallenden Anleihen der Heta mit dem zum Emissionszeitpunkt gültigen Fälligkeitsdatum berücksichtigt.

Im Unterposten „begebene Schuldverschreibungen“ sind Beträge, die in dem auf den Bilanzstichtag folgenden Jahr fällig werden, in Höhe von 219,9 Mio. € enthalten.

In den Forderungen und Verbindlichkeiten sind keine Beträge enthalten, die Unternehmen betreffen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht.

Anlagevermögen Entwicklung in Mio. €

	Fest- verzinsliche Wertpapiere	Beteiligungen	Immaterielle Anlagewerte	Sachanlagen	Gesamt
Historische Anschaffungs-/Herstellungskosten	7.026	2	2	1	7.031
Zugang Geschäftsjahr	623	0	0	0	623
Abgang Geschäftsjahr	-864	-2	0	0	-866
Abschreibung, kumuliert*	-7	0	-1	-1	-9
Restbuchwert zum 31.12.2014	6.778	0	1	0	6.779
Abschreibung Geschäftsjahr	-12	0	0	0	-12

*Die kumulierte Abschreibung stellt die Aufwendungen und Erträge der Wertpapiere dar, die zum Bilanzstichtag noch im Bestand sind.

Barreserve

Im Posten „Barreserve“ sind 28,8 Mio. € Guthaben bei Zentralnotenbanken und 2,6 T€ Kassenbestand enthalten.

Börsenfähige Wertpapiere

Sämtliche Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere in Höhe von 6,8 Mrd. € sind börsenfähig; davon sind 6,7 Mrd. € börsennotiert.

Die in der Bilanzposition „Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere“ ausgewiesenen Genussscheine in Höhe von 42,8 T€ sind börsenfähig und börsennotiert, die Beteiligungen von 7,7 T€ sind nicht börsenfähig.

Von den Schuldverschreibungen sind 1,7 Mrd. € zur Deckung der umlaufenden Pfandbriefe bestimmt. Schuldverschreibungen über 6,8 Mrd. € werden zum Bilanzstichtag nicht nach dem strengen Niederstwertprinzip bewertet. Darin enthalten sind Schuldverschreibungen mit einem Buchwert von 1,8 Mrd. €, die zum Bilanzstichtag kapitalmarktbedingt unter Berücksichtigung der im Nachtragsbericht dargestellten Garantie einen um 237,9 Mio. € niedrigeren beizulegenden Zeitwert aufweisen. Die wirtschaftliche Gegenposition liegt – bezogen auf die Zinskomponente – in den zu Marktkursen bewerteten Verbindlichkeiten bzw. Derivaten. Im Vergleich zum 31. Dezember 2013 hat sich der Bestand an Fremden Schuldverschreibungen um 6,7% verringert. Ursächlich hierfür ist neben Fälligkeiten der aktive Abbau der Staatsfinanzierungsbestände.

Sachanlagen

Die Sachanlagen in Höhe von 0,4 Mio. € betreffen ausschließlich die Betriebs- und Geschäftsausstattung. Die Veränderung im Vergleich zum Vorjahr ist im Wesentlichen auf planmäßige Abschreibungen zurückzuführen.

Beteiligungen

Die Beteiligung an der MHB-Bank AG, Frankfurt am Main, wurde im Berichtsjahr zum Buchwert in Höhe von 2,5 Mio. € veräußert, so dass zum 31. Dezember 2014 nur noch eine Beteiligung an der Liquiditätskonsortialbank GmbH, Frankfurt am Main, mit einem Buchwert in Höhe von 7,7 T€ besteht.

Sonstige Vermögensgegenstände und Verbindlichkeiten

In den Sonstigen Vermögensgegenständen in Höhe von 1,3 Mio. € sind im Wesentlichen Steuerforderungen (1,3 Mio. €) enthalten.

Die Sonstigen Verbindlichkeiten belaufen sich auf 37,0 Mio. € und enthalten neben Steuerverbindlichkeiten von 1,6 Mio. € sowie Verbindlichkeiten aus laufender Rechnung von 0,5 Mio. € vor allem Fremdwährungsumrechnungseffekte in Höhe von 34,9 Mio. €, die sich durch die Umrechnung der auf fremde Währung lautenden Finanzinstrumente zum Referenzkurs der EZB am Bilanzstichtag ergeben. Die wirtschaftliche Gegenposition liegt in den Forderungen und Verbindlichkeiten bzw. Fremden Schuldverschreibungen, die – sofern sie in Fremdwährung notiert sind – ebenfalls zum Stichtagskurs bewertet werden.

Rechnungsabgrenzung aus dem Emissions- und Darlehensgeschäft

In den aktiven Rechnungsabgrenzungsposten sind Emissionsdisagien aus Schuldverschreibungen von 2,3 Mio. €, Agien aus Forderungen von 2,8 Mio. €, gezahlte Upfrontprämien von 2,0 Mio. € sowie im Voraus bezahlter Sachaufwand von 1,0 Mio. € enthalten. Die passiven Rechnungsabgrenzungsposten enthalten Emissionsagien aus Schuldverschreibungen von 0,1 Mio. €, Damna aus Forderungen von 0,6 Mio. € sowie erhaltene Upfrontprämien von 1,3 Mio. €.

Rückstellungen

Die Rückstellungen haben sich im Vergleich zum Vorjahr um 0,8 Mio. € erhöht, was im Wesentlichen auf einer Beitragsanpassung der Umlage des Einlagensicherungsfonds des BdB beruht.

Nachrangige Verbindlichkeiten

Im Berichtszeitraum wurden keine nachrangigen Verbindlichkeiten begeben. Aufgrund von Fälligkeiten hat sich der Bestand reduziert und setzt sich aus Inhaberpapieren in Höhe von 20,0 Mio. €, Namensschuldverschreibungen von 40,0 Mio. € und Schuldscheindarlehen von 30,0 Mio. € zusammen. Anteilige Zinsen in Höhe von 2,0 Mio. € werden ebenfalls in dieser Bilanzposition ausgewiesen. Die nachrangigen Verbindlichkeiten sind im Falle der Insolvenz oder der Liquidation der Bank erst nach Befriedigung aller nicht nachrangigen Gläubiger zurückzuzahlen. Eine vorzeitige Rückzahlung ist ausgeschlossen. Bei den nachrangigen Namensschuldverschreibungen von 40,0 Mio. € handelt es sich um Wandelschuldverschreibungen. Neben dem jederzeitigen Wandlungsrecht des Inhabers besteht gemäß Emissionsbedingungen eine Pflicht zur Wandlung, wenn die Emittentin ihre Zahlungsunfähigkeit bekannt gibt, einen Insolvenzantrag stellt oder die Kernkapitalkennziffer 8% oder weniger beträgt. Im Berichtsjahr haben die Gläubiger ihr Wandlungsrecht weder ausgeübt noch ist ein Pflichtwandelereignis eingetreten. Sämtliche Mittelaufnahmen erfüllen die Voraussetzungen des Art. 63 CRR. Die Berücksichtigung der nachrangigen Verbindlichkeiten als haftendes Eigenkapital erfolgt abzüglich der zeitanteiligen Disagien nach Art. 64 CRR und unter Beachtung der Grenzen des Art. 4 Abs. 1 Nr. 71 CRR. Zins- und Disagioaufwendungen aller nachrangigen Verbindlichkeiten betragen 6,6 Mio. €. Fünf nachrangige Darlehen übersteigen 10% des Gesamtausweises. [G25]

Fonds für allgemeine Bankrisiken

Den besonderen Risiken des Geschäftszweiges der Kreditinstitute Rechnung tragend wurde im Vorjahr 2013 erstmalig eine Vorsorgereserve nach § 340g Abs. 1 HGB gebildet und in den „Fonds für allgemeine Bankrisiken“ eingestellt. Zum Bilanzstichtag beläuft sich dieser Sonderposten wie im Vorjahr auf 30,0 Mio. €.

Nachrangige Verbindlichkeiten >10% des Gesamtbetrags

In Mio. €	Zinssatz in %	Emissionszeitpunkt	Fälligkeit
20,0	4,22	25.2.2005	25.2.2015
10,0	10,50	7.12.2010	6.12.2018
10,0	10,50	7.12.2010	6.12.2018
10,0	10,50	7.12.2010	6.12.2018
10,0	10,50	7.12.2010	6.12.2018

Gezeichnetes Kapital und Gewinnrücklagen

Der Bilanzverlust des Vorjahres in Höhe von 541,9 Mio. € wurde auf neue Rechnung vorgetragen.

Das gezeichnete Kapital beträgt zum Bilanzstichtag 361,0 Mio. €. Es ist eingeteilt in 361.000.000 auf den Namen lautende Aktien zu je 1 €. Die Rücklagen in Höhe von 411,3 Mio. € setzen sich aus der Kapitalrücklage von 362,4 Mio. € und den anderen Gewinnrücklagen von 48,9 Mio. € zusammen.

Eventualverbindlichkeiten und andere Verpflichtungen

Die unwiderruflichen Kreditzusagen betragen 361,8 Mio. € und betreffen 22 Immobilienfinanzierungen.

Zur Sicherheit übertragene Vermögensgegenstände

Zum Bilanzstichtag sind Wertpapiere von insgesamt 27,0 Mio. € in Pension gegeben worden (echte Pensionsgeschäfte). Der Buchwert der zur Absicherung von Offenermarktgeschäften und sonstigen Krediten übertragenen Schuldverschreibungen beläuft sich auf 4,9 Mrd. €.

26

Deckungsrechnung Hypothekendarlehen in Mio. €

	31.12.2014	31.12.2013
Forderungen an Kunden (Hypothekendarlehen)	628	625
Ergänzende Deckung	100	95
Deckungswerte gesamt	728	720
Deckungspflichtige Hypothekendarlehen	-652	-522
Überdeckung	76	198

27

Barwertige Überdeckung Hypothekendarlehen in Mio. €

	Barwert		Risikobarwert	
	31.12.2014	31.12.2013	31.12.2014	31.12.2013
Deckungswerte	827	775	780	772
Hypothekendarlehen	-738	-586	-711	-615
Überdeckung	89	189	69	157

28

Kapitalfälligkeiten nach Jahren Hypothekendarlehen in Mio. €

	Deckungsmasse		Hypothekendarlehen	
	31.12.2014	31.12.2013	31.12.2014	31.12.2013
≤ 0,5 Jahre	46	82	105	9
> 0,5 Jahre ≤ 1 Jahr	47	49	2	23
> 1 Jahr ≤ 1,5 Jahre	32	1	2	55
> 1,5 Jahre ≤ 2 Jahre	0	133	45	2
> 2 Jahre ≤ 3 Jahre	159	52	206	22
> 3 Jahre ≤ 4 Jahre	113	181	68	156
> 4 Jahre ≤ 5 Jahre	94	82	24	43
> 5 Jahre ≤ 10 Jahre	115	98	128	118
> 10 Jahre	122	42	72	94
Gesamt	728	720	652	522

29

Immobilienkredite nach Größenklassen Hypothekendarlehen in Mio. €

	31.12.2014	31.12.2013
≤ 0,3	0	0
> 0,3 ≤ 1,0	6	8
> 1,0 ≤ 10,0	102	141
> 10,0	520	476
Gesamt	628	625

Immobilienkredite nach Nutzung und Staaten

Hypothekendarlehen
in Mio. €

	Deutschland		Frankreich		Niederlande		Großbritannien		USA		Gesamt	
	2014	2013	2014	2013	2014	2013	2014	2013	2014	2013	2014	2013
wohnwirtschaftlich												
Eigentumswohnungen	0	7									0	7
Ein- und Zweifamilienhäuser					3	0					3	0
Mehrfamilienhäuser	139	93							25	22	164	115
gewerblich												
Büro	125	135	26	77	74	52	15	37	62	92	302	393
Handel	42	72			76	18					118	90
Sonstige	19	20			22	0					41	20
Gesamt	325	327	26	77	175	70	15	37	87	114	628	625
Mindestens 90 Tage rückständige Leistungen											0	0
Forderungen mit ≥ 5% Rückstand											0	0

Ergänzende Deckung

Hypothekendarlehen
in Mio. €

	Deutschland		Finnland		Frankreich		Österreich		Polen		Gesamt	
	2014	2013	2014	2013	2014	2013	2014	2013	2014	2013	2014	2013
Ausgleichsforderungen nach § 19 (1) Nr. 1 PfandBG												
Geldforderungen nach § 19 (1) Nr. 2 PfandBG					0	10					0	10
davon gedeckte Schuldverschreibungen gem. EU-Verordnung 575/2013					0	10					0	10
Schuldverschreibungen nach § 19 (1) Nr. 3 PfandBG	50	40	25	0			25	0	0	45	100	85
Gesamt	50	40	25	0	0	10	25	0	0	45	100	95

Weitere Kennzahlen

Hypothekendarlehen

		31.12.2014	31.12.2013
Hypothekendarlehen	Mio. €	652	522
davon festverzinslich	%	77,0	90,4
Deckungsmasse	Mio. €	728	720
davon Gesamtforderungen, die Grenzen gem. §13 (1) PfandBG überschreiten	Mio. €	0	0
davon Gesamtforderungen, die Grenzen gem. §19 (1) Nr. 2 PfandBG überschreiten	Mio. €	0	0
davon Gesamtforderungen, die Grenzen gem. §19 (1) Nr. 3 PfandBG überschreiten	Mio. €	0	0
davon festverzinsliche Deckungsmasse	%	68,0	43,4
Nettobarwert nach § 6 PfandBarwertV je Fremdwährung: CHF	Mio. €	4	4
Nettobarwert nach § 6 PfandBarwertV je Fremdwährung: GBP	Mio. €	15	37
Nettobarwert nach § 6 PfandBarwertV je Fremdwährung: USD	Mio. €	106	128
Volumengewichteter Durchschnitt des Alters der Forderungen	Jahre	4,3	5,3
Durchschnittliche gewichteter Beleihungsauslauf*	%	49,9	n/a

*Diese Daten wurden erstmalig per 30.6.2014 ermittelt, so dass keine geeigneten historischen Vergleichswerte dafür vorliegen

33

Deckungsrechnung
 Öffentlicher Pfandbrief
 in Mio. €

	31.12.2014	31.12.2013
Forderungen an Kreditinstitute	852	1.122
Forderungen an Kunden (Kommunalkredite)	552	802
Forderungen an Kunden (Hypothekarkredite)	1	1
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	1.697	1.570
Ordentliche Deckung	3.102	3.495
Ergänzende Deckung	259	319
Deckungswerte gesamt	3.361	3.814
Deckungspflichtige Öffentliche Pfandbriefe	-3.090	-3.529
Überdeckung	271	285

34

Barwertige Überdeckung
 Öffentlicher Pfandbrief
 in Mio. €

	Barwert 31.12.2014	31.12.2013	Risikobarwert 31.12.2014	31.12.2013
Deckungswerte	3.928	4.266	3.752	4.481
Öffentliche Pfandbriefe	-3.709	-4.020	-3.527	-4.230
Überdeckung	219	246	225	251

35

Kapitalfälligkeiten nach Jahren
 Öffentlicher Pfandbrief
 in Mio. €

	Deckungsmasse 31.12.2014	31.12.2013	Öffentliche Pfandbriefe 31.12.2014	31.12.2013
≤ 0,5 Jahre	625	555	353	267
> 0,5 Jahre ≤ 1 Jahr	432	129	136	83
> 1 Jahr ≤ 1,5 Jahre	251	620	123	350
> 1,5 Jahre ≤ 2 Jahre	171	392	344	136
> 2 Jahre ≤ 3 Jahre	793	250	366	467
> 3 Jahre ≤ 4 Jahre	114	643	137	366
> 4 Jahre ≤ 5 Jahre	4	114	202	137
> 5 Jahre ≤ 10 Jahre	346	308	867	990
> 10 Jahre	625	803	562	733
Gesamt	3.361	3.814	3.090	3.529

Staatskredite nach Staaten und Kreditnehmern

Öffentlicher Pfandbrief
in Mio. €

	Zentralregierung		Region		Kommune		Sonstige		Gesamt	
	2014	2013	2014	2013	2014	2013	2014	2013	2014	2013
Belgien			20	20					20	20
Bulgarien										
Dänemark										
Deutschland			709	864	0	9	559	875	1.268	1.748
Frankreich					8	12			8	12
Griechenland										
Irland										
Island										
Italien	282	282	220	205	30	117			532	604
Japan					25	25			25	25
Kanada										
Lettland	0	50							0	50
Litauen										
Luxemburg							8	0	8	0
Niederlande										
Norwegen										
Österreich	100	125					756	593	856	718
Polen	56	0							56	0
Portugal							25	0	25	0
Rumänien										
Schweiz							75	75	75	75
Slowakei	105	10							105	10
Slowenien		25					40	0	40	25
Spanien			0	100	30	42			30	142
Tschechien	50	50			0	12			50	62
Ungarn										
USA										
Vereinigtes Königreich							4	4	4	4
Zypern										
Gesamt	593	542	949	1.189	93	217	1.467	1.547	3.102	3.495
Mindestens 90 Tage rückständige Leistungen									0	0
Gesamtbetrag der Forderungen mit \geq 5% Rückstand									0	0

37

Ergänzende Deckung
Öffentlicher Pfandbrief
in Mio. €

	Deutschland		Frankreich		Österreich		Gesamt	
	2014	2013	2014	2013	2014	2013	2014	2013
Ausgleichsforderungen nach § 20 (1) Nr. 1 PfandBG								
Geldforderungen nach § 20 (1) Nr. 2 PfandBG	141	176	0	10	118	133	259	319
davon gedeckte Schuldverschreibungen gem. EU-Verordnung 575/2013	141	176	0	10	118	133	259	319
Gesamt	141	176	0	10	118	133	259	319

38

Weitere Kennzahlen
Öffentlicher Pfandbrief

		31.12.2014	31.12.2013
Umlaufende Pfandbriefe	Mio. €	3.090	3.529
davon festverzinslich	%	96,5	96,0
Deckungsmasse	Mio. €	3.361	3.814
davon Gesamtforderungen, die Grenzen gem. § 20 (2) PfandBG überschreiten	Mio. €	0	0
davon festverzinsliche Deckungsmasse	%	68,1	70,4
Nettobarwert nach § 6 PfandbBarwertV je Fremdwährung: CHF	Mio. €	-4	-8
Nettobarwert nach § 6 PfandbBarwertV je Fremdwährung: GBP	Mio. €	0	0
Nettobarwert nach § 6 PfandbBarwertV je Fremdwährung: USD	Mio. €	8	0

Personalaufwand, Organbezüge und Beschäftigte

Der Personalaufwand betrug im Berichtsjahr 7,5 Mio. €. Darin sind die Gesamtbezüge für den Vorstand in Höhe von 983,8 T€ enthalten.

Die Mitglieder des Aufsichtsrats haben der Satzung der Düsseldorfer Hypothekendarlehenbank entsprechend für ihre Tätigkeit keine Vergütung erhalten.

Im Jahresdurchschnitt waren neben dem Vorstand 69 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beschäftigt, darunter neun Teilzeitkräfte (Umrechnung auf Vollzeitbasis).

Prüfungs- und Beratungsleistungen

Das für das Geschäftsjahr 2014 berechnete Gesamthonorar für den Abschlussprüfer beträgt 463,4 T€. Davon entfallen 337,4 T€ auf die Abschlussprüfung, 7,7 T€ auf sonstige Prüfungsleistungen und 118,3 T€ auf Beratungsleistungen.

Sonstiges betriebliches Ergebnis

Die sonstigen betrieblichen Erträge von 0,8 Mio. € beinhalten im Wesentlichen Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen in Höhe von 0,7 Mio. €. In den sonstigen betrieblichen Aufwendungen in Höhe von 0,3 Mio. € werden neben nachgezählten Betriebskosten der im Vorjahr veräußerten Immobilien (44,4 T€) im Wesentlichen Aufwendungen aus der Fremdwährungsbewertung (0,2 Mio. €) ausgewiesen.

Steuern vom Einkommen und vom Ertrag

Die Ertragssteuern sind dem Ergebnis aus der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit zugeordnet.

Ergebnisverwendung

Der Bilanzverlust in Höhe von 584,0 Mio. € soll auf neue Rechnung vorgetragen werden.

Zwangsmaßnahmen, übernommene Grundstücke und Zinsrückstände

Zum Bilanzstichtag sowie im gesamten Geschäftsjahr 2014 war für in Deckung genommene Hypothekendarlehen keine Zwangsverwaltung anhängig.

Zwischen dem 1. Oktober 2013 und dem 30. September 2014 sind weder Zins- noch Tilgungsrückstände bei den zur Deckung von Hypothekendarlehenpfandbriefen verwendeten Darlehensforderungen entstanden.

Rückzahlungen auf Hypothekendarlehen

Im Geschäftsjahr wurden insgesamt 342,0 Mio. € Hypothekendarlehen zurückgezahlt. Davon entfallen bei gewerblich genutzten Objekten 239,1 Mio. € auf Amortisationen, 24,7 Mio. € auf vorzeitige Rückzahlungen und 23,7 Mio. € auf Ausplatzierungen. Bei Wohnzwecken dienenden Objekten sind 14,5 Mio. € durch Amortisationen und 40,0 Mio. € aus anderen Gründen zurückgezahlt worden.

Deckungsstock Öffentliche Pfandbriefe

Bei den zur Deckung von Öffentlichen Pfandbriefen verwendeten Forderungen sind zum Bilanzstichtag keine rückständigen Leistungen anhängig.

Fremdwährungspositionen

Zum Bilanzstichtag beläuft sich der Gesamtbetrag der Forderungen in Fremdwährung auf 416,5 Mio. €. In den Verbindlichkeiten sind 170,3 Mio. € aus Nicht-Euro-Währungen enthalten.

Ausgelagerte Bereiche

Aus Gründen der Kostenreduktion hat die Bank wesentliche Aufgabenbereiche ausgelagert. Auslagerungen mit IT-Relevanz bestehen in der Übertragung der Rechenzentrumsleistungen für das Kernbanksystem, den IT-Infrastrukturleistungen sowie der Bereitstellung der Schnittstelle gemäß § 24c KWG (automatisierter Abruf von Kontoinformationen) auf externe Vertragspartner. Ferner wurden die Abwicklung des Zahlungsverkehrs, die Archivierung aufbewahrungspflichtiger Unterlagen sowie die Gehaltsabrechnung auf Dritte übertragen. Allen Auslagerungen gemein ist, dass diese Leistungen mit eigenen Mitteln nicht mit vergleichbarem Aufwand erbracht werden können. Die damit verbundenen Kosten sind gut kalkulierbar, eigene Mitarbeiterkapazitäten werden nicht gebunden und von den Erfahrungen und dem Spezialwissen der jeweiligen Vertragspartner kann profitiert werden. Außer den beim Outsourcing üblichen Nachteilen sieht die Bank keine speziellen Risiken, die sich durch die Auslagerungen der Aufgabenbereiche ergeben könnten.

Die wesentlichsten Auslagerungsprozesse bestehen aus Sicht der Bank in der Übertragung der Rechenzentrumsleistungen für das Kernbanksystem sowie in dem Bezug der IT-Infrastrukturleistungen von externen Partnern. Für das Berichtsjahr sind hierfür Zahlungsmittelabflüsse in Höhe von insgesamt 787,9 T€ entstanden.

Finanzderivate

Restlaufzeitenstruktur
in Mio. €

	Nominalbetrag			Gesamt	Marktwerte
	<1 Jahr	1-5 Jahre	>5 Jahre		
Zinsswaps	1.697	4.390	6.222	12.309	-1.007
Zins-/Währungsswaps	340	9	90	439	-30
Gesamt	2.037	4.399	6.312	12.748	-1.037

Derivateergebnis

Zusammensetzung
in Mio. €

	aus Mikroabsicherung			aus Makroabsicherung		
	31.12.2014	31.12.2013	31.12.2012	31.12.2014	31.12.2013	31.12.2012
Erträge	123,6	235,5	400,0	228,9	555,4	421,1
laufend	122,3	154,7	263,8	123,6	241,3	419,6
Marktwertausgleich	1,3	80,8	136,2	105,3	314,1	1,5
Aufwendungen	-168,9	-217,9	-270,0	-309,1	-642,4	-528,4
laufend	-167,3	-206,7	-267,7	-204,4	-326,7	-512,6
Marktwertausgleich	-1,6	-11,2	-2,3	-104,7	-315,7	-15,8
Gesamt	-45,3	17,6	130,0	-80,2	-87,0	-107,3

Derivative Finanzinstrumente

Zum Bilanzstichtag bestehen folgende noch nicht abgewickelte zins- und währungsbezogene Termingeschäfte: Zinsswaps, Zins-/Währungsswaps, Stillhalterverpflichtungen aus Optionen auf Zinsswaps, Schuldscheindarlehen mit Gläubiger- und Schuldnerkündigungsrechten, Pfandbriefe mit Schuldnerkündigungsrechten, Zinsbegrenzungsvereinbarungen. Alle Geschäfte dienen der Absicherung von Zins- und Währungsschwankungen. [G39]

Den negativen Marktwerten der derivativen Finanzinstrumente stehen in einer Gesamtschau auch positive Marktwerte aus den Grundgeschäften gegenüber, soweit sie sich auf die Zinskomponente beziehen.

Der Marktwertausgleich der Derivate resultiert aus dem vorzeitigen Schließen von Kontrakten. Aufgelöst wurden im Berichtsjahr Swaps von nominal 1,8 Mrd. €, wodurch ein Zinsertrag von saldiert 0,3 Mio. € erzielt wurde. Der erzielte Ertrag entstand im Zusammenhang mit der Veräußerung bzw. vorzeitigen Rücknahme der Grundgeschäfte, wobei

derivative Finanzinstrumente mit positiven Marktwerten von 1,3 Mio. € und negativen Marktwerten von 1,6 Mio. € vorzeitig geschlossen wurden. Außerdem wurden im Rahmen der Makrosteuerung der Zinsrisiken Kontrakte mit positiven Marktwerten von 105,3 Mio. € und mit negativen Marktwerten von 104,7 Mio. € aufgelöst. [G40]

Weitere Mitteilungspflichten

Nach Mitteilung gemäß Aktiengesetz (AktG) sind die LSF5 German Investments II, L.P., Delaware, USA, sowie die Lone Star Partners V, L.P., Hamilton, Bermuda, und Lone Star Management Co. V, Ltd., Hamilton, Bermuda, unmittelbar bzw. mittelbar mit mehr als 25% der Aktien an der Gesellschaft beteiligt.

Der Vorstandssprecher Dr. Christian Freiherr von Villiez hat im Berichtsjahr ein Mandat als Mitglied des Aufsichtsrates der MHB-Bank AG, Frankfurt am Main, ausgeübt, das er im Zuge des Verkaufs der Beteiligung an der MHB-Bank AG mit Wirkung zum 8. Oktober 2014 niedergelegt hat.

Segmentrechnung in Mio. €

	Immobilienfinanzierung		Staatsfinanzierung		Restaktivitäten		Gesamt	
	2014	2013	2014	2013	2014	2013	2014	2013
Zinsergebnis	15,4	9,9	-46,2	4,5	-3,8	-8,3	-34,6	6,1
Provisionsergebnis	3,7	1,0	-1,1	-16,0	0,0	0,0	2,6	-15,0
Verwaltungskosten*	-11,4	-10,0	-6,5	-7,4	-8,0	-7,7	-25,9	-25,1
Bewertungsergebnis	-3,7	-28,3	19,6	32,5	0,0	-30,0	15,9	-25,8
Steuern	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,2	0,0	0,2
Jahresergebnis	4,0	-27,4	-34,2	13,6	-11,8	-45,8	-42,0	-59,6
Alloziertes Kapital	74	74	50	108	64	48	188	230
Cost/Income Ratio	60%	92%	-14%	-64%	-211%	-93%	-83%	-274%
Eigenkapitalrentabilität	5,4%	-37,0%	-68,4%	12,6%	-18,4%	-95,4%	-22,3%	-25,9%

*inkl. Sonstiges betriebliches Ergebnis

Zum Bilanzstichtag bestehen keine Kredite an Mitglieder des Aufsichtsrates.

Die gemäß § 26a Abs. 1 S. 1 KWG in Verbindung mit den Artikeln 435 bis 455 der Verordnung (EU) Nr. 575/2013 zu kommunizierenden Angaben können dem Offenlegungsbericht 2014 entnommen werden, der auf der Homepage der Bank veröffentlicht werden wird.

Geschäfte mit nahestehenden Personen und Unternehmen

Mit ehemals und derzeit nahestehenden Unternehmen und Personen bestanden im Berichtszeitraum keine Geschäfte zu marktüblichen Konditionen.

Dennoch wird an dieser Stelle aus Wesentlichkeitsgründen darauf hingewiesen, dass zum Bilanzstichtag nachrangige Wandelanleihen mit einem Nominalvolumen von 40,0 Mio. € auf den Namen verbundener Unternehmen verbrieft sind. Der Zinsaufwand für die Wandelanleihen beläuft sich im

Berichtsjahr auf 4,2 Mio. €. Die nachrangigen Wandelanleihen dienen der Bank als Eigenmittel im Sinne der Verordnung über Aufsichtsanforderungen an Kreditinstitute und Wertpapierfirmen (Verordnung (EU) Nr. 575/2013, CRR).

Segmentrechnung

Methodisch geht die Segmentrechnung von der Gewinn- und Verlustrechnung aus und verteilt alle Aufwendungen und Erträge verursachungsgerecht auf die einzelnen Geschäftsfelder. Das jeweilige Segmentergebnis setzt sich aus Zinsergebnis, Provisionsergebnis, Verwaltungsaufwendungen, Bewertungsergebnis und Steuern zusammen. Im Bewertungsergebnis werden Risikovorsorge und Finanzanlageergebnis zusammengefasst (vgl. Erläuterungen im Lagebericht). [G41]

Eigenkapitalveränderungsrechnung

in Mio. €

	Gezeichnetes Kapital	Stille Beteiligungen	Kapitalrück- lagen	Gewinn- rücklagen	Bilanzverlust/ -gewinn	Gesamt
Stand 1.1.2013	301,0	177,8	199,2	48,9	-496,9	230,0
Ergebnis nach Steuern					-59,6	-59,6
Rückzahlungen		-163,2				-163,2
Kapitalerhöhungen	60,0					60,0
Einstellung in die Kapitalrücklagen			163,2			163,2
Ausschüttungen für das Geschäftsjahr						
Entnahme aus stillen Beteiligungen		-14,6			14,6	
Bestand zum 31.12.2013	361,0	0,0	362,4	48,9	-541,9	230,4
Stand 1.1.2014	361,0	0,0	362,4	48,9	-541,9	230,4
Ergebnis nach Steuern					-42,0	-42,0
Rückzahlungen Stille Beteiligungen						
Kapitalerhöhungen						
Einstellung in die Kapitalrücklagen						
Ausschüttungen für das Geschäftsjahr						
Entnahme aus stillen Beteiligungen						
Bestand zum 31.12.2014	361,0	0,0	362,4	48,9	-583,9	188,4

Eigenkapitalveränderungsrechnung

Die Eigenkapitalveränderungsrechnung zeigt die Entwicklung der verschiedenen Positionen des bilanziellen Eigenkapitals im Jahresverlauf. [G42]

Kapitalflussrechnung

Die Kapitalflussrechnung gliedert die Veränderung des Zahlungsmittelbestandes in die Zahlungsströme aus laufender Geschäfts-, Investitions- und Finanzierungstätigkeit. Die Erstellung erfolgte nach dem Deutschen Rechnungslegungsstandard DRS 21 vom 8. April 2014.

Die Zuordnung der Zahlungsströme zum laufenden Cashflow erfolgt in Anlehnung an die Zusammensetzung des operativen Ergebnisses. Der Cashflow aus Investitions-

tätigkeit resultiert im Wesentlichen aus Auszahlungen im Zusammenhang mit dem Erwerb von Finanzanlagen. Der Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit bildet die Zahlungsströme aus Transaktionen mit Eigenkapitalgebern ab.

Der Zahlungsmittelbestand umfasst die Barreserve, die sich aus Kassenbestand und Guthaben bei Zentralnotenbanken zusammensetzt.

Für Kreditinstitute ist die Aussagefähigkeit der Kapitalflussrechnung generell als gering anzusehen. Daher ersetzt sie weder die Liquiditäts- bzw. Finanzplanung, noch wird sie als Steuerungsinstrument eingesetzt. [G43]

Kapitalflussrechnung

in Mio. €

			31.12.2014	31.12.2013
Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit				
Periodenergebnis	-42,0			-59,6
Abschreibungen, Wertberichtigungen/Zuschreibungen auf Forderungen und Gegenstände des Anlagevermögens	3,9			51,9
Zunahme/Abnahme der Rückstellungen	2,3			-29,0
Andere zahlungsunwirksame Aufwendungen/Erträge				
Gewinn/Verlust aus der Veräußerung von Gegenständen des Anlagevermögens				
Sonstige Anpassungen (Saldo)	9,7	-26,1		-7,1
Zunahme/ Abnahme				
der Forderungen an Kreditinstitute	107,6			714,7
der Forderungen an Kunden	11,3			413,7
der Wertpapiere (soweit nicht Finanzanlagen)	-36,7			798,9
anderer Aktiva aus laufender Geschäftstätigkeit	2,2			41,4
der Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	0,4			-44,5
der Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	-661,1			4,4
verbriefteter Verbindlichkeiten	117,9			-2.544,8
anderer Passiva aus laufender Geschäftstätigkeit	12,7			-7,4
Zinsaufwendungen/Zinserträge	34,6			-6,0
Aufwendungen/Erträge aus außerordentlichen Posten				
Ertragssteueraufwand/-ertrag				
Erhaltene Zinszahlungen und Dividendenzahlungen	743,5			1.317,0
Gezahlte Zinsen	-796,9			-1.294,0
Außerordentliche Einzahlungen				
Außerordentliche Auszahlungen				
Ertragssteuerzahlungen		-464,5	-490,6	
Cashflow aus Investitionstätigkeit				
Einzahlungen aus Abgängen				
des Finanzanlagevermögens		859,1		1.293,8
des Sachanlagevermögens				
des immateriellen Anlagevermögens				
Auszahlungen für Investitionen				
in das Finanzanlagevermögen		-439,7		-589,4
in das Sachanlagevermögen				
für das immaterielle Anlagevermögen				-0,2
Einzahlungen aus Abgängen aus dem Konsolidierungskreis		2,5		
Auszahlungen für Zugänge zum Konsolidierungskreis				
Mittelveränderungen aus sonstiger Investitionstätigkeit (Saldo)				
Einzahlungen aus außerordentlichen Posten				
Auszahlungen aus außerordentlichen Posten			421,9	
Cashflow aus Finanzierungstätigkeit				
Einzahlungen aus Eigenkapitalzuführungen				
von Gesellschaftern des Mutterunternehmens				60,0
von anderen Gesellschaftern				
Auszahlungen aus Eigenkapitalherabsetzungen				
an Gesellschafter des Mutterunternehmens				
an andere Gesellschafter				
Einzahlungen aus außerordentlichen Posten				
Auszahlungen aus außerordentlichen Posten				
Gezahlte Dividenden				
an Gesellschafter des Mutterunternehmens				
an andere Gesellschafter				
Mittelveränderungen aus sonstigem Kapital (Saldo)		-3,0	-3,0	-60,0
Cashflow, gesamt			-71,7	53,8
Finanzmittelfonds am Anfang der Periode			100,5	46,7
Finanzmittelfonds am Ende der Periode			28,8	100,5

Organe und weitere Funktionen

Aufsichtsrat

Dr. Karsten von Köller

Vorsitzender des Aufsichtsrats

Chairman

Lone Star Germany Acquisitions GmbH
Frankfurt am Main

Bruno Scherrer

Stellvertretender Vorsitzender des Aufsichtsrats

Consultant

Lone Star Europe Acquisitions LLP
London
(bis zum 29. Januar 2015)

Dr. Andreas Tuczka

Mitglied des Aufsichtsrats

Managing Director

Aldridge Capital Partners GmbH
Wien
(bis zum 29. Januar 2015)

Benjamin Dickgiesser

Mitglied des Aufsichtsrats

Director

Lone Star Europe Acquisitions LLP
London
(seit 29. Januar 2015)

William D. Young

Mitglied des Aufsichtsrats

Senior Vice President

Hudson Advisors UK Ltd.
London

(vom 29. Januar 2015 bis zum 24. März 2015)

Dr. Thomas A. Lange

Mitglied des Aufsichtsrats

Vorsitzender des Vorstandes

NATIONAL-BANK Aktiengesellschaft
Essen
(seit 25. März 2015)

Vorstand

Dr. Christian Freiherr von Villiez

Sprecher des Vorstandes

Starnberg

Dr. Marcus Tusch

Mitglied des Vorstandes

Gauting

Generalbevollmächtigter

Jürgen Jung

Mitglied der Erweiterten Geschäftsleitung

Eschborn

Treuhänder

Wolfgang Barchewitz

Rechtsanwalt

Peter Preuß

Rechtsanwalt

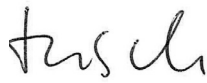
Versicherung der gesetzlichen Vertreter

Wir versichern nach bestem Wissen, dass gemäß den anzuwendenden Rechnungslegungsgrundsätzen der Jahresabschluss ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt und im Lagebericht der Geschäftsverlauf einschließlich des Geschäftsergebnisses und die Lage der Gesellschaft so dargestellt sind, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild vermittelt wird sowie die wesentlichen Chancen und Risiken der voraussichtlichen Entwicklung der Gesellschaft beschrieben sind.

Düsseldorf, den 9. April 2015
Der Vorstand



Dr. Christian Freiherr von Villiez



Dr. Marcus Tusch

Bestätigungsvermerk

Bestätigungsvermerk

Wir haben den Jahresabschluss – bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang – unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der Düsseldorfer Hypothekenbank AG, Düsseldorf, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2014 bis 31. Dezember 2014 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften liegen in der Verantwortung der gesetzlichen Vertreter der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Gesellschaft sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt.

Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen der gesetzlichen Vertreter sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Düsseldorf, den 9. April 2015
Ernst & Young GmbH
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft



Lösken
Wirtschaftsprüfer



Gundelach
Wirtschaftsprüferin

Bericht des Aufsichtsrats

Der Aufsichtsrat hat die ihm nach Gesetz, Satzung und Geschäftsordnungen der Bank obliegenden Aufgaben im Geschäftsjahr 2014 wahrgenommen. Er hat den Vorstand bei der Leitung des Unternehmens regelmäßig beraten und die Geschäftsführung laufend kontrolliert und überwacht.

Im Rahmen von vierteljährlichen schriftlichen Berichten über die Geschäfts- und Risikosituation der Bank sowie in drei Sitzungen im April, August und November in Düsseldorf ließ sich der Aufsichtsrat regelmäßig, zeitnah und umfassend schriftlich und mündlich über relevante Themen der strategischen Unternehmensführung und -planung, der Geschäftsentwicklung, der Rentabilität und Liquidität, der Risikolage und des Risikomanagements vom Vorstand unterrichten. Die Berichterstattung beinhaltete auch Informationen über Abweichungen des Geschäftsverlaufs von der Planung. Der Sprecher des Vorstandes unterhielt zwischen den Sitzungen laufenden Kontakt zum Vorsitzenden des Aufsichtsrats und berichtete ihm unverzüglich und ausführlich über wichtige Ereignisse und Geschäftsvorfälle. Der Vorsitzende des Aufsichtsrats tauschte sich mit den anderen Mitgliedern des Aufsichtsrats regelmäßig zwischen den Sitzungen in schriftlicher und mündlicher Form aus.

Der Aufsichtsrat wurde in Geschäfte und Entscheidungen von wesentlicher Bedeutung für die Bank eingebunden. Alle Angelegenheiten, die der Zustimmung des Aufsichtsrats bedurften, wurden dem Aufsichtsrat rechtzeitig zur Beschlussfassung vorgelegt. Sofern eine Beschlussfassung zwischen den Sitzungen des Aufsichtsrats erforderlich war, wurde diese im schriftlichen Umlaufverfahren gefasst. Sämtliche Mitglieder des Aufsichtsrats haben an den Sitzungen teilgenommen und an allen Beschlussfassungen mitgewirkt.

Schwerpunkt der Sitzungen war der Fortschritt der strategischen Neuausrichtung der Bank. Der Ausbau der gewerblichen Immobilienfinanzierung, der sukzessive Abbau des Kapitalmarktportfolios, die Entwicklung der Risikolage, die Entwicklung der Bilanzsumme sowie die Rückkehr zur nachhaltigen Profitabilität wurden regelmäßig intensiv erörtert. Aufgrund der Organgröße bildete der Aufsichtsrat keine Risiko-, Prüfungs-, Nominierungs- und Vergütungskontrollausschüsse, sondern nahm die Aufgaben gemäß § 25d Abs. 7-12 KWG im Berichtszeitraum selbst wahr. Der Vorstand berichtete regelmäßig umfassend über die Risikotragfähigkeit sowie das Limitsystem, das Kreditrisiko im Immobilienkreditgeschäft und Kapitalmarktgeschäft, das Marktpreisrisiko, das Liquiditätsrisiko, das operationelle Risiko und das Beteiligungsrisiko. An den Aufsichtsrat wurde frühzeitig, laufend und umfassend über die Liquiditätsausstattung der Bank berichtet. In allen Sitzungen beschäftigte sich der Aufsichtsrat mit den Entwicklungen an den Finanz- und Immobilienmärkten. Einen weiteren Schwerpunkt bildeten die Umsetzung und Einhaltung von bestehenden und

neuen gesetzlichen und aufsichtsrechtlichen Anforderungen, insbesondere vor dem Hintergrund des Inkrafttretens der Capital Requirements Regulation (CRR) und der Capital Requirements Directive (CRD IV) sowie die Entwicklung laufender Prüfungen.

In der Bilanzsitzung im April 2014 beschäftigte sich der Aufsichtsrat intensiv mit dem vorgelegten Jahresabschluss für das Geschäftsjahr 2013, der mit einem uneingeschränkten Prüfungsvermerk versehen wurde. An der Sitzung haben Vertreter der Jahresabschlussprüfer teilgenommen und ausführlich über die wesentlichen Ergebnisse ihrer Prüfung berichtet. Der Jahresabschluss wurde gebilligt und damit festgestellt. Die Beschlussvorschläge für die Tagesordnung der ordentlichen Hauptversammlung und der Bericht des Aufsichtsrats wurden erörtert und verabschiedet. Ferner wurde der Geschäftsverteilungsplan für den Vorstand um die neu eingerichtete Compliance-Organisation erweitert und die Jahresberichte der Internen Revision sowie der Compliance-Beauftragten entgegengenommen. Schwerwiegende oder besonders schwerwiegende Feststellungen haben sich nicht ergeben.

In der Sitzung im August 2014 erläuterte der Vorstand die Geschäftsentwicklung und das Halbjahresergebnis 2014. Der Aufsichtsrat prüfte die Angemessenheit der Vergütungssysteme für den Vorstand und die Mitarbeiter, die im Hinblick auf die novellierte Institutsvergütungsverordnung unter Einbindung externer Vergütungsberater überarbeitet wurden. Ferner beschäftigte er sich mit dem Vergütungsbericht sowie der Festsetzung des Gesamtbetrags der variablen Vergütungen.

In der Sitzung im November 2014 hat der Vorstand die Geschäfts- und Risikostrategie und die mittelfristige Finanz- und Kapitalplanung vorgelegt und mit dem Aufsichtsrat ausführlich erörtert. Die Ergebnisse der unter Einbindung eines externen Beraters durchgeführten Effizienzprüfung über die Zusammensetzung und Tätigkeit des Aufsichtsrats und des Vorstandes wurden diskutiert und der schriftliche Bericht anschließend entgegengenommen.

Der Aufsichtsrat konnte sich im Berichtszeitraum von der Wirksamkeit des Risikomanagementsystems, insbesondere des internen Kontrollsystems und der Internen Revision überzeugen. Mitglieder des Vorstandes und des Aufsichtsrats nahmen die für ihre Aufgaben erforderlichen Aus- und Fortbildungsmaßnahmen eigenverantwortlich fortlaufend wahr.

Im Zuge einer Kapitalerhöhung aus bedingtem Kapital wurde im Februar 2015 das Grundkapital der Gesellschaft in Übereinstimmung mit den Vorgaben der Satzung der Gesellschaft von 361,0 Mio. € auf 401,0 Mio. € erhöht. Die neuen Anteile

wurden auf die LSF5 DHB Debt Holdings LLC übertragen, sodass die Anteile sich wie folgt verteilen: LSF5 German Investments II L.P., Delaware (84,6%), die LSF5 DHB Debt Holdings LLC, Dallas (10,0%), und die LSF5 Riverside Ltd. & Co. KG, Frankfurt am Main (5,4%).

Die Buchführung und der Jahresabschluss mit Lagebericht für das Geschäftsjahr 2014 sind von der durch die ordentliche Hauptversammlung als Abschlussprüfer gewählten und vom Aufsichtsrat beauftragten Ernst & Young GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Düsseldorf, geprüft worden. Die Prüfung hat zu einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk geführt.

Der Prüfungsbericht sowie alle zugehörigen Anlagen und Unterlagen sind den Mitgliedern des Aufsichtsrats vor der Sitzung im April 2015, in der über den Jahresabschluss beraten wurde, rechtzeitig zugegangen. Vertreter der Jahresabschlussprüfer haben an der Sitzung des Aufsichtsrats zur Feststellung des Jahresabschlusses teilgenommen und ausführlich über die wesentlichen Ergebnisse ihrer Prüfung berichtet. Die Prüfer standen den Mitgliedern des Aufsichtsrats zur Beantwortung von Fragen zur Verfügung. Der Aufsichtsrat hat nach eigener Prüfung keine Einwendungen erhoben und hat dem Ergebnis der Prüfung des Jahresabschlusses durch den Abschlussprüfer zugestimmt.

Den vom Vorstand aufgestellten Jahresabschluss hat der Aufsichtsrat in seiner Sitzung am 28. April 2015 gebilligt. Der Jahresabschluss 2014 ist damit festgestellt.

Der Vorstand erstellte einen Bericht gemäß § 312 AktG über Beziehungen zu verbundenen Unternehmen und legte diesen zusammen mit dem Bericht des Abschlussprüfers dem Aufsichtsrat vor. Der Aufsichtsrat prüfte den Bericht des Vorstandes und stimmte diesem sowie dem Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers zu. Dieser lautet:

„Nach unserer pflichtgemäßen Prüfung und Beurteilung bestätigen wir, dass

1. die tatsächlichen Angaben des Berichtes richtig sind,
2. bei den im Bericht aufgeführten Rechtsgeschäften die Leistung der Gesellschaft nicht unangemessen hoch war.“

Im Vorstand und Aufsichtsrat gab es in 2014 keine Veränderungen. In 2014 verlängerte der Aufsichtsrat die Bestellung von Herrn Dr. Christian von Villiez. In der außerordentlichen Hauptversammlung vom 29. Januar 2015 sind die Aufsichtsratsmitglieder Herr Bruno Scherrer und Herr Dr. Andreas Tuczka ausgeschieden und die Herren Benjamin Dickgiesser und William D. Young als Nachfolger gewählt worden.

Nach der Amtsniederlegung von Herrn William D. Young im März 2015 wurde Herr Dr. Thomas A. Lange in der außerordentlichen Hauptversammlung am 25. März 2015 als Nachfolger in den Aufsichtsrat gewählt.

Der Aufsichtsrat begleitete die Anteilsübernahme der Aktien der Düsseldorfer Hypothekenbank AG in Höhe von 94,6% durch die Resba Beteiligungsgesellschaft mbH, Berlin, und in Höhe von 5,4% durch die Einlagensicherungs- und Treuhandgesellschaft mbH, Köln, die in Folge einer Garantiestellung durch den Bundesverband deutscher Banken e.V. – Einlagensicherungsfonds zur Abschirmung der Forderungen der Bank gegenüber der HETA ASSET RESOLUTION AG am 24. März 2015 vollzogen wurde.

Der Aufsichtsrat dankt den Herren Bruno Scherrer, Dr. Andreas Tuczka und William D. Young für ihr Engagement sowie den Mitgliedern des Vorstandes und allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Bank für die im zurückliegenden Jahr geleistete Arbeit und das damit verbundene Engagement, die Bank als Pfandbriefbank für die gewerbliche Immobilienfinanzierung auf dem Markt neu zu positionieren.

Düsseldorf, im April 2015
Der Aufsichtsrat



Dr. Karsten von Köller
Vorsitzender

Länderspezifische Berichterstattung nach § 26a KWG

Länderspezifische Berichterstattung

in Mio. €

	Deutschland
Umsatz	-31,2
Ergebnis vor Steuern	-42,0
Steuern	0,0
erhaltende öffentliche Beihilfen	0,0
Mitarbeiter (Anzahl)	74

Grundlagen

Die Anforderung zur länderspezifischen Berichterstattung, dem sogen. Country by Country Reporting aus Art. 89 der EU-Richtlinie 2013/36/EU (CRD IV), sind in § 26a Abs. 1 KWG in deutsches Recht umgesetzt worden.

Die erforderlichen Angaben beziehen sich auf den HGB-Einzelabschluss der Düsseldorfer Hypothekenbank mit Sitz in Deutschland.

Die geographische Zuordnung erfolgt auf Basis des juristischen Sitzes der Gesellschaft. Im Berichtsjahr gab es weder Niederlassungen noch Repräsentanzen.

Die geforderte Umsatzgröße ist in diesem Bericht definiert als die Summe aus dem Zins- und Provisionsergebnis sowie den sonstigen betriebliche Erträgen.

Die Steuern beziehen sich auf Steuern vom Einkommen und vom Ertrag.

Die Angabe zur Anzahl der Mitarbeiter bezieht sich auf Vollzeitkräfte zum Stichtag 31. Dezember 2014; dabei erfolgt eine Umrechnung von Teilzeitkräften auf Vollzeitbasis.

Berichterstattung

Die Düsseldorfer Hypothekenbank AG ist als Kreditinstitut tätig.

Der Umsatz im Geschäftsjahr betrug -31,2 Mio. € und das Ergebnis vor Steuern -42,0 Mio. € bei 74 Mitarbeitern.

[G44]

Kapitalrendite

Die Kapitalrendite gemäß § 26a Abs. 1 Satz 4 KWG beträgt -0,37%.

Impressum

Herausgeber

Düsseldorfer Hypothekenbank AG
Berliner Allee 41
40212 Düsseldorf
info@duesshyp.de
www.duesshyp.de
HRB Düsseldorf Nr. 35004

Kontakt

Unternehmenskommunikation & Personal
Barbara Hugo-Dilworth
T: +49 211 86 720 106
F: +49 211 86 720 271
E: barbara.hugo-dilworth@duesshyp.de

Gestaltung und Konzeption

Amt für Gestaltung, Berlin
Goss + Partner, Köln

